

Ausgabe 6/2015
Heft 149
Mai 2015



FLÜCHTLINGSRAT

Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen



TAG DES FLÜCHTLINGS 2015

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

INHALT

Europa ist gefordert.

Grußwort des UNHCR-Vertreters für Deutschland
Hans ten Feld | 3

Refugees Welcome?

Es ist noch viel zu tun, bis Flüchtlinge in Deutschland
wirklich willkommen sind | Günter Burkhardt | 4



Leben oder Tod?

Der europäische Mittelmeer-
einsatz TRITON gleicht einer
Sterbebeobachtungsoperation
Karl Kopp | 8

Fortschreitende Katastrophe.

Deutschland muss mehr syrische
und irakische Flüchtlinge aufnehmen
| Andrea Kothen | 10



»Macht meine Kinder nicht zu Opfern durch eure Untätigkeit!«

Der verzweifelte Bericht eines syrischen Flüchtlings
Yasser Abuchadi | 12



WIR TRETEN EIN! Die PRO ASYL-Kampagne
für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III | 14

Kalte Herberge Ungarn. Die Orbán-Regierung
plant die Verschärfung flüchtlingsfeindlicher Maßnahmen
Bernd Mesovic | 16

Barbarisches Asyl.

Flüchtlingsschutz gibt es
in Bulgarien nur auf dem
Papier | Judith Kopp | 18



Fluchtweg Ägäis.

Humanitäre Krise im Urlaubsparadies Griechenland
Karl Kopp | 20



Jäger am Zaun.

Flüchtlingsabwehr auf Spanisch
Kerstin Böffgen | 22

Flüchtlingszentren in Nordafrika?

Durch zweifelhafte Kooperationen verrät die Bundesregierung
die Menschenrechte | Günter Burkhardt | 24

Die Zahlen und Fakten 2014.

Mehr Flüchtlinge weltweit, hohe Anerkennungsquoten
hierzulande | Dirk Morlok, Andrea Kothen | 26



Wohnen lassen oder lagern.

Die Kommunen tun sich schwer mit
der Unterbringung
Bernd Mesovic | 30

»In keinem Moment hab ich mich frei gefühlt.«

Interview mit Frau Mensah, Ex-Bewohnerin
eines Flüchtlingswohnheims | 32

Aus dem Leben einer Ehrenamtlichen.

Ein verdichteter Erfahrungsbericht | Angelika Calmeiz | 34

Wenig Hoffnung für das Kosovo.

Über Flüchtlingsbewegungen aus einem von Kriegsfolgen,
Armut und Korruption geprägten Kleinstaat
Bernd Mesovic | 36

»Ich war ein Kind. Ein Kind, verdamm!«

Die 23-jährige Minire Neziri berich-
tet über ihre Abschiebung und ihr
Leben im Kosovo | 38



Wie gewonnen, so zerronnen?

Zur aktuellen Diskussion um die Aufnahme von
unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
Thomas Berthold | 40

»I found my family here.« Nach elf Jahren auf der Flucht
bewahrt ein Kirchenasyl Lemlem Yonas Simye (22) vor der
Abschiebung | Torsten Jäger | 42



»Nicht nur auf die Tränendrüse drücken ... «

Broilers-Sänger Sammy Amara
im Interview über das Berührtsein und
den Wunsch wachzurütteln | 44

PRO ASYL sagt DANKE | 46

Adressen | 47 Materialien zum Bestellen | 49 Impressum | 51

Europa ist gefordert

Grußwort des UNHCR-Vertreters für Deutschland, Hans ten Feld



Die Welt ist aus den Fugen geraten. Dieser Satz fällt immer wieder, wenn es darum geht, die internationale Lage auf der Welt zu beschreiben. Jahrzehntealte Konflikte, die nicht vergehen, zudem immer neue blutige Auseinandersetzungen, die das ohnehin fragile Gefüge der politischen Weltordnung erschüttern. Kein Kontinent bleibt hiervon verschont. Der in den Nachrichten ohnehin omnipräsente Krieg – er ist auch nach Europa zurückgekehrt.

Und jenseits aller Erklärungsversuche und Ursachenanalysen für den vielerorts herrschenden Terror, die politische Unterdrückung und den eruptiven Ausbruch von Gewalt, verbunden mit einer nicht aufhaltbar erscheinenden Verelendung ganzer Bevölkerungen, findet immer mehr die Begegnung mit den Opfern statt: Schutzsuchende Menschen, die oft nach einer wahren Odyssee voller Gefahren bei uns um Aufnahme bitten.

Es bleibt die Pflicht daran zu erinnern, dass die weitaus meisten Schutzsuchenden dieser Welt in der Region bleiben, aus der sie kommen, die weitaus meisten sogar als sogenannte Binnenvertriebene innerhalb der Grenzen ihrer oftmals von einem Bürgerkrieg verwüsteten Heimat. Die interkontinentale Flucht bleibt im internationalen Maßstab immer noch eher die Ausnahme.

Gleichwohl ist unverkennbar, dass gerade auch der Syrien-Krieg immer mehr Menschen die Hoffnung nimmt, in naher Zukunft in ihre Heimat zurückkehren zu können. Und in den Aufnahmestaaten der

Region fehlt es an internationaler Unterstützung, um den enormen Hilfsbedarf in annähernd adäquater Weise decken zu können.

Der Weg zurück versperrt, der Neustart im Exil kaum möglich – so richtet sich für immer mehr Syrer die einzige Hoffnung auf Zuflucht und Sicherheit außerhalb der Konfliktregion. UNHCR schätzt, dass rund ein Zehntel der rund vier Millionen syrischen Flüchtlinge die international geltenden Kriterien der besonderen Schutzbedürftigkeit erfüllen, die zur Aufnahme in einem Resettlement-Programm berechtigen sollen. Wir wären froh, wenn bis Ende 2016 zumindest 130.000 syrischen Flüchtlingen die organisierte Ausreise in ein Drittland ermöglicht würde.

UN-Flüchtlingskommissar Guterres hat daran erinnert, dass gerade auch Europa angesichts der Flüchtlingstragödie im Nahen Osten gefordert ist, sich generöser beim Flüchtlingsschutz zu zeigen. Es braucht den gesicherten Zugang zum Asyl, aber auch mehr Resettlement-Plätze und andere sichere Wege, um Schutz in und von Europa zu erhalten.

Das gemeinsame europäische Asylsystem bleibt in der Praxis ein Torso, wenn es dem eigenen Anspruch nicht gerecht werden kann, gerade angesichts des syrischen Dramas Flüchtlingsschutz in gemeinsamer Verantwortung auf vorbildliche Weise zu organisieren.

Zu einem gelebten Flüchtlingsschutz gehören aber auch Menschen, die dort, wo Flüchtlinge ankommen, sich nicht allein

auf Normen verlassen, sondern auf diese Schutzsuchenden zugehen, sich mit ihrem Schicksal befassen und durch persönliches Engagement und Empathie ein unabdingbares und unverzichtbares Stück Zuflucht ermöglichen.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden. Die öffentliche Debatte hierüber hat an Intensität gewonnen. Mit der Kritik ist aber auch deutlich geworden, welch großes privates Engagement bei vielen Tausend Bundesbürgern geweckt worden ist, um die vielerorts schwierige Situation zu entspannen. Gewiss: Sie dürfen dabei nicht alleingelassen werden, sondern müssen Teil einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung sein

Es sind jedoch diese Menschen, die Hoffnung machen in einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen zu geraten scheint. Angst, Resignation und Frustration sind keine guten Ratgeber. Die Hand zu reichen, Hilfestellung zu leisten – das gehört ganz unmittelbar zu einem erfüllten Leben, und es gehört unmittelbar zu dem, was man Flüchtlingsschutz nennt.

Hans ten Feld

Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland

Refugees Welcome?

Fast überall, wo Flüchtlinge ankommen, bilden sich Initiativen, die sie unterstützen. Der Ruf nach Aufnahmekonzepten und aktiver Integration wird lauter. Viele Kommunen sind bemüht und bereit dazu. Gleichzeitig plant die Bundesregierung die Verschärfung des Aufenthaltsrechts, in Europa schieben sich die Staaten weiter gegenseitig die Verantwortung zu. Es ist noch viel zu tun, bis Flüchtlinge bei uns wirklich willkommen sind.

Günter Burkhardt

In Deutschland ist die Solidaritätsbewegung für Flüchtlinge so groß wie noch nie. Auch viele Kommunen bemühen sich redlich, Flüchtlinge gut aufzunehmen. Doch nahezu überall mangelt es an Mitteln und langfristig angelegten Konzepten. Notlösungen und die Unterbringung in großen Gebäudekomplexen sind an vielen Orten die Regel. Gerade diese Lager werden zur sichtbaren Zielscheibe von Attacken rassistischer eingestellter Gruppen. Gezielt schüren sie Stimmung gegen Flüchtlinge. Angeblich besorgte Bürger, oft Funktionäre rechtsextremer Parteien, versuchen Bürgerversammlungen zu instrumentalisieren. Rassistische Denkmuster und Ressentiments sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Hieran wollen Rechtsextreme anknüpfen.

Im Windschatten der so genannten Pegida-Demonstrationen tobte der Mob. Es scheint, als ob Tabus gefallen sind. Auf Parolen wie »das wird man doch noch sagen dürfen« folgten Taten, oft kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit. Tatsächlich gibt es eine drastische Zunahme von Übergriffen und Straftaten gegen Flüchtlinge. Flüchtlinge leben oft in Angst. In der Öffentlichkeit wurde dies wenig wahrgenommen – stattdessen beherrschte eine nebensächliche Frage die Diskussion: »Soll man mit Pegida-Anhängern reden oder nicht?« Wo blieb die öffentlichkeitswirksame Solidarisierung mit Flüchtlingen? Welche Politiker haben Flüchtlinge besucht? Wer hat mit denen geredet, die im Windschatten der rassistischen Hetze in Angst in Unterkünften verharrten? Willkommenskultur, die in dieser Republik oft verkündet wird, sieht anders aus.

Refugees Welcome! Das ist das Motto des diesjährigen Tags des Flüchtlings. Es drückt die Haltung vieler Menschen in unserer Gesellschaft aus und ist gleichzeitig ein Appell an die Politik auf europäischer, Bundes-, Landes- und lokaler Ebene: Flüchtlinge sind keine Last, ihre Aufnahme ist eine Herausforderung – eine lösbare! Es geht um die Grundlagen unserer Gesellschaft, um die Menschenrechte. Sie gelten absolut und unwiderrufbar. Dazu gehört auch, dass niemand in Situationen abgeschoben wird, wo Folter oder unmenschliche Behandlung drohen. Dieses individuelle Recht ist zu achten – sei es an Europas Grenzen oder in Deutschland. Willkommen sind hier vor allem diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Flüchtlinge aber haben ein Recht zu kommen und zu bleiben – unabhängig von Nützlichkeitsbetrachtungen. Doch nicht alle Schutzbedürftigen erhalten das ihnen zustehende Recht. Hürden gibt es viele. Aus gutem Grund fordern PRO ASYL, Flüchtlingsräte und Verbände eine Bleiberechtsregelung für alle Geduldeten, die seit langem hier sind.

VERSprochen UND NICHT GEHALTEN

Am 3. Dezember 2014 beschloss das Kabinett den Gesetzentwurf zum Bleiberecht und zur Aufenthaltsbeendigung. Angeblich zielt er darauf ab, Geduldeten, die sich integriert haben, ein Bleiberecht zu gewähren. Der Innenminister formulierte: »Ihr seid in Deutschland willkommen.« Doch das Kleingedruckte gibt Anlass zur größten Besorgnis. Das Aufenthaltsverbot für abgelehnte Asylsuchende ist eines davon. Wer als Asylsuchender gekommen ist und nach Ablehnung des Asylantrages nicht ausgereist ist, kann mit dem neu geschaffenen Instrument des Aufenthaltsverbots gequält werden. Behörden können nach eigenem Ermessen solch ein Aufenthaltsverbot verhängen. Dann darf kein Aufenthaltstitel er-



Foto: Rasande Tyskar unter © creativecommons.org

teilt werden. Damit wird dann aber die vorgesehene dauerhafte Bleiberechtsregelung ausgehebelt.

Alle, die heute die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen, achtjähriger Aufenthalt, Sicherung des Lebensunterhalts u. a., werden zwar grundsätzlich Chancen auf einen legalen Aufenthalt haben. Doch wie ist es mit denjenigen, die künftig einreisen? Schon jetzt werfen manche Behörden Flüchtlingen nach eigenem Gutdünken die Täuschung der Identität, das Vernichten von Papieren, das Verschleiern des Reisewegs vor. Das Instrument des Aufenthaltsverbots sperrt dann den Weg zu einem legalen Aufenthalt. Es wird zwar befristet, aber die Frist läuft erst dann, wenn der Betroffene ausge-reist ist – hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Gegenwärtig ist offen, ob der Bundestag den vorliegenden Gesetzentwurf so korrigiert, dass das Versprochene gehalten wird: Eine stichtagsunabhängige, auch für künftig Einreisende greifende Bleiberechtsregelung.

ALLES ANDERE ALS WILLKOMMEN

Das Bleiberecht, so es denn kommt, wird teuer erkaufte werden. Wer aus einem anderen EU-Staat einreist, soll künftig inhaftiert werden können. PRO ASYL warnte bereits nach Bekanntwerden der Pläne im Mai 2014 vor einer ausufernden Inhaftierung. Der Bundesinnenminister verwahrte sich und formulierte: »In den Regeln der sogenannten Abschiebehaft liegt keinerlei Verschärfung« (ARD Morgenmagazin, 08.05.2014). Seitdem wird um Formulierungen gerungen. Heute müssen wir feststellen: Worte haben sich geändert, die Wirkung des Gesetzes soll bleiben.

Die Inhaftierung nahezu jedes Asylsuchenden, der über einen anderen EU-Staat einreist, droht. Die Regierung legt sich Instrumente zurecht, die sie im Bedarfsfall anwenden kann. Angesichts jahrelang verstärkter Abschottung hat nur, wer sich die Flucht erkaufen kann, eine

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge 2014

Rassistische Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen sind in Deutschland alltäglich

- 77 Übergriffe auf Flüchtlinge
- 35 Brandanschläge auf Unterkünfte
- 118 Sachbeschädigungen an Unterkünften
- 256 Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen

Statistisch gesehen ...
 ... finden jede Woche drei Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt
 ... werden jeden Monat mehr als sechs tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge verübt

Quelle: »Rechte Hetze gegen Flüchtlinge - Eine Chronik der Gewalt« abrufbar auf mit-gegen-rechte-gewalt.de

GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
 INITIATIVE FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KRÄFTE

PRO ASYL
 DER EINZELFALL ZÄHLT

Chance, sich in Sicherheit zu bringen. Und genau dies – die Zahlung einer Geldsumme – soll künftig ein Haftgrund sein. »Die Argumentation der Bundesregierung ist zynisch.« Nur selten stimmt PRO ASYL Innenministern zu. Diese Aussage des niedersächsischen Innenministers Pistorius teilen wir jedoch voll und ganz.

Haft ist einer der massivsten Eingriffe in die Menschenrechte. Jetzt sollen ausufernde Haftgründe im Gesetz verankert werden, Gummiparagrafen als Generalklauseln, wonach die Behörden extrem große Handlungsspielräume haben. Das Innenministerium scheint den menschenrechtlichen Maßstab verloren zu haben. Flüchtlinge haben oft Furchtbares erlitten, auch in EU-Staaten. Ihre Flucht ist kein Verbrechen, sie müssen geschützt werden. Es gehört sich nicht, Schutzbedürftige zu inhaftieren und rigoros zurückzuverfrachten.

Neu geschaffen wird auch das Instrument des so genannten Ausreisegewahrsams. Die Wortwahl darf über eines nicht hinwegtäuschen: Es geht um Haft. Bis zu

vier Tage sollen Menschen inhaftiert werden können, um sie abzuschieben, z.B. an den Flughäfen. Wenn Abschiebungen scheitern, sollen Betroffene trotzdem in Haft bleiben – ohne dass ein Verschulden des Flüchtlings für das Scheitern der Abschiebung vorliegt. PRO ASYL und Wohlfahrtsverbände sind sich in ihren Analysen einig: In dieser Fassung ist das Gesetz unverhältnismäßig und inakzeptabel.

EINWANDERUNGSGESETZ

Parallel zur Debatte über ein Einwanderungsgesetz migrierten einige tausend Menschen aus dem Kosovo nach Deutschland. Die Politiker waren sich einig, dass dies gestoppt werden muss. Kaum jemand interessierte sich ernsthaft für die Frage, warum Menschen aus den Balkanstaaten oft keinen anderen Ausweg als den Weg über das Asyl sehen. PRO ASYL hat schon in den 1990er Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass völlig unabhängig von einem Asylrecht Deutschland und die anderen Länder der Europäischen Union Einwanderung aktiv gestalten sollten. Dies gilt insbesondere auch für das Kosovo. Wie sollen in einer

kleinen Region Hunderttausende auf Dauer »eingesperrt« leben, ohne Arbeit, ohne ökonomische Existenzmöglichkeiten, ohne Möglichkeit, in die Nachbarregionen Europas, in denen Arbeitskräfte oft gesucht werden, auszuwandern? Ein Neuanfang in der europäischen Politik gegenüber den Balkanstaaten ist erforderlich: Ernsthafte Bemühungen, sie ökonomisch an Europa heranzuführen, müssten begleitet werden von der Möglichkeit für Auswanderungswillige, in einem anderen Staat Europas neu anzufangen. Es macht keinen Sinn, dass die einzige Möglichkeit für diese Menschen die Stellung eines Asylantrags ist.

Um nicht missverstanden zu werden, muss eines deutlich hervorgehoben werden: Unverändert sind Minderheiten im Kosovo wie auch in anderen Balkanstaaten in einer existenzgefährdenden Situation. Es gibt gute Gründe zu fliehen und

hier einen Antrag auf Schutz zu stellen. Beim Recht auf Asyl darf es keine Abstriche geben. Die pauschale Ablehnung der Asylanträge von Menschen aus bestimmten Herkunftsländern als offensichtlich unbegründet, ohne genaue Betrachtung des Einzelfalls, ist unter menschenrechtlichen und politischen Gesichtspunkten inakzeptabel. PRO ASYL bleibt bei der Ablehnung des Konzepts der sicheren Herkunftsländer.

REFUGEES WELCOME – AUCH AN EUROPAS GRENZEN?

Die Nachbarregionen Europas sind so instabil wie nie. Millionen Menschen sind auf der Flucht, ein Teil von ihnen versucht, Deutschland zu erreichen, vor allem Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak, deren Angehörige in Deutschland leben. Die Bundesrepublik hat rund 20.000 Flüchtlingen aus Syrien die Einreise er-

möglicht – mehr sollen es nicht werden ungeachtet der Tatsache, dass rund 60.000 Antragsteller keine Chance auf Einreise haben. Die Flüchtlinge sollen möglichst dort bleiben, wo sie sind. Sie sind willkommen, solange sie nicht kommen.

Vorrangig fällt der Politik ein: Mauern bauen, Grenzkontrollen verstärken und die rechtlichen Hürden gegenüber Einwanderung und Flucht nach Europa erhöhen. Hierzu scheint jedes Mittel recht zu sein. Darüber darf auch nicht die Aufnahme von bislang rund 20.000 Flüchtlingen aus Syrien hinwegtäuschen.

IN EINER WOCHE – MEHR ALS 300 TOTE

Nur flüchtig nahm die europäische Öffentlichkeit eine der größten Flüchtlingskatastrophen der letzten Jahre wahr. In der Woche ab dem 8. Februar 2015 starben mehr als 300 Menschen auf dem Mittelmeer – wieder einmal. Mehr als 3.000 waren es im Jahr 2014. Konsequenz und hartnäckig weigern sich die EU-Staaten, eine Seenotrettung einzurichten. Das Provisorium, die Seenotrettungsaktion der italienischen Marine, wurde beendet. An vorderster Front der Kritiker stand der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. »Mare Nostrum war als Nothilfe gedacht und hat sich als Brücke nach Europa erwiesen«, kritisierte er in einem Schreiben an die EU-Kommission.



■ Postkarte zum Tag des Flüchtlings, kostenlos bestellbar unter www.proasyl.de

Es folgte eine Grenzschutzaktion in unmittelbarer Küstennähe. Statt auf die Einrichtung einer europäischen zivilen Seenotrettung setzten die europäischen Staaten auf Abwehr. Der großartige Beitrag Deutschlands zu diesem Programm heißt Stellung eines einzigen Hubschraubers, der angeblich auch für Seenotrettung geeignet ist – das war's.

Italien klagt zu Recht, dass es mit der Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, alleingelassen wird und vor allem: Die Anschlussfrage wird nicht gestellt. Wer ist denn verantwortlich dafür, dass die Asylanträge von aus Seenot Geretteten geprüft werden? Rund 170.000 Menschen sind nach Angabe der EU-Kommission 2014 über das Mittelmeer nach Italien geflohen. Soll Italien hierfür allein die Verantwortung tragen? Warum sollen Flüchtlinge nicht in die Staaten weiterreisen, in denen ihre Communities oder Angehörige leben? Mit hoher Energie weigern sich Deutschland und andere Staaten, die Asylzuständigkeitsverordnung Dublin III zu verändern. Über 9.000 Flüchtlinge wollte das BAMF 2014 allein nach Italien rücküberstellen – völlig ungeachtet der Tatsache, dass sie dort in Obdachlosigkeit und Elend stranden.

Völlig absurd wird das europäische Asylsystem, wenn man die Fluchtbewegung über das östliche Mittelmeer betrachtet. Mehr als 40.000 angeblich illegale Migranten sind über die Ägäis geflohen. Die griechische Regierung hat in den letzten Jahren – ungeachtet der Kritik von PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen – ihre Grenzen dichtgemacht. Jahrelang wurde in Griechenland, wer es über die türkisch-griechische Grenze schaffte, rigoros inhaftiert oder sogar unter Missachtung europäischen Rechts zurückgewiesen. Die neue Regierung hat angekündigt, diese Praxis zu ändern. Wir alle müssen uns die Frage stellen: Was würde denn geschehen, wenn Griechenland den Worten Taten folgen ließe? Der Weg für Flüchtlinge, vor allem aus Syrien über das zentrale Mittelmeer wird zunehmend schwieriger, die Situation in

**Warum fliehen Menschen?
Wie viele Flüchtlinge gibt es und woher kommen sie?
Was passiert an Europas Grenzen?
Wie läuft das Asylverfahren in Deutschland ab?**

Mit der PRO ASYL-Ausstellung »Asyl ist Menschenrecht« können Vereine, Organisationen, Bildungseinrichtungen oder andere in ihren Räumen über das Thema Flucht, Asyl und Menschenrechte informieren. Die Ausstellung besteht aus 26 Din-A1-Plakaten. Sie kann für 60 Euro zzgl. 12,50 EUR Verpackung & Versand in Plakatrollen bei PRO ASYL erworben werden.



■ Unterstützt wird das Projekt von der IG Metall, dem DGB, Brot für die Welt, der Diakonie Hessen, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

Libyen und Ägypten instabiler. Der Weg über die Türkei ist der nahezu einzige Fluchtweg. Sollen dann etwa Hunderttausende Menschen im verarmten Griechenland aufgenommen werden? In Deutschland beruhigt der Innenminister das Gewissen. Deutschland wird auch im Jahr 2015 nicht nach Griechenland abschieben. Doch reicht dies aus? Die nord-europäischen Staaten müssten Flüchtlingen aus Griechenland die Weiterreise ermöglichen und selbst die Asylverfahren durchführen.

Das ursprüngliche Ziel von Dublin III war: Jeder Asylsuchende soll das Recht auf ein faires Verfahren in einem europäischen Staat haben. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Jeder Staat in Europa ver-

sucht, Flüchtlinge möglichst schnell wieder loszuwerden, abzuschieben, abzu-drängen an den nächsten Staat. Dagegen rührt sich Widerstand, viele Flüchtlinge wollen aus nachvollziehbaren Gründen in Deutschland bleiben. Unter dem Motto »Wir treten ein« hat PRO ASYL eine Kampagne gestartet. Das Ziel: Menschen sollen dort ihren Asylantrag stellen dürfen, wo sie möchten. Dafür braucht es noch viel Widerstand, viel Engagement, viel praktische und konkrete Kritik. Refugees Welcome! Bis Flüchtlinge in Europa wirklich willkommen sind, ist es noch ein weiter Weg. ♦

Leben oder Tod?



DER EUROPÄISCHE MITTELMEEREINSATZ TRITON GLEICHT EINER STERBEBEBOBACHTUNGSOPERATION

28.000 Menschen starben in den letzten 15 Jahren auf dem Weg nach Europa. Die italienische Seenotrettung »Mare Nostrum« wurde eingestellt, doch die europäische Folgeoperation »Triton« hat die Rettung von Menschenleben nicht zum Ziel. Der zehntausendfache Tod von Schutzsuchenden ist integraler Bestandteil europäischer Abwehrpolitik.

Karl Kopp

Die Zahl der Flüchtlinge, die den mörderischen Seeweg wählen müssen, nimmt dramatisch zu. Über 200.000 Schutzsuchende, davon 69.000 aus Syrien, nahmen 2014 dieses Martyrium der Überfahrt auf sich – über das zentrale Mittelmeer oder die griechische Ägäis. Mindestens 4.000 starben. Flüchtlinge steigen in die Boote, weil sie keine andere Wahl haben: Es gibt keine legalen Wege nach Europa. Und was macht Europa? Die Mittel für Seenotrettung werden reduziert, das Operationsgebiet verkleinert.

Die Folgen waren vorher klar: Weniger Rettung heißt, dass noch mehr Menschen sterben. So einfach ist die Rechnung in der europäischen »Flüchtlings«-Politik.

VON MARE NOSTRUM ZU TRITON

Die italienische Seenotrettungsoperation Mare Nostrum hat binnen eines Jahres 130.000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet – und dennoch starben tausende Flüchtlinge. Den dramatischen Todeszahlen zum Trotz wurde diese Rettungsoperation nicht ausgeweitet, sondern Ende Oktober 2014 eingestellt. Die europäischen Regierungen hatten sich strikt geweigert, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen. Frontex-Interimsdirektor Gil Arias bestätigte bereits bei seiner Präsentation der neuen Operation Triton vor dem Europaparlament am 4. September 2014: »Weder die Mission noch die Ressourcen erlauben ein Ersetzen von Mare Nostrum.« Es bestehe ein »fundamentaler Unterschied« zwischen Triton und Mare Nostrum. Wäh-

rend letztere eine »Such- und Rettungsoperation« sei, fokussiere Triton auf Grenzkontrollen. Der bewusst drastisch reduzierte Einsatzradius und die geringere Mittelausstattung – ein Drittel des Budgets von Mare Nostrum – machen Triton zu einer Sterbebeobachtungsoperation.

Antonio Guterres, UN-Flüchtlingshochkommissar, hat im Dezember 2014 die Haltung der europäischen Regierungen mit scharfen Worten kritisiert: »Einige Regierungen räumen der Abwehr von Flüchtlingen höhere Priorität ein als dem Recht auf Asyl.« Dies sei genau die »falsche Reaktion in einer Zeit, in der eine Rekordanzahl an Menschen vor Kriegen auf der Flucht ist«, so Guterres. Flüchtlingspolitik dürfe nicht »den Verlust von Menschenleben als Kollateralschaden akzeptieren.«

In der Tat: Der Club der EU-Innenminister nimmt diese Toten billigend in Kauf, weil die Seenotrettung einen Anreiz bilden könnte für weitere Fluchtbewegungen. »Mare Nostrum hat sich als Brücke nach Europa erwiesen«, kommentierte der

deutsche Innenminister Thomas de Maizière das Ende von Mare Nostrum. Um die Logik der Abschreckung aufrechtzuerhalten, wird einfach weniger getretet. Nach kurzen Betroffenheitsbekundungen kennt Europa nur eine ritualisierte Antwort auf neue Todesopfer: Stets heißt es, »wir werden den Kampf gegen die Schlepper verstärken«. Anstatt legale Wege nach Europa für die Schutzsuchende zu eröffnen, werden nur die Symptome der Festung Europa bekämpft. Die Schlepperindustrie lebt prächtig mit den ausgeklügelten Abwehrmaßnahmen der EU. Sie offeriert den Zugang nach Europa für viel Geld und häufig unter menschenverachtenden Bedingungen.

DER EVERGREEN

Seit Herbst 2014 diskutieren die EU-Innenminister über Flüchtlingslager in Nordafrika. Schutzsuchende sollen bereits in Transitstaaten von der Überfahrt über das Mittelmeer abgehalten werden – angeblich um Tote zu verhindern. Bundesinnenminister Thomas de Maizière rühmt sich, die Debatte über diese »Willkommenszentren« initiiert zu haben. Der Evergreen »Lager irgendwo in Afrika« – revitalisiert zu einer Zeit, in der Europa die Seenotrettung bewusst zurückgefahren hat – ist zynisch, realitätsfern und geschwätziges Blendwerk, um Europas völlige Tatenlosigkeit angesichts des Massensterbens und des Flüchtlingselends

auf der anderen Seite des Mittelmeers zu verdecken. In einem zweiseitigen »Non-Paper« an die EU-Innenminister lässt die italienische Regierung im März 2015 dann auch jegliches humanitäres Beiwerk beiseite. Um Flüchtlinge effektiv abzuschrecken, sollen Seenotkapazitäten nicht in Europa, sondern in Tunesien und Ägypten ausgebaut, Flüchtlingsboote frühzeitig abgefangen und zurückverfrachtet werden. In anderen Worten: Die EU will diese Drittstaaten anheuern, um sich ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen zu entledigen. Was mit den Flüchtlingen in den nordafrikanischen Staaten passiert, spielt in diesem Szenario keine Rolle mehr. Aus den Augen, aus dem Sinn.

SEENOTRETTUNG UND LEGALE WEGE

Ginge es, wie behauptet, darum, das Leid der Flüchtlinge zu mindern, dann wäre die fatale Frontex-Operation Triton längst beendet, eine europäische Seenotrettung installiert und gleichzeitig ein großzügiges Flüchtlingsaufnahmeprogramm auf EU-Ebene aufgelegt. Das Mittelmeer ist unser gemeinsames Meer, die Rettung von Bootsflüchtlingen eine gesamteuropäische Aufgabe.

Auf dem afrikanischen Kontinent und in den Nachbarstaaten Syriens und Iraks gibt es bereits zahlreiche Flüchtlings-

lager. Die Schutzkapazitäten sind dort schon lange erschöpft. EU-Kommissar Avramopoulos könnte seinen Job machen, indem er endlich eine europäische Flüchtlingsaufnahme-Konferenz zu Syrien und Irak organisiert. Er sollte sich für die Nutzung existierender Instrumentarien wie humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme, unbürokratische Visavergabe oder Aussetzung der Visumpflicht, erweiterte Familienzusammenführung einsetzen, um Hunderttausenden Flüchtlingen den lebensgefährlichen Seeweg zu ersparen.

Gestrandete aus Syrien, Eritrea, Somalia und andere kämpfen um ihr Überleben im anhaltenden libyschen Bürgerkrieg. Eine Evakuierung zu ihrer Rettung wäre ein Gebot der Menschlichkeit. Eigene Staatsangehörige hatten die EU-Staaten schnell und umsichtig außer Landes gebracht. Flüchtlinge dagegen waren schutzlos zurückgeblieben und fortan gezwungen, die häufig tödlich endende Bootspassage nach Europa anzutreten.

An den Außengrenzen der EU, in Bulgarien, Griechenland, Ceuta und Melilla werden systematisch Schutzsuchende völkerrechtswidrig zurückgewiesen. Die Einhaltung menschenrechtlicher Standards würde ihnen den Zugang zum Territorium der EU eröffnen. Den ankommenden Flüchtlingen muss dann die legale Weiterreise zu ihren Familien und Communities in anderen EU-Staaten ermöglicht werden.


Angesichts des nahenden grausamen »Flüchtlingsommers« kämpfen PRO ASYL und Menschenrechtsorganisationen in ganz Europa für einen europäischen Seenotrettungsdienst und legale Wege für Schutzsuchende, um dieses Massaker im Mittelmeer zu beenden. Es geht um Leben und Tod. ♦

Diese Gruppe von Menschen wurde im Juni 2014 aus Seenot gerettet. Bereits in den ersten Monaten nach Beendigung von »Mare Nostrum« kam es zu mehreren Schiffskatastrophen mit vielen hundert Toten.

Foto: © UNHCR/A. D'Amato



Fortschreitende Katastrophe



DEUTSCHLAND MUSS MEHR SYRISCHE UND IRAKISCHE FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Die Hälfte der syrischen Bevölkerung und zehntausende Menschen aus dem Irak sind geflohen. Auf Hilfe durch die reichen Staaten hoffen sie zumeist vergebens. Auch Deutschland muss deutlich mehr tun.

Andrea Kothén

Die Kriege in Syrien und im Irak hinterlassen verwüstete Dörfer und Städte, zerstörte Infrastruktur und für immer verlorene Kulturgüter. Vor allem aber bedeuten sie den Verlust von Frieden und Sicherheit für eine unvorstellbar große Zahl von Menschen. Fast acht Millionen Syrer/innen sind geflohen, mehr als die Hälfte von ihnen Kinder. Viele haben Angehörige und ihren gesamten Besitz verloren: Haus und Hof, Arbeit, Freunde. Sie finden sich wieder in einer Welt, die nicht mehr die ihre ist: Als Inlands-Vertriebene, als illegale Grenzgänger, als asylsuchende Bittsteller, als Bedürftige in überfüllten Flüchtlingslagern. Schlicht ums Überleben kämpfend grassieren auch unter ehemals gut situierten Famili-

en Betteln, Prostitution und Kinderarbeit. Eine ganze Generation scheint dem Untergang geweiht: UNICEF spricht von mindestens 10.000 toten Kindern. Von den Kindern im Exil geht laut UNHCR die Hälfte zum Teil schon jahrelang nicht mehr zur Schule. Die Menschen leiden unter Kriegsverletzungen und unbehandelten Krankheiten, ganz zu schweigen von der hunderttausendfachen Zerstörung der Seelen.

Die Welt schaut der fortschreitenden Katastrophe weitgehend nur zu. Wer Hilfe braucht, muss sich selbst retten: Seit 2011 sind rund 78.000 syrische Staatsangehörige nach Deutschland geflohen. Der größte Teil von ihnen hat notgedrungen den lebensgefährlichen illegalen Weg gewagt. Wer nicht in die Dublin-Zuständigkeitsmühle gerät, erhält hier die Chance auf einen Neuanfang in Sicherheit – immerhin. Im Rahmen humanitärer Aufnahmen hat die Bundesregierung dagegen nur rund 20.000 Menschen aus Syrien die Einreise erlaubt, nicht einmal die Hälfte von ihnen kam bis November 2014 in Deutschland an. Anträge für 60.000 Menschen blieben aussichtslos.

GESELLSCHAFT MIT PRIVATER HAFTUNG

Mit den Programmen, die alle Bundesländer – mit unrühmlicher Ausnahme Bayerns – ab 2013 installierten, erhielten hier lebende wohlhabende syrische Staatsangehörige die Chance, Verwandte auf eigene Kosten aus dem Krieg zu retten. Rund 10.000 Visa wurden bis Ende 2014 erteilt. Wer über diesen Weg hierher kommt, darf nicht krank sein, sollte traumatische Erfahrungen umgehend hinter sich lassen und unabhängig vom einstigen Beruf schnellstmöglich auskömmliche Arbeit verrichten. Denn die hier ansässigen Verwandten müssen für den gesamten Lebensunterhalt der Kriegsflüchtlinge bürgen. Die Privatrettung von Angehörigen setzt syrische Familien erheblich unter Druck und könnte sie in den finanziellen Ruin treiben. Erst Ende Juni 2014 verständigten sich alle an den Programmen beteiligten Bundesländer zumindest darauf, etwaige Krankheitsbehandlungskosten den Verpflichtungsgewandten künftig nicht mehr aufzubürden.

»Schon von dem ersten Bericht so großer Leiden gerührt, Schickten wir eilend ein Scherflein von unserm Überfluß, daß nur Einige würden gestärkt, und schienen uns selber beruhigt.«

Johann Wolfgang von Goethe: Hermann und Dorothea. Stuttgart: Reclam 1986, Erstveröffentlichung 1798.

FLÜCHTLINGE AUS IRAK OHNE SCHUTZ

Keinerlei bundesweite Aufnahmeprogramme gibt es bislang für die Flüchtlinge, die 2014 zu Zehntausenden vor Morden, Entführungen und Massenvergewaltigungen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Irak in die Nachbarstaaten geflohen sind. Nur wenige tausend kamen bislang als Asylsuchende in Deutschland an. Für die gemeinsame Aufnahme von Irakflüchtlingen unternahm das Bundesland Bremen 2014 einen politischen Vorstoß innerhalb der Länder, er blieb ohne Erfolg. Einzig Baden-Württemberg hat inzwischen angekündigt, im Frühjahr 2015 bis zu 1.000 vom IS misshandelte und schwer traumatisierte jezidische Frauen aufzunehmen. Am 2. September 2014 hatte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung zum Irak gesagt: »Dort, wo Menschen in Not sind, werden wir helfen, auch durch zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen.« Passiert ist bislang nichts.

DIE INTERNATIONALE HILFE SCHWINDET

Bei der Ablehnung eines Antrags der Opposition Ende Februar 2015 erklärte die Bundesregierung lapidar, man sei nicht gegen eine weitere Flüchtlingsaufnahme aus Irak und Syrien, wolle aber die europäische (!) Entwicklung abwarten (BT-Drs.18/4163). Mit Blick auf die Industriestaaten brüstet sich die Bundesrepublik, mehr Verantwortung zu tragen als andere. In der Tat: Die Aufnahmezahlen der vermeintlich zivilisierten Welt sind beschämend. 10.000 Syrer/innen werden wohl die USA aufnehmen, ebenso viele Kanada. Ganz Europa (ohne Deutschland) bietet die Aufnahme von gerade einmal 14.500 syrischen Flüchtlingen an (Stand 12.3.2015). Ein Armutszeugnis.

30.000 deutsche Aufnahme-Visa scheinen dagegen großzügig. Deutschland gehört zudem zu den größten Geberländern von UNHCR, der versucht, das Überleben der Flüchtlinge in der Region sicherzustellen. Die wirkliche Bürde aber tragen seit Jahren die Nachbarstaaten, vor allem Libanon und die Türkei mit jeweils weit mehr als einer Million Flüchtlingen, Jordanien mit über 600.000. Diese Staaten versuchen inzwischen, weiteren Zuzug zu unterbinden und zu reglementieren – auch, weil die internationale Nothilfe dramatisch unterfinanziert ist. »Die schlimmste humanitäre Krise unserer Zeit sollte einen globalen Aufschrei zur Unterstützung hervorrufen, stattdessen schwindet die Hilfe« beklagte UNHCR-Chef Guterres am 12. März 2015 per Presseerklärung.

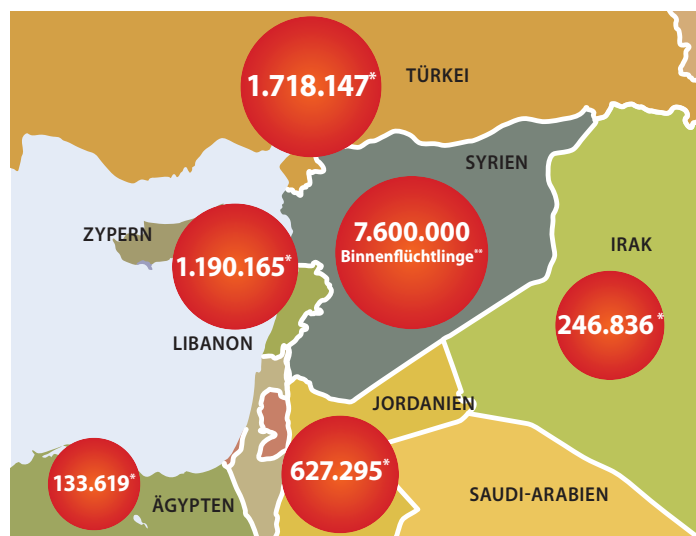
DEUTSCHLAND STEHT IN DER PFLICHT

Viele Kriegsoffer werden dauerhaft heimatlos sein. Eine Rückkehr von Jeziden in den Irak ist ebenso ungewiss wie die Zukunft der Christen in einer syrischen

Nachkriegsgesellschaft. Dort geht der Krieg ins fünfte Jahr und ein Ende ist nicht in Sicht. Angesichts dessen grenzt das Verhalten weiter Teile der industrialisierten Welt an unterlassene Hilfeleistung. Auch Deutschland steht ungeachtet erfolgter Zugeständnisse weiter in der Pflicht. Hier anerkannte Flüchtlinge stehen vor großen bürokratischen und praktischen Hürden, wenn sie ihr Recht beanspruchen, Partner/in und Kinder nachzuholen. Die hier lebenden irakischen Familien – rund 100.000 Menschen sind es – würden sicher nicht zögern, nachziehende Familienmitglieder finanziell zu unterstützen. Dringend notwendig sind großzügige Visaregelungen und ein humanitäres Aufnahmeprogramm für Irak- und auch Syrienflüchtlinge, das nicht nur die Angehörigen in die Pflicht nimmt, sondern Schutzbedürftige auch auf Staatskosten rettet. ♦

■ **Konkrete Hinweise zu laufenden Aufnahmeprogrammen finden Sie unter www.proasyl.de/syrien**

Syrische Flüchtlinge in der Region



* UNHCR, März 2015 ** Internal-Displacement.org, Dezember 2014

Macht meine Kinder nicht zu Opfern

Yasser Abuchadi, palästinensischer Flüchtling aus Syrien, war vier Monate auf der Flucht, bis er in Deutschland ankam. Als wir seinen verzweifelden Bericht erhalten, wartet er seit einem quälenden halben Jahr auf eine Entscheidung über sein Schicksal – und das seiner zurückgebliebenen Familie. Inzwischen haben die Behörden ihm mitgeteilt: Deutschland sei für ihn nicht zuständig. Yasser droht die Abschiebung nach Ungarn.

Yasser Abuchadi

Am 13.5.2014 verließ ich Syrien, um schließlich am 16.9.2014 in Deutschland anzukommen. Vier Monate lang war ich zu Fuß unterwegs, schlief in Wäldern, in den Bergen, trank Wasser aus Flüssen, habe Tage ohne Wasser oder Essen verbracht, im Regen und in Gefahr.

Das alles habe ich getan, um für Sicherheit für meine Familie zu sorgen, um meine Frau und meine Kinder zu retten, die ich in Syrien zurücklassen musste. Ihr Leben ist vom Krieg in Todesgefahr gebracht worden. Meine Tochter Chahd ist neun Jahre alt, mein Sohn Chadi sieben. Unser Haus wurde zerstört und wir hatten keinen Platz mehr zum Leben. So suche ich jetzt nach Frieden und Sicherheit für meine Familie – also nach einer guten Zukunft. Frieden und Sicherheit sollten alle Kinder dieser Welt erleben dürfen.



Bild: Louis Schneider; aus dem Film »The refugee is a human« von Yalla-connect.

Um Deutschland zu erreichen, durchquerte ich viele Länder. Mein Weg durch Ungarn war der schlimmste und härteste meiner langen Flucht. Am 9.9.2014 kam ich dort an, erschöpft wegen des harten und schwierigen Weges, der hinter mir lag. Die ungarischen Polizisten fingen mich an der Grenze ab, setzten mir ihre Waffen auf die Brust und befahlen mir, mich auf den Boden zu legen. Ich tat dies und rief: »Ich komme aus Syrien, mein Ausweis ist bei mir!«. Aber sie hörten mir gar nicht zu. Einer der Polizisten stand mit dem Fuß auf mir, auf meinem müden Rücken, während ein anderer mir meine Papiere wegnahm. Daraufhin nahmen sie mich zum Polizeirevier mit. Dort zogen sie mir alle meine Kleider aus. Sie schrien mich an, schlugen mich und sperrten mich über 24 Stunden lang in eine Zelle. Dann brachten sie mich zu einer anderen Polizeistation, um mich zu vernehmen. Sie wollten, dass ich einen Fingerabdruck abgebe, aber ich weigerte mich und meinte: »Ich möchte nicht hier in Ungarn bleiben, ich werde weiter nach Deutschland gehen.« Sie behaupteten, es sei nur ein Fingerabdruck zur Registrierung. Dennoch weigerte ich mich, wie sollte ich ihnen noch vertrauen, nachdem sie mich so behandelt hatten.

Einer der Polizisten griff nach meiner Hand, um mich zu zwingen, den Fingerabdruck abzugeben. Als ich mich weigerte und meine Hand zu einer Faust ballte, fing er an, meine Hand auf den Tisch zu hauen und mir ins Gesicht zu schlagen, bis ich aus Mund und Nase blutete. Meinen Fingerabdruck nahmen sie unter Zwang. Danach gab der Polizist mir ein Dokument, das ich unterschreiben sollte. Ohne informiert zu werden, was darauf stand, unterschrieb ich, fügte aber noch in arabischen Buchstaben »genötigt« dazu. Sie ließen mich frei und händigten mir ein Zugticket aus, um zum Camp zu fahren. Ich wiederholte, dass ich nicht hier bleiben wolle, an einem Ort und bei Leuten, die, anstatt mir zu helfen, meine Menschenwürde missachteten und mich schlugen. Nachdem sie mir meine Papiere zurückgaben, setzte ich meinen Weg nach Deutschland fort.

Auf der Suche nach Sicherheit habe ich Syrien verlassen, um Verfolgung und Unrecht möglichst weit hinter mir zu lassen. Krieg und Tod brachten mich auf die Suche nach einem Ort, an dem Menschen mich respektieren würden, an dem ich die Möglichkeit habe, mit meiner Familie ein freies Leben zu leben.

durch eure Untätigkeit!

Ich habe Syrien also auch für meine Kinder verlassen. Sie warten darauf, dass ich sie vor dem Tod rette, der jede Stunde an ihre Tür klopft. Sie warten darauf, dass ich sie rette, aber bis jetzt kann ich immer noch nichts tun, um ihnen zu helfen. Mir fehlt dazu die Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland. Ich warte, sie warten, aber Krieg und Tod warten nicht auf irgendwen.

Bitte tötet nicht meine Kinder! Ich habe all die Müdigkeit, Hunger, Durst und die Schwierigkeiten auf der Straße während der vier Monate Fußmarsch nur für meine Kinder ertragen und mein Leben ist mit ihnen verbunden. Ich lebe nur für sie. Und falls ihnen in Syrien wegen des Kriegs etwas zustößt – ich werde nie ohne sie leben. Es wäre der Fehler und die Schuld der Leute, die mein Recht auf

Asyl nicht ernst nehmen und dafür verantwortlich sind, dass mir meine Aufenthaltsgenehmigung so lange verwehrt wird. Ich brauche diese, um meine Familie herzubringen.

Ich bitte die deutsche Regierung, meine Kinder zu retten. Ich will Frieden und Sicherheit für sie, so wie ich es für die ganze Welt möchte. Ich bitte die deutsche Regierung, meine Entscheidung für ein gutes Leben zu respektieren und mir schnellstmöglich eine Aufenthaltsgenehmigung zu geben. Nur so bleibt sie frei von Schuld, nur so kann sie meine Kinder vor dem Krieg retten. Meine Kinder warten auf einen Rettungsring, der sie aus einem Meer aus Krieg und Tod holt. Sie wollen nur leben wie andere Kinder auch – ohne Angst und Krieg. Sie möchten eine gute Zukunft weit weg von Krieg.

Bitte, meine Kinder sehen jede Minute Feuer und Krieg, ohne ein schützendes Zuhause zu haben. Seid kein Partner bei ihrer Ermordung, macht sie nicht zu Opfern durch eure Untätigkeit.

Ich habe entschieden, dass ich nicht ohne meine Kinder leben werde. Denn ich habe kein Leben ohne sie. ♦

■ **Yassers Geschichte wurde von der Gruppe Yalla connect aufgenommen. Die Thüringer Initiative setzt sich dafür ein, die Perspektiven von Geflüchteten in den öffentlichen Fokus zu rücken und veröffentlicht sie in Film-, Audio- und Textbeiträgen auf ihrer Website. Interessierte Flüchtlinge sind eingeladen, sich zu beteiligen.**

Mehr unter www.yalla-connect.de



Palästinensische Schulkinder in Yarmouk, Syrien, April 2015.



WIR TRETEN EIN!

Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III.

DIE KAMPAGNE FÜR FLÜCHTLINGSSCHUTZ. GEGEN DUBLIN III.

Die Europäische Verordnung Dublin III sorgt dafür, dass Flüchtlinge in Europa wie Stückgut umhergeschoben werden, immer wieder in Haft oder obdachlos auf der Straße landen. Die Staaten in Zentral-europa versuchen, die Verantwortung für Flüchtlinge auf die Randstaaten abzuwälzen, obwohl viele dieser Staaten diese Verantwortung nicht wahrnehmen. Dagegen regt sich immer mehr Widerstand. Auf der Kampagnen-Website www.wir-treten-ein.de wenden sich mit PRO ASYL eine Vielzahl von Unterstützer/innen gegen das unfaire Dublin-Zuständigkeitssystem.

Flüchtlinge, denen es gelingt, die streng abgeriegelten EU-Außengrenzen zu überwinden, landen vielfach in katastrophalen Situationen. In Bulgarien, Malta oder Griechenland werden Schutzsuchende nach der Einreise systematisch inhaftiert, auch in Ungarn gehört ihre Inhaftierung mehr und mehr zum Plan. In Italien leben Flüchtlinge vielfach als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Viele Flüchtlinge erfahren erst in Europa, was es heißt, zu hungern. Sie müssen betteln, um zu überleben. Unzählige werden darüber hinaus Opfer von rassistischer Gewalt. Die erneute Schutzsuche, die Weiterflucht in andere EU-Staaten wie Deutschland oder Schweden, ist oft der einzige Ausweg. Doch dort droht ihnen umgehend die Abschiebung zurück ins Elend. So durchqueren die Betroffenen auf der Suche nach Schutz mehrere EU-Staaten, werden immer wieder obdachlos, inhaftiert, bedroht, abgeschoben.

Kaum besser ergeht es denjenigen, die in den Dublin-Problemstaaten eine Anerkennung als Flüchtling oder subsidiär Schutzberechtigte im Asylverfahren erhalten: Sie sind dann offiziell »international schutzberechtigt«, erhalten aber vielfach praktisch keinen Schutz, ja nicht mal ein Dach über dem Kopf. Fliehen sie nach Deutschland weiter, greift bei ih-

nen, rechtlich gesehen, nicht die Dublin-Verordnung, sondern die deutsche Drittstaatenregelung – ein Baustein der Asylrechtsverschärfung von 1993. Doch für die Betroffenen ist der Effekt der gleiche: Nach einer Abschiebung droht der nackte Überlebenskampf.

DAS SYSTEM SCHEITERT

Im Europa der Zuständigkeitsverweigerung bleibt vielen Flüchtlingen nichts anderes übrig, als unterzutauchen oder in ein anderes Land weiterzuziehen. In Deutschland stoppen immer wieder Gerichte Dublin-Abschiebungen wegen drohender Menschenrechtsverletzungen. Nicht selten wehren sich die Betroffenen mit Hilfe von Unterstützerinnen und Unterstützern – etwa indem der Flüchtling durch ein Kirchenasyl geschützt oder seine Abschiebung durch Blockaden verhindert wird.

In Reaktion auf zunehmenden Widerstand verordnete das Bundesinnenministerium den Ländern Maßnahmen zur »Verkürzung der Verfahrens- und Aufenthaltsdauer« in Dublin-Verfahren. Mehr oder weniger unverhohlen wurden die Länder dazu angehalten, den Betroffenen den Abschiebungstermin zu verschweigen, die Anforderungen an Atteste über Erkrankungen, die eine Abschie-

bung verhindern könnten, so hoch zu schrauben, dass sie kaum mehr zu erfüllen sind, und Familien durch die Abschiebung notfalls auch auseinanderzureißen.

Über ein Jahrzehnt lang erklärten Deutschland und andere EU-Staaten die Dublin-Verordnung zu einem Grundpfeiler der europäischen Asylpolitik. Erst im Herbst 2014 kam Bewegung in die Diskussion um die Verteilung von Asylsuchenden in der EU. Angesichts stark gestiegener Asylsuchendenzahlen wollen Deutschland und andere zentrale EU-Staaten aber nicht mehr Verantwortung, sondern im Gegenteil: eine quotierte Verteilung, um weniger Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Am jetzigen Problem fehlenden Schutzes und umherirrender Schutzsuchender würde sich dadurch nichts verändern.

MITMACHEN!

PRO ASYL setzt sich für Freizügigkeit von Schutzberechtigten und für die freie Wahl des Zufluchtsorts ein. Machen Sie mit! Unterzeichnen Sie den Appell »Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin-III« auf der Kampagnenseite www.wir-treten-ein.de und suchen Sie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer. Gleichzeitig können Sie Ihr Foto mit Ihrer persönlichen Botschaft an die Bundesregierung hochladen. Gelungene Aktionen – vom Kirchenasyl bis zum Protest auf der Straße – sollten Nachahmer gewinnen: Schicken Sie uns Ihre Bilder und Texte. ♦

Mustafa Abdi Ali



© Philip Eichler

»Es gab nicht genug Wasser und Essen. Wir bekamen rationiert eine Tasse Wasser am Tag und jeden zweiten Tag ein halbes Brot. Auf dem Weg haben wir mehrmals Tote am Wegrand gesehen«.

Auf seiner Flucht aus Somalia hat Mustafa Abdi Ali Schlimmes erlebt. Der Durst in der Wüste, die Brutalität der Schlepper und die gefährliche Fahrt auf dem Plastikboot über das Mittelmeer. Nach einer Fluchtodyssee durch halb Afrika kommt er Ende 2012 in Lampedusa an, trotz aller Gefahren. Zunächst bekommt er einen Platz in einem Flüchtlingslager, dann – Mitte 2013 – wird er auf die Straße gesetzt. »Auf meine Frage, wo ich schlafen solle und was ich essen solle, wurde ich ausgelacht.«

Monate der Obdachlosigkeit beginnen. »Ich hatte keine Decke, keine gute Kleidung. Manchmal gab es Essen von der Caritas, manchmal nichts, dann mussten wir aus dem Müll essen. Mein Arm war immer noch gebrochen, auch litt ich an starken Zahnschmerzen. Man gab mir keine Behandlung, nicht einmal Paracetamol.«

Als der Winter kommt, hält er es nicht mehr aus und flieht weiter nach Deutschland. Doch sein Asylantrag wird abgelehnt. Italien sei für ihn zuständig, schreiben die Behörden. Die Dublin-Verordnung sehe vor, dass er nach Italien zurückkehren muss. Er soll abgeschoben werden. »In dieser Zeit wurde ich verrückt, weil ich so große Angst hatte zurückzumüssen«. Dann findet Mustafa Abdi Ali Hilfe: Eine Gemeinde nimmt ihn ins Kirchenasyl. Der junge Mann kann nun darauf hoffen, in Deutschland bleiben zu können, da Menschen dort für ihn eingetreten sind, wo der Staat den Flüchtlingschutz versagt hat. ♦

Folgende Materialien zur Dublin-Kampagne sind bei PRO ASYL erhältlich:

■ Das kostenlose Faltdblatt

»Wir treten ein!« erklärt in Kurzform die Problematik und enthält den Appell »Wir treten ein! Für Flüchtlingschutz. Gegen Dublin III« in gedruckter Form.

■ Die kostenlose Broschüre »Erste Hilfe gegen Dublin-Abschiebungen«

(36 Seiten) bietet Berater/innen und Ehrenamtlichen einen Überblick über den Rechtsrahmen, die zentralen Weichenstellungen und Tipps für mögliche Gegenstrategien.

■ Die Broschüre »Flucht ohne Ankunft«

(24 Seiten, 0,80 Euro) klärt über die Problematik der international Schutzberechtigten auf und zeigt die Handlungsmöglichkeiten.

■ Die Broschüre »Fair Verfahren«

(28 Seiten, 0,50 Euro) legt die perfide Logik des Dublin-Systems offen und erklärt, warum Flüchtlinge das Recht auf freie Wahl ihres Asylortes erhalten müssen.





Kalte Herberge Ungarn

DIE ORBÁN-REGIERUNG PLANT DIE VERSCHÄRFUNG
IHRER FLÜCHTLINGSFEINDLICHEN MAßNAHMEN

Auf der Suche nach Schutz inmitten eines zynischen Abschottungsspiels der europäischen Staaten landen immer mehr Flüchtlinge in Ungarn. Doch das südeuropäische Land und seine rechtspopulistische Regierung reagieren ungerührt und geben vor allem ein Ziel aus: Die Abschreckung.

Bernd Mesovic

Als Aufnahmeland für Flüchtlinge hat sich Ungarn nie verstanden. Das ist nicht erst so, seit die rechte Regierung des Premiers Viktor Orbán am Ruder ist. Die allerdings hat sich, nachdem die Zahl der Asylsuchenden in Ungarn seit September 2014 in die Höhe geschossen ist, das Thema in der ihr eigenen Art angenommen. Sie plane Maßnahmen, die den Rechtsstaat weiter aushöhlen würden, so das ungarische Helsinki-Komitee, das Rechtsberatung für tausende von Asylsuchenden anbietet.

2014: ZEHNTAUSENDE FLÜCHTEN ÜBER UNGARN

Mit mehr als 42.000 Asylanträgen, die im Jahr 2014 registriert wurden, hat sich die Zahl der Asylsuchenden von 2012 bis 2014 verzehnfacht. Der Trend ging in den ersten Monaten des Jahres 2015 weiter. Das Helsinki-Komitee hat versucht, die komplexen Ursachen aus den Gesprächen und Erfahrungen mit ankommenden Flüchtlingen herauszufiltern. Es handele sich bei der hohen Zahl kosovarischer Asylsuchender um die Folgen extremer Armut und Korruption, weiter trieben die problematische Sicherheitssituation in Afghanistan und die bewaffneten Konflikte in Syrien und im Irak Menschen in großer Zahl außer Landes. Ein weiterer Grund für die Zunahme der Zahlen Asylsuchender in Un-

garn sei das weitgehende Versagen des griechischen, serbischen und mazedonischen Asylsystems sowie schwerwiegende Mängel in Bulgarien. Im Februar 2015 war die Zahl afghanischer und syrischer Asylantragsteller erstmals größer als die aus dem Kosovo.

80 Prozent der Asylsuchenden verlassen Ungarn innerhalb von zehn Tagen nach Asylantragstellung. Sie wissen: In Ungarn gibt es bislang kaum migrantische Communities, keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt und kein Wohlfahrtssystem. Schon das sind Gründe für die Weiterflucht. Das Helsinki-Komitee weist jedoch auch darauf hin, dass es die systemischen Mängel des ungarischen Asylsystems sind, die diese Weiterfluchtbewegung herbeiführen. Ungarn verfolgt eine Politik der strikten Inhaftierung, auch für ankommende Asylersuchende. Im Jahre 2014 wurden zehn Prozent aller Asylsuchenden zum Teil für längere Zeiträume inhaftiert. Zu manchen Zeiten waren 30 bis 40 Prozent der erwachsenen Asylsuchenden in Haft.

Wo Asylsuchende nicht inhaftiert werden, werden sie in großen Aufnahmezentren untergebracht. Dort gibt es von staatlicher Seite weder eine psychosoziale Versorgung noch überhaupt eine Betreuung besonders schutzbedürftiger Personen. Rechtsberatung und psychotherapeutische Hilfe im Einzelfall ist komplett von den Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen abhängig, die über keine ausreichenden Mittel verfügen.

KEINE CHANCE FÜR ANERKANNTE FLÜCHTLINGE

Die Anerkennungsquoten in Ungarn sind im europäischen Vergleich sehr niedrig. Wer anerkannt ist, sieht sich mit unüberwindlichen Schwierigkeiten der Integration in die ungarische Gesellschaft konfrontiert. Flüchtlinge müssen einen Integrationsvertrag mit ihren Lokalbehörden schließen und dort regelmäßig vorsprechen, um überhaupt eine Form von Unterstützung zu unterhalten. In diesem Prozess stellt der Staat keine Dolmetscher zur Verfügung – für die als eine der schwierigsten Sprachen der Welt geltende ungarische Sprache. Sprachkurse für Flüchtlinge gibt es nicht. So ist es häufig gar nicht möglich, dass Flüchtlinge und Sachbearbeiter sich in irgendeiner Weise verständigen. Eine Familienzusammenführung für anerkannte Flüchtlinge scheitert an vielen rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten. Für diejenigen, die einen sogenannten subsidiären Schutz erhalten haben, ist sie rechtlich ausgeschlossen.

Der »Ausländer«-Anteil an der Bevölkerung in Ungarn beträgt nur 1,4 Prozent, von denen 75 Prozent aus europäischen Staaten kommen. Nach Schätzungen leben ganze 3.000 anerkannte Flüchtlinge oder Personen im subsidiären Schutz in Ungarn. Trotz (oder wegen) dieser verschwindend geringen Zahlen, so das ungarische Helsinki-Komitee, gehört die ungarische Gesellschaft nach Meinungsumfragen zu den fremdenfeindlichsten innerhalb der EU. Und die Orbán-Regie-



© Gustav Pursche

rung steht ganz an der Spitze. Ausgehend von dem extrem schlechten Niveau plant man noch weitere Verschlechterungen. Künftig sollen alle »irregulären Migranten« sofort inhaftiert und möglichst umgehend abgeschoben werden. Unter »irreguläre Migranten« werden auch Asylsuchende verstanden, die als »Lebensunterhaltsflüchtlinge« adressiert werden. Für sie soll ein beschleunigtes Asylverfahren mit einer abschließenden Entscheidung binnen weniger Tage eingeführt werden. Um zu überleben, sollen sie arbeiten dürfen, was liberal klingt, aber im Umkehrschluss wohl den Empfang sozialer Leistungen aus- und Formen der Zwangsarbeit einschließt.

ABSCHRECKUNG MIT ALLEN MITTELN

Deutlich wird: Ungarn folgt in einigen Teilen dem deutschen und österreichischen Vorbild und verschärft es noch. Dies hat Premierminister Viktor Orbán in einem Interview am 13. Februar 2015 auch betont und darauf hingewiesen, dass die Österreicher und die Deutschen

»irreguläre Migration« künftig nicht mehr tolerieren würden. Dann würden Flüchtlinge in Ungarn stranden. Mit Haft, Abschiebung und Arbeitszwang müsse man sie abschrecken. Orbán verband dies mit einer Generalkritik am europäischen Recht: »EU-Richtlinien sind unvernünftig und provozieren Missbrauch.« Die Verletzung europäischen Rechts wird nicht nur in Kauf genommen, sie wird offensiv betrieben. Antal Rogan, Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei FIDESZ: »Wir bereiten eine Entscheidung vor, die eine sehr strenge Behandlung von Immigranten einführt und die in einem gewissen Sinn im Konflikt steht mit der Praxis, wie sie in Brüssel akzeptiert wird.« Das muss man sehr ernst nehmen. Die Rechtspopulisten wissen, dass ihre Politik der Missachtung des Flüchtlingsschutzes auch in der EU Freunde hat. ♦

Barbarisches Asyl

FLÜCHTLINGSSCHUTZ GIBT ES IN BULGARIEN

NUR AUF DEM PAPIER

PRO ASYL liegen dramatische Einzelfallberichte vor: Flüchtlinge, die über Bulgarien in die EU gelangt sind, leiden dort unter Hunger, berichten von Rassismus und schwersten Misshandlungen, sprechen selbst von Folter.

Judith Kopp

An der Peripherie Europas werden Flüchtlinge rabiatisch behandelt, Flüchtlingsrecht und Menschenrechte nicht selten mit Füßen getreten – so schrecklich, so bekannt. Die an uns in den letzten Monaten herangetragenen Aussagen¹ von nach Deutschland geflüchteten Flüchtlingen, die über Bulgarien in die EU einreisten, weisen auf eine weitere Eskalation der Unmenschlichkeit hin: Bulgarische Grenzbeamte sollen Schutzsuchende in grenznahen Haftzentren und Gefängnissen unter erniedrigenden Bedingungen einsperren und massiv misshandeln. Außerhalb der Haft ist Obdachlosigkeit von Flüchtlingen weit verbreitet, viele werden Opfer von einem gewalttätigen Rassismus. Die Verweigerung von Schutz und Menschenwürde zieht sich wie ein roter Faden durch die

Berichte der Betroffenen – und das, obwohl nicht wenige von ihnen formell einen Schutzstatus erhalten hatten.

BRUTAL UND ERNIEDRIGEND

Einige Flüchtlinge erzählen übereinstimmend: Von den Schleusern zurückgelassen irrten die Flüchtlinge in den Wäldern im bulgarischen Grenzgebiet umher. Nach Stunden oder Tagen, in denen sie unter Hunger, Durst und Kälte litten, wurden sie von Grenzbeamten oder Soldaten aufgegriffen. Bereits bei der Festnahme käme es zu Schlägen, Tritten und Bedrohungen durch Schusswaffen. Gewaltsam würden die Schutzsuchenden in Haftzentren verbracht, in denen menschenrechtswidrige Bedingungen herrschten.

Der irakische Flüchtling R. gelangte 2012 nach Bulgarien. 2014, inzwischen nach Deutschland weitergeflüchtet, berichtet er über brutale und erniedrigende Behandlung durch Polizisten: Er sei gezwungen worden, sich auszuziehen, sei gefesselt, geschlagen, getreten, bespuckt, angeschrien und nackt in eine Zelle gesperrt worden. Im Duschaum des Gefängnisses Bosmanski hätten ihn fünf Beamte gewaltsam ausgezogen, dann sei er mit einem Schlagstock vergewaltigt worden. Schwere innere Verletzungen seien die Folge gewesen. Seit dieser Zeit leide R. unter Angstzuständen.

»Bei allem Respekt. Man soll nicht meinen, dass in Bulgarien so etwas wie Menschenrechte existieren würden ... Warum bin ich mehr als sechs Monate, ohne Anklage, ohne Urteil inhaftiert, gefoltert und misshandelt worden? Warum?«

R., irakischer Flüchtling

¹ PRO ASYL liegen die vollständigen Akten der Einzelfälle vor. Die Namen wurden zum Schutz der Personen anonymisiert.

A., Flüchtling aus Syrien, wurde 2013 im bulgarischen Grenzgebiet und im Gefängnis Lyubimetz inhaftiert. Auch er berichtet von schweren Misshandlungen, Inhaftierung ohne Kleidung und Schlägen bis zur Bewusstlosigkeit. Flüchtlinge erhielten kaum etwas zu essen, oft würde ihnen der Zugang zur Toilette verweigert.

»NIEMAND HALF UNS«

Viele Flüchtlinge erhalten nach der Entlassung aus Lagern oder Haft sogar einen Schutzstatus, auch R. und A. Damit ist ihnen aber nicht geholfen: Obdachlosigkeit von Flüchtlingen ist in Bulgarien weit verbreitet, Integrationsmaßnahmen fehlen faktisch, rassistische Übergriffe sind an der Tagesordnung. Sie reichen von verbalen Angriffen und Erniedrigungen über Diskriminierung bis zu physischen Übergriffen. Herr A. beschreibt, wie er zum wiederholten Mal Ziel einer Attacke wurde:

»Als ich mich einmal am helllichten Tag mit einem anderen Flüchtling auf der Straße befand, kam eine Gruppe von etwa zehn Bulgaren auf uns zu und schlug auf uns ein. Wir lagen beide blutend am Boden und sie traten nach. Die Passanten guckten nur zu. Sie durchsuchten unsere Taschen und nahmen mit, was sie finden konnten. Ich hatte ein Handy und 100 Euro. Sie haben es mir entwendet. Niemand half uns.«

Ein im Februar 2015 veröffentlichter Bericht von Amnesty International dokumentiert eine erhebliche gegen Minderheiten gerichtete Gewalt in Bulgarien und klagt die fehlende strafrechtliche Verfolgung entsprechender Vergehen an.

FLUCHTWEG BULGARIEN

2013 wurde Bulgarien im Zuge der syrischen Flüchtlingskrise und aufgrund der Aufrüstung der türkisch-griechischen Grenze für immer mehr Menschen zum Zufluchtsland. Die Zahl der Asylanträge vervielfachte sich von 1.500 im Jahr 2012 auf 7.100 im Jahr 2013 (Eurostat). Die bulgarische Regierung reagierte mit dem sogenannten »Eindämmungsplan«: Rund 1.500 zusätzliche Grenzbeamte wurden entlang der Grenze stationiert, ein bisher 30 Kilometer langer Zaun errichtet und die Präsenz von Frontex erhöht. Zu Beginn des Jahres 2014 war zunächst eine deutliche Abnahme an Schutzgesuchen festzustellen, bis Jahresende stieg ihre Zahl aber mit über 11.000 noch deutlich über den Vorjahreswert.

Die Abschottungspolitik Bulgariens führt zu etlichen völkerrechtswidrigen Zurückweisungen – sogenannten Push Backs – durch bulgarische Grenzbeamte, so Bordermonitoring Bulgaria 2014 sowie Human Rights Watch 2014. Am 12. und 13. März 2015 berichtete die lokale Presse von Todesfällen im Zusammenhang mit einer Push-Back-Operation. Dabei sollen 17 jezidische Flüchtlinge aus dem Irak unter massiver Gewaltanwendung von bulgarischen Grenzbeamten in die Türkei zurückgeschoben worden sein. Zwei Flüchtlinge seien ersten Zeugenberichten zufolge im Grenzgebiet erfroren – einem von ihnen sei zuvor von der bulgarischen Grenzpolizei ein Bein gebrochen worden.²

AUFNEHMEN STATT ABSCHIEBEN!

Ob anerkannt oder nicht: Flüchtlingen, die aus Bulgarien in ein anderes europäisches Land weitergeflohen sind, droht die Abschiebung. Im Jahr 2014 wandten sich mehr als 20 europäische Staaten an Bulgarien mit der Bitte um Rücküberstellung von insgesamt fast 7.000 Menschen (Novinite, 6. Januar 2015), 4.400

davon aus Deutschland. Tatsächlich wurden jedoch nur 14 Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2014 vorgenommen. Viele Gerichte verhinderten die Überstellung nach Bulgarien, gestützt auf einen Bericht des UNHCR vom April 2014. Oft lief die Überstellungsfrist ab, in einigen Fällen konnte eine Abschiebung durch Kirchenasyl verhindert werden.

Aus der Sicht von PRO ASYL ist klar: Es dürfen überhaupt keine Abschiebungen nach Bulgarien vollzogen werden, die Schutzbedürftigen müssen hier aufgenommen werden. Die bulgarische Regierung muss die Folter- und Misshandlungsvorwürfe aufklären und menschenrechtswidrige Praktiken unverzüglich unterbinden. Weder in Berlin noch in Brüssel dürfen die Augen weiter verschlossen werden: In Bulgarien gibt es keinen Schutz für Flüchtlinge. ♦



Erniedrigende und unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen – bis hin zur Folter – dies zeigt anhand zahlreicher Berichte von Betroffenen die von PRO ASYL im April 2015 herausgegebene Dokumentation »Erniedrigt, misshandelt, schutzlos: Flüchtlinge in Bulgarien«. Doch trotz Gewalt und Not: Über 4.000 Flüchtlingen droht die Abschiebung aus Deutschland nach Bulgarien. PRO ASYL fordert von Deutschland und der EU, Abschiebungen nach Bulgarien einzustellen und betroffenen Schutzsuchenden einen sicheren Aufenthalt zu gewähren.

■ Die Dokumentation mit den Forderungen umfasst 52 Seiten und kann für 2,00 Euro bei PRO ASYL bestellt werden oder kostenlos unter www.proasyl.de heruntergeladen werden.

2 <http://world.bgnnews.com/yazidis-fleeing-isil-beaten-by-bulgarian-police-freeze-to-death-haberi/4231>

Fluchtweg Ägäis

HUMANITÄRE KRISE IM URLAUBSPARADIES

Die Ägäis ist seit Jahren eine zentrale Fluchtroute nach Europa. Durch die dramatischen Ereignisse im zentralen Mittelmeer – das Massensterben, die Auseinandersetzung um die Seenotoperation Mare Nostrum – ist dieser EU-Grenzabschnitt, zwischen der Türkei und Griechenland, etwas aus dem medialen Blick geraten. Dies wird sich im Jahr 2015 ändern.

Karl Kopp

Die griechischen Inseln entwickeln sich wieder zu den zentralen Einreiseorten in die EU. Unsere Projektpartnerinnen in Athen, auf den Inseln Lesbos und Chios sowie in Izmir befürchten eine dramatische humanitäre Krise in der griechisch-türkischen Ägäis. Es fehlt an allem: an trockener Kleidung, Decken, Schlafplätzen, Essen, basismedizinischer Versorgung für die ankommenden Flüchtlinge. Griechenland benötigt ad hoc tausende Aufnahmeplätze, mobile Versorgungseinheiten, um auch völlig erschöpf-

■ Auf Druck Europas hat Griechenland die Landgrenze zur Türkei im Sommer 2012 nahezu hermetisch abgeriegelt. Durch die Grenzaufrüstung im griechischen Evros-Gebiet findet seither eine dramatische Verschiebung der Fluchtrouten zurück auf den gefährlichen Seeweg statt. Kamen im Jahr 2012 noch 30.433 Flüchtlinge (2011: 54.974) über die griechisch-türkische Landgrenze, so waren es im Jahr 2013 nur noch 1.122 Menschen. Die Folge: Die gefährlichen Fluchten über die Ägäis nehmen zu. 2011 waren es noch 1.030 Bootsflüchtlinge, ihre Zahl stieg 2012 sprunghaft auf 3.651, 2013 dann auf 11.447 und 2014 schließlich auf 43.500.

te Menschen an entlegenen Anknüpfungsorten versorgen zu können.

Im Jahr 2014 wurden 43.500 Flüchtlinge in der Ägäis registriert. 91 Prozent von ihnen kamen aus Syrien, Afghanistan, Somalia und Eritrea. Bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres sind 10.445 Bootsflüchtlinge – 2.865 davon aus Syrien – auf Lesbos, Samos, Chios, Leros und anderswo angekommen – das sind viermal so viele wie im Vorjahreszeitraum. Allein die Insel Lesbos verzeichnete im März über 3.000 Flüchtlinge. Es braucht keine prophetischen Fähigkeiten, um für 2015 weit über 100.000 neuankommende Schutzsuchende im kleinen Griechenland zu prognostizieren.

Dieses Urlaubsparadies verzeichnete im flüchtlingspolitischen Bereich schon viele Krisen, Katastrophen und Menschenrechtsverletzungen: Über 400 Männer, Frauen und Kinder starben bei Schiffsunfällen seit dem Sommer 2012, in den überfüllten Flüchtlingshaftlagern herrschen unmenschliche Bedingungen, an der griechischen See- und Landgrenze werden Flüchtlinge tausendfach gewaltsam zurückgedrängt. Das Land besitzt lediglich ein rudimentäres Asylsystem und hat de facto kein Aufnahmesystem für die dort strandenden Flüchtlinge, unter ihnen tausende unbegleitete Minderjährige. Die inzwischen abgewählte konservative Regierung hatte in den letzten Jahren über 5.000 neue Haftplätze für Flüchtlinge und Migranten geschaffen, finanziert durch die EU. Ende 2014 existierten jedoch lediglich 1.063 offene Aufnahmeplätze für Schutzsuchende, davon sind 320 Plätze für alleinfliehende Minderjährige. Das zuständige National Centre for Social Solidarity wies Ende 2014 die Zahl von 1.664 Flüchtlingskindern aus, die dringend einen Unterkunftsplatz benötigten – der reale Bedarf dürfte viel höher liegen.



NEUE FLÜCHTLINGSPOLITIK IM ZEICHEN DER KRISE?

Der Ministerpräsident Griechenlands, Alexis Tsipras, hat sich vor seinem Amtsantritt Ende Januar 2015 unmissverständlich für eine andere, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ausgesprochen: Die gewaltsamen Zurückweisungen von Schutzsuchenden in der Ägäis und an der Landgrenze (push backs) sollten beendet werden. Griechenland und Europa müsse alles tun, um Menschenleben zu retten. Tsipras kritisierte das exzessive und unmenschliche Haftregime in seinem Land. Syriza hat sich wie keine andere Partei im Parlament für die Belange der Überlebenden der Flüchtlingskatastrophe von Farmakonisi eingesetzt. Und: Tsipras hat klargestellt, dass eine wirkliche europäische Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme nicht vereinbar ist mit dem unfairen Asylzuständigkeitssystem Dublin.



Am 9. April 2015 stranden 157 Flüchtlinge aus Syrien, Somalia, Sudan, Eritrea und Irak auf der winzigen Insel Gavdos. Sie kamen aus Libyen und hatten ein tagelanges Martyrium hinter sich. An Bord waren auch 40 alleinfliehende Kinder.

Erste Momentaufnahmen: Die neue griechische Regierung hat die im September 2012 begonnene Operation »Xenios Zeus« eingestellt, in deren Rahmen landesweit rassistische Razzien stattfanden und zehntausende Flüchtlinge festgenommen und inhaftiert wurden. »Wir sind fertig mit den Haftzentren«, erklärte der griechische Staatssekretär Yannis Panousis Mitte Februar 2015, nachdem sich ein Flüchtling im Haftlager Amygdaleza das Leben genommen hatte. Es war bereits der vierte Suizid innerhalb von wenigen Monaten. Seither werden sukzessive Flüchtlinge aus den Elendshaftlagern entlassen – in die Obdachlosigkeit, weil offene Aufnahmeplätze fehlen. Anfang April 2015 hat es den Anschein, als gäbe es kaum noch Zurückschiebungsoperationen der Küstenwache in der Ägäis. Die Vertretungen der Küstenwache haben jedoch angesichts der steigenden Ankünfte in mehreren Stellungnahmen die Rückkehr zu einer härteren Gangart eingefordert.

LÄSST EUROPA FLÜCHTLINGE UND GRIECHENLAND IM STICH?

Ob die avisierte neue Flüchtlingspolitik tatsächlich substanziiell eingelöst wird, darf weiterhin bezweifelt werden. Schließlich befindet sich Syriza in der Koalition mit den Unabhängigen Griechen, einer nationalistischen Partei mit klar flüchtlingsfeindlicher und antisemitischer Ausrichtung. Die Menschenrechtsorganisationen in Griechenland und Europa werden Ministerpräsident Tsipras und Syriza an ihren menschenrechtlichen Versprechungen messen.

Ein fundamentaler Wandel der griechischen Asyl- und Migrationspolitik ist vor allem nur unter einer Bedingung realisierbar: dass auch die Europäische Union einen Wandel ihrer Flüchtlingspolitik vollzieht. Die EU investierte im Zeitraum 2007 bis 2013 in Griechenland 208 Millionen Euro in Grenzausrüstung und Haft. Und nur knapp 22 Millionen in die Auf-

nahme von Flüchtlingen. Anstatt repressive Abwehrmaßnahmen zu finanzieren, muss die EU ihre Mittel endlich in die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen investieren. Insbesondere für die große Zahl der in Griechenland gestrandeten alleinfliehenden Minderjährigen muss die EU Sondermittel bereitstellen. Europa steht in der Pflicht, Griechenland bei der Bewältigung der humanitären Krise umfangreich zu unterstützen. Diese Solidarität muss neben der Erstversorgung in Griechenland auch die zügige legale Weiterreise der ankommenden Flüchtlinge zu ihren Verwandten oder Communities in anderen europäischen Ländern ermöglichen. ♦

Jäger am Zaun

FLÜCHTLINGSABWEHR AUF SPANISCH

Der Fluchtversuch nach Europa über Melilla und Ceuta, die spanischen Exklaven in Marokko, wird zunehmend zur Todesfalle, weil Grenzbeamte auf beiden Seiten immer brutaler vorgehen. Von den Verantwortlichen in der Politik ist dies offenbar nicht nur geduldet, sondern erwünscht.



Kerstin Böffgen

Die Dunkelheit ist erfüllt von Schreien. In dem Durcheinander von Polizeiuniformen ist eine Gruppe Beamter in braunen – marokkanischen – Uniformen zu sehen, die offenbar einen am Boden liegenden Menschen schlagen und treten – auf spanischem Gebiet. Große Steine fliegen gegen kletternde Migranten. Ein spanischer Polizist, der ebenfalls am Zaun hochklettert, knüppelt mit dem Schlagstock auf einen Flüchtling ein, bis dieser schließlich herabstürzt. Im Morgengrauen legen marokkanische Polizisten vier bewegungslose Körper hinter einem Gebüsch ab.

Die Szene ereignete sich auf dem schmalen Streifen innerhalb der durch dreifachen Zaun gesicherten Grenzanlage zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla am 18. Juni 2014. Der Menschenrechtsorganisation Pro Derechos de La Infancia (Prodein) zufolge, die den Vorfall in einem Video mitgeschnitten hat, wurden an diesem Tag vier Migranten getötet und 150 illegal abgeschoben.

PUSH BACKS: ILLEGAL UND BRUTAL

Die Praxis spanischer Behörden, Menschen, die sich auf der Flucht befinden, völkerrechtswidrig zurückzuschieben, ist nicht neu. Neu ist allerdings die Brutalität dieser sogenannten heißen Abschiebungen. Dass Flüchtlinge bei solchen Abwehr-Einsätzen getötet werden, scheint kein Einzelfall mehr zu sein: Prodein hat mittlerweile zahlreiche Videoaufnahmen zum brachialen Vorgehen der spanischen Guardia Civil wie auch der marokkanischen Beamten an der Grenzzaunanlage in Melilla veröffentlicht.

Wie ein Augenzeuge vor der Kamera berichtet, wurde am 13. August 2014 der 23-jährige Malier Toumani Samake vom Zaun heruntergeknüppelt und starb: »Die Guardia Civil hat ihn geprügelt. [...] Er ist gefallen. Er war sofort tot«. Marokkanische Hilfskräfte hätten die Leiche abtransportiert. Aufnahmen vom 15. Oktober 2014 zeigen, wie Beamte mit Schlagstöcken so lange auf sich wehrlos am Zaun festklammernde Menschen einschlagen, bis diese zu Boden stürzen.

Ein bewusstloser Mann wird schließlich durch den Zaun zurückgezerrt und den marokkanischen Beamten übergeben.

In Ceuta waren schon im Februar 2014 Dutzende Flüchtlinge bei dem Versuch, die Grenze von Marokko aus zu umschwimmen, von der Guardia Civil mit Gummigeschossen und Tränengas attackiert worden. Dabei kamen 15 Menschen ums Leben.

SPANIEN LEGALISIERT VÖLKERRECHTSBRUCH

International stößt das Vorgehen der spanischen Grenzbehörden auf große Empörung. Nils Muižnieks, Menschenrechtskommissar des Europarates, äußerte bei seinem Besuch in Melilla Anfang dieses Jahres scharfe Kritik und forderte, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Davon unbeeindruckt zeigen Spaniens Politiker jedoch kein Interesse an Aufklärung. Im Gegenteil: Die Videoaufnahmen der Überwachungskameras hält die Regierung unter Verschluss. Angesprochen auf die Massenrückführungen definieren spanische Behörden das

nationale Territorium teilweise neu: »Erst wer beide Grenzzäune überwunden hat, ist in Spanien«, so der regierende Bürgermeister von Melilla, Juan José Imbroda. Die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Grenzanlage schieben spanische Behörden regelmäßig auf Marokko.

Gleichzeitig hat die Regierung in Madrid Ende 2014 eiligst eine Änderung des Staatsgrundgesetzes über den Schutz und die Sicherheit der Staatsbürger durchgesetzt, mit der die Zurückweisungen an den Exklaven legalisiert werden. Der spanische Kongress hat damit einer Gesetzesregelung zugestimmt, die nicht nur gegen die eigene Verfassung, sondern auch gegen internationales Flüchtlingsrecht verstößt. Doch solange niemand erfolgreich Klage erhebt, werden Flüchtlinge künftig mit dem Segen spanischer Gesetze, aber ohne Schutzprüfung – und damit völkerrechtswidrig – zurückgeschafft.

ZUM ERSTEN MAL ERMITTELT DIE JUSTIZ

Immerhin: Nach den brutalen Zurückweisungen am 18. Juni und 13. August 2014 hat ein Gericht in Melilla zum ersten Mal Ermittlungen gegen einen leitenden Beamten der Guardia Civil aufgenommen. Bereits im vorherigen April hatte Prodein – gestützt durch zahlreiche Video-Aufnahmen, die die Push Backs und Misshandlungen belegen – Klage gegen den Regierungsabgeordneten und den Chef der Guardia Civil in Melilla eingereicht. Ende Oktober 2014 leitete die Staatsanwaltschaft in Melilla weitere strafrechtliche Ermittlungen ein. Bislang blieben die Gewaltexzesse an der Grenze jedoch völlig straffrei.

ASYLBÜROS FÜR AUERWÄHLTE?

Im März 2015 eröffnete die spanische Zentralregierung in Melilla und Ceuta erstmalig sogenannte Asylbüros in den Kontrollzonen der Grenze, laut Innenmi-

nisterium, »um die Gewährleistung des internationalen Schutzsystems und der Menschenrechte zu stärken«. Dort sollen Schutzsuchende zukünftig einen Antrag auf Asyl stellen können und hierfür auch Rechtsanwälte und Übersetzer zur Seite gestellt bekommen. Für die Dauer des Verfahrens würden sie in einer spanischen Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Die Idee wäre zu begrüßen, wäre da nicht die gleichzeitige Verlautbarung des Innenministers Jorge Fernández Díaz: »Sicher ist, dass Personen, die versuchen, illegal über die Grenze zu kommen [...] kein Recht auf Asyl haben.« Und wie mit diesen Personen zu verfahren ist, regelt wiederum der neue Passus im Gesetz: mit umgehender Zurückweisung.

Nur ausgewählte Flüchtlingsgruppen scheinen überhaupt Zugang zu den neuen Asylbüros zu haben: So berichtet José Palazón von Prodein von Zeugenaussagen Betroffener, wonach ausschließlich Syrer eingelassen würden. »Afrikanisch aussehende« Menschen hätten damit per se keine Chance auf ein Asylverfahren.

HÖHERE ZUGANGSZAHLEN

Unterdessen wird die bislang weit über 70 Millionen Euro teure Grenzanlage in

Melilla mit EU-Mitteln weiter ausgebaut. Doch dass letztlich kein Zaun martialisches, kein Grenzjäger eifrig genug sein kann, um Fluchtbewegungen aufzuhalten, zeigen allein die von der spanischen Menschenrechtsorganisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA) im Februar veröffentlichten Zahlen: Im vergangenen Jahr überwanderten über 6.700 Menschen die Grenzen nach Melilla und Ceuta, knapp 5.000 davon in Melilla. Während Ceuta von knapp der Hälfte der Flüchtlinge über den Seeweg – in Booten oder schwimmend – erreicht wurde, waren es in Melilla vor allem Eintritte über den Zaun: rund 2.100. Allein dort sind dabei laut APDHA im vergangenen Jahr 13 Menschen umgekommen.

Schutzsuchende, die es in die Exklaven schaffen, bringt man zunächst im derzeit restlos überfüllten Aufnahmelager (CETI) unter, bis sie abgeschoben oder aufs Festland gebracht werden – in der Regel ohne Status, Perspektive oder Grundversorgung. Nicht wenige flüchten in den europäischen Norden weiter.

Unterdessen reißen die Versuche verzweifelter Menschen, die Zäune zu überwinden, nicht ab. Damit geht auch die Serie der brutalen Zurückweisungen mit ihren tödlichen Folgen weiter. ♦



© PRODEIN / José Palazón

Flüchtlingszentren in Nordafrika?



© UNHCR / A. Duclos

Eine alte Idee lebt wieder auf: Angeblich zum Schutz von Flüchtlingen sollen schon in Transitstaaten Asylverfahren durchgeführt werden. Doch durch zweifelhafte Kooperationen verrät die Bundesregierung die Menschenrechte.

Günter Burkhardt

Das Sterben von Tausenden auf dem Mittelmeer bringt die Politik ins Nachdenken. Doch statt legale Wege zu öffnen, sodass Verfolgte nach Europa kommen können, werden abstruse Ideen entwickelt und fragwürdige Verhandlungsprozesse eingeleitet.

»Wir müssen uns zum einen etwas einfallen lassen, wie wir zusammen mit den Herkunfts- und Transitländern Schleusern das Geschäftsmodell verderben...«, formulierte der Chef des Bundesamtes, Manfred Schmidt laut Spiegel Online vom 30.12.2014. Es ist erstaunlich, dass

solche Ankündigungen nicht zu einem Aufschrei führen. Der Chef des für den Schutz von Flüchtlingen in Deutschland zuständigen Bundesamtes propagiert die Zusammenarbeit mit Staaten, die Menschen verfolgen und aus denen sie fliehen müssen. Diese zynische Idee ist keineswegs nur einfach so daher gesagt. Sie verbalisiert eine Politik, die die Außen- und Innenminister der Europäischen Union verfolgen. Am 28. November 2014 trafen sie sich in Rom, zusammen mit Vertretern aus 58 Staaten Europas und Afrikas. Innenminister de Maizière formulierte: »Das Ziel ist, dass wir mit den Herkunftsländern arbeiten, um Fluchtursachen zu vermindern. Dass wir mit den Transitländern arbeiten, um zu erreichen, dass nicht durch diese Länder illegale Migration stattfindet.«

AN EINEM TISCH MIT FLUCHTVERURSACHERN

Am Tisch der illustren Runde saßen auch Vertreter der brutalen Militärdiktatur Eritrea oder des von Warlords beherrschten,

zerfallenen Staats Somalia: Länder, in denen gravierende Gründe Menschen zur Flucht zwingen. Eritrea gehört zu den Top Ten der Hauptherkunftsländer in Deutschland (13.198 Asylersanträge in 2014), ebenso Somalia (5.528 Asylersanträge in 2014). Die Anerkennungsquote in Deutschland ist extrem hoch. Bei Eritrea liegt sie bei nahezu 100 %. In Bezug auf Somalia ging die Schutzquote zwar zurück von 91,2 % in 2010 auf 74,1 % im Jahr 2014. Die Zahlen sind jedoch eindeutig: Auch nach offizieller Einschätzung des Bundesamtes gibt es schwer wiegende Gründe, aus diesen Staaten zu fliehen. Erreichen die Betroffenen Deutschland und haben sie das Glück, nicht unter die Dublin-Verordnung zu fallen, haben sie die Chance auf den offiziellen Status als »Flüchtlinge«. Wenn sie Europas Grenzen überschreiten, werden sie als »illegale Migranten«, die es abzuwehren gilt, inhaftiert. Dabei schreckt die Bundesregierung im Einklang mit den Außen- und Innenministern der anderen EU-Staaten vor keinem Gesprächspartner, vor keinem Koopera-

tionspartner zurück. Der Bundesinnenminister strebt eine »abgestimmte, verzahnte, vernetzte und gemeinsame Strategie von Innen- und Außenpolitik« an. Wie die Kooperationsangebote an Staaten wie Eritrea oder Somalia aussehen sollen, das ist bislang offen.

SCHUTZSUCHENDE NACH NORDAFRIKA?

Eine weitere abstruse Diskussion wird seitens des deutschen Innenministeriums wie auch von anderen EU-Staaten eröffnet. Bundesinnenminister de Maizère spricht von Willkommens- und Ausreisезentren für Flüchtlinge in nordafrikanischen Staaten. Diese sollen in Kooperation mit UNHCR oder unter Aufsicht dessen betrieben werden. Angeblich sollen Schutzsuchenden durch Asylverfahren in Afrika legale Wege eröffnet werden, um ihnen die Flucht nach Europa zu ersparen. Die öffentliche Rhetorik wirbt um Unterstützung für diese Idee mit Formulierungen wie »Wir müssen es den Flüchtlingen ermöglichen, Schutz zu bekommen, bevor sie in der Wüste verdurstet oder im Mittelmeer ertrunken sind« – so BAMF-Chef Schmidt am 30.12.2014. Klingt gut. Doch dieser Vorstoß ist extrem gefährlich.

In Libyen beispielsweise unterstützt Europa den »Grenzschutz« mit Personal und Geld – in der Praxis ein stillschweigender Pakt zur Nichtbeachtung von Flüchtlingsrecht. Flüchtlinge werden dort nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen gehalten, sie erleiden schlimmste Misshandlungen und Folter. Soll solchen Partnern künftig die Verantwortung für die Schutzprüfung

und die Asylgewährung von Flüchtlingen übergeben werden? Weit über drei Millionen Menschen sind in die Nachbarstaaten Syriens geflohen. Will Europa allen Ernstes etwa in Ägypten – einem Staat, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind – ein Auffanglager für diese schwer traumatisierten Kriegsoffer errichten? Einst ohne Visum in Ägypten willkommen, wurden syrische Flüchtlinge nach dem Sturz des Mursi-Regimes dort zunehmend Opfer von Rassismus und staatlicher Willkür – viele flohen erneut, aus dem Land, das ihr Zufluchtsland hätte sein sollen. Aber auch Staaten wie Tunesien oder Marokko, die sich in politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen befinden, sind absolut ungeeignet, um dort Aufnahmezentren für Flüchtlinge einzurichten.

Wie soll dies allein praktisch funktionieren? Wie sollen diese Zentren unterhalten und betrieben werden? Will Europa eigene Lager oder Zeltstädte für mehrere Hunderttausend Menschen aufbauen? Wie sollen dort nach europäischen Standards und nach europäischem Recht Asylanträge geprüft werden? Und wer soll das tun? Es gibt dort keine rechtsstaatlichen Garantien für die Prüfung von Asylanträgen. Der Kern eines rechtsstaatlichen Verfahrens ist es, dass negative Behördenentscheidungen von einem Gericht überprüft werden. Eine Begleitung durch Rechtsanwälte, eine Verfahrensberatung durch Unterstützende – vieles, was das rechtsstaatliche Verfahren in einer Demokratie ausmacht – ist in den in Rede stehenden Ländern auf lange Zeit hinaus unrealistisch.

WAS SOLL MIT DEN ANERKANNTEN GESCHEHEN?

Und selbst wenn es rechtsstaatliche Verfahren gäbe: Was passiert mit denjenigen, die in diesen Transitausreisezentren anerkannt werden? Mehrere Hunderttausend müssten es eigentlich sein. Bislang ist die Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten, Flüchtlinge aufzunehmen, äußerst gering. Ihre Beteiligung am weltweiten so genannten Resettlementprogramm ist erbärmlich: 2014 wurden nur rund 7.500 Menschen auf diesem Weg aufgenommen. Wenig anders sieht es bei der humanitären Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus. Seit 2013 hat Europa insgesamt nur rund 40.700 Aufnahme-Plätze für syrische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Wo soll die Bereitschaft herkommen, Hunderttausende in Transitzentren Anerkannte einreisen zu lassen? Realistisch ist: Die Staaten streiten darüber, wer, wie viele, von wem ausgeflogen werden und man einigt sich auf niedrigstem Niveau. Keine Perspektive für die Mehrzahl der Flüchtlinge.

Das angebliche Ziel, das Sterben auf dem Mittelmeer zu verringern, wird durch die Auslagerung des Flüchtlings-schutzes in keiner Weise erreicht werden. Dies wird Flüchtlinge nicht davon abhalten, in seeuntüchtigen Booten nach Europa aufzubrechen. Stattdessen werden die Betroffenen zusätzlichen Gefahren und Zumutungen bis hin zur Lebensgefahr ausgesetzt. Nur die Öffnung legaler und gefahrenfreier Wege nach Europa kann weitere Todesfälle verhindern. ♦



ZAHLEN UND FAKTEN 2014

Weltweit gibt es so viele Flüchtlinge wie nie seit dem zweiten Weltkrieg, die Lage von Millionen Menschen ist verheerend. Bei uns kommt nur ein kleiner Teil von ihnen an. Wer es hier ins Asylverfahren schafft, erhält oft einen Schutzstatus.

Dirk Morlok, Andrea Kothen

■ Mitte 2014 wurden weltweit 51,3 Mio. Menschen auf der Flucht gezählt – das ist die höchste Weltflüchtlingszahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Rund 5,5 Mio. Menschen von ihnen wurden allein im ersten Halbjahr 2014 zur Flucht getrieben, die meisten davon blieben »Binnenvertriebene«, also Flüchtlinge innerhalb ihres Herkunftslandes. 1,4 Mio. neu Vertriebene überquerten internationale Grenzen. Zur Orientierung: Im selben Halbjahr erreichten vergleichsweise bescheidene 77.000 Asylsuchende Deutschland. Noch immer gilt: Über 80 % der Flüchtlinge der Welt bleiben in ihrer Herkunftsregion – oft deshalb, weil sie auf eine Rückkehr hoffen, aber auch, weil ihnen die Möglichkeiten zur Weiterflucht fehlen. Die größte Flüchtlings-

gruppe, die aus dem syrischen Kriegsgebiet, wurden vor allem von den Nachbarstaaten im Nahen Osten aufgenommen, wo sich die Aufnahmezahlen in weitaus größeren Dimensionen als hierzulande bewegen. Im Schatten der syrischen Katastrophe kam es 2014 im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik zu großen Fluchtbewegungen.

ASYL – NUR EIN BRUCHEIL DER ZUWANDERUNG

Über 200.000 neue Asylanträge, so lautete die Prognose des Bundesinnenministeriums für das Jahr 2014. Schlussendlich wurden 173.072 Asylersanträge gezählt – die höchste Zahl seit 1993 sowie die vierthöchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Gleichwohl stellen Asylsuchende regelmäßig nur einen Bruch-



Quelle: UNHCR, midyear report 2014; Grafik: PRO ASYL

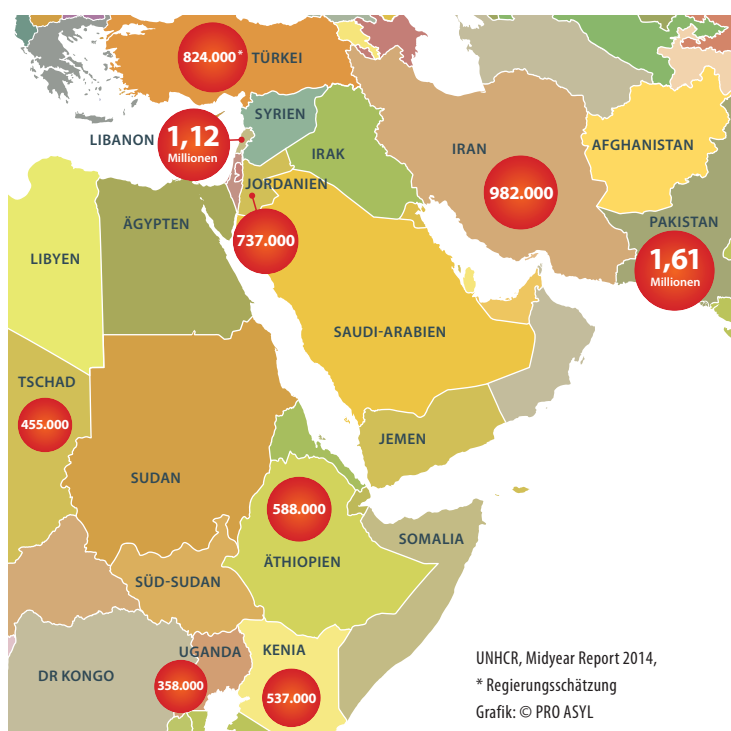
teil der Gesamtzuwanderung – im ersten Halbjahr 2014 sind es etwa 11 %: Rund 77.000 Asylsuchende von etwa 667.000 Zugewanderten. Auch wenn es akut einiger Anstrengungen bedarf, so sollte es hierzulande eine lösbare Aufgabe sein, die vorhandene Zahl an Asylsuchenden aufzunehmen und unterzubringen.

JEDE/R ZWEITE WIRD ANERKANNT

Nicht nur die Antragszahl, auch die Schutzquote des Asylbundesamtes (BAMF) war mit offiziellen 31,5 % so hoch wie lange nicht. Rund 130.000 Entscheidungen hat das BAMF 2014 getroffen. Über ein Viertel der Antragsteller (25,9 %) erhielten die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention, weitere 4,0 % europarechtlichen subsidiären Schutz, für 1,6 % wurden nationale Abschiebungsverbote verhängt. Rund 45.000 Asylanträge (35 %) kamen als »formelle Erledigungen« gar nicht zur Entscheidung: In mehr als der Hälfte dieser Fälle wurde nach der Dublin-Verordnung ein anderer EU-Staat für zuständig befunden; hinzu kamen viele Entscheidungen nach der »sicheren Drittstaatenregelung«, weil für die Antragsteller bereits ein anderer Staat die internationale Schutzberechtigung festgestellt hatte – leider oft, ohne dass die Betroffenen tatsächlich Aufnahme und Schutz erhalten

In diesen Ländern leben die meisten Flüchtlinge

(Stand: Mitte 2014)



hätten. Zieht man diese formellen Erledigungen ab und betrachtet nur die inhaltlich geprüften Fälle, ergibt sich eine bereinigte Gesamtschutzquote von 48,5 %, das heißt, fast jede/r Zweite wird als schutzberechtigt anerkannt. Bei 10,5 % positiven Klageverfahren vor Gericht liegt die Erfolgsquote letztlich bei über 50 %.

AUS KRIEG, GEWALT UND BLANKER NOT – ASYLSUCHENDE

SYRIEN ist mit großem Abstand das Hauptherkunftsland der Asylsuchenden. Opfer dieses inzwischen über vier Jahre andauernden Kriegs stellten 2014 fast ein Viertel (23 %) aller Asylgesuche in Deutschland. Jeder zehnte Antrag eines Syrers wird nicht entschieden, sondern formell erledigt. Zieht man diese Zuständigkeitsverweigerungen ab, ergibt sich für syrische Asylsuchende eine Schutzquote von fast 100 %.

BALKAN-STAATEN: Die Asylsuchenden aus den ehemals jugoslawischen Staaten werden in der Öffentlichkeit schlicht als Armutsflüchtlinge ohne Asylgründe geschmäht. Ihre hohe Zahl weist auf nichts weniger als eine gescheiterte Nachkriegspolitik auf dem Balkan hin: Mitten in Europa leiden Menschen unter erheblicher Diskriminierung, existenzieller Not, sogar Hunger. Im Unterschied arbeitssuchenden EU-Bürgern bleiben ihnen die Chancen der europäischen Freizügigkeit verwehrt – so helfen dann nur Asylgesuche, über den Winter zu kommen. Dabei liegt die Chance auf eine Asyl-Anerkennung vor dem Hintergrund gruppenweiser Asyl-Schnellverfahren nahe Null.

ERITREA: In einem der repressivsten Regime der Welt landen Kritiker/innen in geheimen Gefängnissen. Wer über die Grenze flieht, riskiert, als Deserteur erschossen zu werden. Dennoch treibt die Militärdiktatur seit Jahren fortwährend Menschen in die Flucht. Am Beispiel Eritrea wird einmal mehr deutlich, dass die vom BAMF offiziell verkündeten Schutzquoten nur die halbe Wahrheit sind: Bei



© UNHCR/E. Noy

Allein in der ersten Jahreshälfte 2014 flohen über 140.000 Menschen vor der eskalierenden Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik. Der Anteil derer, die in Europa Asyl beantragen, ist dagegen so gering, dass die Zahl in den offiziellen Statistiken gar nicht ausgewiesen wird.

mehr als 55 % der Fälle sei ein Schutzbedarf festgestellt worden. Tatsächlich beträgt die Zahl der Ablehnungen genau 16, was bei 1.794 Entscheidungen einer Quote von exakt 0,9 % entspricht. Rund 44 % wurden »formell erledigt« – zieht man sie ab, ergibt sich eine Schutzquote von 99 %.

AFGHANISTAN: Im Jahr des deutschen Truppenrückzugs ist die aktuelle Zahl der aus Afghanistan nach Deutschland Geflüchteten ein Indiz für die erschreckende Tatsache, dass Terror und Gewalt im Land schlimmer wüten denn je. Seit Erhebung der relevanten Zahlen durch die UN-Unterstützungsmission hat es nicht so viele zivile Opfer gegeben wie 2014: Über 6.800 Menschen wurden demnach im vergangenen Jahr verletzt, fast 3.700 getötet. Die Zahl der nach Deutschland Flüchtenden steigt und mit ihnen die »Dublin-Fälle«: Rund 32 % der Antragsteller wurden insgesamt »formell« abgefertigt. Beschäftigt sich das BAMF mit den individuellen Fluchtgründen, ist die Anerkennungsquote hoch: Mehr als zwei Drittel (68 %) der afghanischen Asylsuchenden erhalten dann Schutz.

SOMALIA ist ein in verschiedene Machtbereiche zerfallenes und von Warlords terrorisiertes Land. Offiziell erhält nur jede/r vierte somalische Asylantragstel-

ler/in (25 %) einen Schutzstatus. Tatsächlich wurden weniger als 9 % der vorgebrachten Asylgründe vom BAMF abgelehnt, zwei Drittel (66,3 %) der negativen Entscheidungen beruhen wiederum lediglich auf Formalitäten. Zieht man nur die inhaltlich geprüften Anträge heran, werden nicht ein Viertel, sondern rund drei Viertel (74,1 %) der Somalis anerkannt.

IRAK liegt als Herkunftsland von Asylsuchenden in Deutschland etwas überraschend erst auf Platz zehn, trotz massiver Fluchtbewegungen infolge des IS-Terrors. Viele in der Region Geflüchtete hoffen noch auf eine Rückkehr – für zahlreiche Opfer von Krieg, Terror oder Vergewaltigung und insbesondere für Angehörige massiv bedrohter Minderheiten wird dies aber kaum realistisch sein. Es ist anzunehmen, dass ein Teil der Flüchtlinge Europa schlicht (noch) nicht erreicht hat und ihre Ankunft hier zeitverzögert zunehmen wird. Wer es schafft, hier anzukommen, ohne in die Dublin-Maschinerie zu geraten und ohne auf die lange Wartebank geschoben zu werden, muss das Bundesamt kaum von der Dramatik der Situation überzeugen: Die bereinigte Anerkennungsquote für Iraker/innen beträgt 89 %.

SCHNELLERE ASYLVERFAHREN? DREI TAGE WENIGER ALS 2013

Den im Koalitionsvertrag von 2013 versprochenen zügigeren Asylverfahren kam die Bundesregierung im vergangenen Jahr näher – mit einer ganze drei Tage kürzeren Bearbeitungsdauer von durchschnittlich 7,1 Monaten. Wenn die Verfahrensbeschleunigung in diesem Tempo weitergeht, dauert es noch Jahrzehnte, bis eine für die Betroffenen akzeptable Verfahrensdauer erreicht ist. Für viele Flüchtlinge bedeutet dies nicht nur eine behördlich verordnete Lebenszeitverschwendung, sondern vor allem existenzielle Unsicherheit, bis sie endlich Gewissheit über ihr aufenthaltsrechtliches Schicksal haben.

Doch diese Zahlen zur durchschnittlichen Verfahrensdauer spiegeln nur einen Teil der Realität wider: Im Dezember 2014 hat das BAMF vorwiegend priorisierte Herkunftsländer in Schnellverfahren bearbeitet: zum einen die als »sichere Herkunftsländer« deklarierten Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, zum anderen besonders unsichere Herkunftsländer wie Syrien und Irak. So wurden im Dezember insgesamt deutlich mehr Fälle entschieden, mit Auswirkungen auf den Jahresdurchschnitt der Verfahrensdauer. Der politisch als Erfolg verkaufte vermeintliche Beschleunigungseffekt beruht also vorwiegend auf einer Vorauswahl schnell zu erledigender Verfahren Ende des Jahres. Er geht zu Lasten aller anderen Flüchtlinge, die dadurch noch länger auf ihre Entscheidung warten müssen. Nach offiziellen Angaben warten pakistanische Flüchtlinge im

Schnitt 15,7 Monate, iranische Flüchtlinge 14,5 Monate, afghanische Flüchtlinge 13,9 Monate und irakische Flüchtlinge 9,6 Monate auf die Entscheidung des Bundesamts – und damit sogar oft länger als 2013 (BT-Drucksache 18/3713 vom 23.01.2015).

200.000 ASYLVERFAHREN SIND UNBEARBEITET

Ein weiterer großer Statistik-Haken: Es werden nur die entschiedenen Verfahren berücksichtigt, nicht jedoch die noch unbearbeiteten Asylanträge: Ende 2014 waren dies rund 170.000, in den ersten Monaten 2015 sind weitere aufgelaufen. Für diese Betroffenen dürfte das Leben in der Warteschleife noch erheblich länger dauern als die offiziellen Zahlen suggerieren. Überdies fehlen in der Berechnung geschätzt 20.000 – 30.000 Menschen gänzlich, die sich zwar als Asylsuchende gemeldet haben, aufgrund der Überforderung der Behörden aber nur mit provisorischen Papieren ausgestattet werden, bis sie eine Aufenthaltsgestattung erhalten und damit ein Asylverfahren überhaupt erst in Gang kommt. Dies ist nicht nur ein statistisches Problem, sondern auch eines der Humanität: Die Flüchtlinge kommen am Ende eines langen und lebensgefährlichen Fluchtweges vollkommen erschöpft hier an und werden dann ohne Registrierung, ohne Gesundheitsuntersuchung und ohne Ahnung, was eigentlich mit ihnen geschieht, weitergeschickt. Die Kommunen wiederum kämpfen ihrerseits mit einer geordneten Unterbringung, so gut wie nirgendwo ist eine muttersprachliche Erstinformation, Gesundheitsversorgung,

Basis-Orientierung oder gar Asylberatung der Betroffenen gewährleistet. Erst nach Wochen erhalten diese die schriftliche Vorladung, zwecks Asylantrag in eine entfernte BAMF-Außenstelle zu kommen, Anreise und ggf. Übernachtung sind bitte selbst zu organisieren ...

GERECHT GEHT ANDERS: MEHR PERSONAL!

Faire und zügige Asylverfahren sind nicht mit fragwürdigen Methoden, die zu schöneren Zahlen führen, zu erreichen, sondern nur durch eine weitere Aufstockung qualifizierten Personals beim BAMF. Eine sinnvolle Ad-hoc-Maßnahme wäre die sofortige Abordnung solcher BAMF-Mitarbeiter/innen, die ihre Zeit bislang ausschließlich damit verbringen, in zehntausenden Fällen Schutzsuchender die Zuständigkeit Deutschlands zu bestreiten – Verfahren, die nicht nur politisch fragwürdig, sondern auch höchst ineffizient sind.

DUBLIN-MASCHINERIE AUF HOCHTOUREN

In über 35.000 Fällen hielt das Bundesamt einen anderen EU-Staat für zuständig – die Zahl der Dublinverfahren blieb damit auf konstant hohem Niveau, relativ betrachtet war jede/r Fünfte von Dublin betroffen. Insgesamt 23.400 (18 %) aller Asylerkenntnisse des Bundesamts 2014 waren Dublinentscheidungen. Ineffizient bleibt dieses System weiterhin: abgeschoben im Rahmen von Dublin wurden rund 4.800 Personen.



Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden in Deutschland 2014



Dublin-Bürokratie 2014



von Deutschland an EU-Staaten

35.115 Übernahmeersuchen
27.157 Zustimmungen angefragter Staaten
4.772 erfolgte Überstellungen



von EU-Staaten an Deutschland

5.091 Übernahmeersuchen
4.177 Zustimmungen des BAMF
2.275 erfolgte Überstellungen

Mit über 9.000 Übernahmeersuchen wurde das völlig überforderte Italien am häufigsten angefragt, ob sie Flüchtlinge zuständigkeithalber übernehmen – jeder vierte Dublinfall (25,9 %) hat Italienbezug. An zweiter und dritter Stelle folgen Bulgarien mit 4.400 und Ungarn mit 3.900 Übernahmeersuchen. Alle drei Staaten haben massive Probleme mit der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden, es gibt unzählige Berichte zu Inhaftierungen und Menschenrechtsverletzungen. Angesichts der katastrophalen Situation in diesen Staaten haben viele Gerichte Abschiebungen dorthin gestoppt oder nur unter strengen Auflagen für zulässig erklärt, wie Ende des Jahres 2014 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem Tarakhel-Urteil. Dennoch betreffen knapp 50 % aller Dublinverfahren allein diese drei Staaten.

ANERKANNT UND DOCH VÖLLIG SCHUTZLOS

Neben »Dublin« wird ein anderer Aspekt für die Flüchtlinge in Europa mehr und mehr zum Problem: Es betrifft Menschen, die allen praktischen Widrigkeiten zum Trotz im Asylverfahren von »Problemstaaten« wie Italien oder Bulgarien einen internationalen Schutzstatus oder eine Flüchtlingsanerkennung erhalten, dort aber nicht bleiben können. Viele von ihnen erhalten trotz der theoretisch vorhandenen Rechte für anerkannte Flüchtlinge in der Praxis keinen Schutz: Sie fin-

den sich in der Obdachlosigkeit wieder, haben oft keinen Zugang zu Sozialleistungen und medizinischer Versorgung, sind chancenlos bei der existenzsichernden Arbeitssuche, viele erleiden dramatische rassistische Übergriffe und erleben Behördenwillkür. Mehr und mehr dieser anerkannten Flüchtlinge sehen schließlich keine andere Perspektive, als etwa in Deutschland einen erneuten Asylantrag zu stellen. Diese Personen fallen seit 2014 nicht mehr unter das Dublinverfahren, in dem es – bei aller notwendigen Kritik – zumindest Verfahrensregeln und Fristen gibt und die theoretische Hoffnung auf den Selbsteintritt Deutschlands ins Asylverfahren besteht.

Wie bei Dublinfällen sind Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Staat einen Status erhalten haben, von Abschiebung in den »zuständigen« EU-Staat betroffen, allerdings auf Grundlage der nationalen »sicheren Drittstaatenregelung«. Bei der Gegenwehr sind die Betroffenen nahezu chancenlos, auch wenn massive Menschenrechtsverletzungen drohen. Die Fiktion, dass anerkannte Flüchtlinge bereits in einem »sicheren« Staat Schutz gefunden hätten, ist nahezu unumstößlich, das Recht zeigt sich blind für die realen Verhältnisse in den Zielländern.

Nach Angaben des BAMF waren davon im letzten Jahr über 2.500 Personen betroffen, darunter über die Hälfte syrische Kriegsflüchtlinge. Vielen von ihnen droht die Abschiebung nach Bulgarien, wo Flüchtlinge sogar Folter ausgesetzt sind und selbst hochrangige Politiker öffentlich verkündeten, dass man sich nicht in der Lage sehe, die weitergewanderten Flüchtlinge zurückzunehmen. In Deutschland haben die Betroffenen aber trotz des gemeinsamen EU-Raums kein Aufenthaltsrecht, genauso wenig aber eine Chance auf ein weiteres Asylverfahren. Angemessen wäre es, anerkannten Flüchtlingen endlich EU-weit Freizügigkeit zu gewähren.

NEUER ABSCHIEBUNGSREKORD

Nach Jahren des Rückgangs der Abschiebungen ist deren Zahl 2014 zum zweiten Mal in Folge gestiegen: mit insgesamt fast 11.000 Abschiebungen stieg die Zahl um 7 %. Höher war sie zuletzt 2006 (rd. 14.000 Abschiebungen). Hinzu kamen 2.967 Zurückschiebungen und 3.612 Zurückweisungen an der deutschen Grenze, insbesondere an Flughäfen. Fast 50 % aller Ab- und Zurückschiebungen erfolgten in EU- oder Schengenstaaten. Rund 35 % waren Dublin-Überstellungen. Ein Großteil des »Abschiebungsverkehrs« dient also einzig und allein dazu, Flüchtlinge in den für sie zuständigen Staat zurückzuschicken, aus dem viele aus guten Gründen weitergeflohen sind – ein immenser Aufwand für ein nicht funktionierendes Zuständigkeitssystem, in dem Menschen wie Stückgut hin- und hergeschoben werden. ♦



© Philip Erchler

Wohnen lassen oder lagern?

DIE KOMMUNEN TUN SICH SCHWER MIT DER UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Unterbringungsnotstand in Deutschland? Sowohl die Erstaufnahme-einrichtungen, in denen Asylsuchende nach den Vorgaben des Gesetzes bis zu drei Monaten bleiben müssen, als auch die kommunalen Unterkünfte werden ständig aufgestockt. Zuvor hat man über viele Jahre hinweg Unterkunftsplätze abgebaut. Im Kontext unterbliebener Planungen, von Wohnraumknappheit und Unterfinanzierung der Kommunen droht nun eine Renaissance der krank machenden Lagerunterbringung.

Bernd Mesovic

■ Unterbringungsplätze für Asylsuchende verzweifelt gesucht – so etwa könnte man hunderte von Schlagzeilen aus den letzten Monaten zusammenfassen. Überraschend aber, wie dies so manche Landräte und Bürgermeister darstellen, kommt es nicht, dass immer mehr Flüchtlinge unterzubringen sind. Schließlich war klar, dass die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen vor allem im Nahen Osten mit einiger Verspätung auch nicht an Europa vorbeigehen würden. Doch frühzeitig geplant wurde kaum irgendwo.

Das längerfristige Versäumnis schafft jetzt akute Probleme, die nicht schnell zu lösen sind und alle Akteure in Bund, Ländern und Kommunen verpflichten, über den Notlösungen nicht die langfristigen Lösungen aus dem Auge zu verlieren.

■ Die PRO ASYL-Untersuchung von Kay Wendel »Zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland« (2014) ist auf unserer Website www.proasyl.de als Download verfügbar.

■ Mit dem Positionspapier »Menschenwürdig handeln, langfristig planen« wenden wir uns an die politisch Verantwortlichen. Auch zum Thema »Flüchtlinge privat aufnehmen« gibt es Tipps und Hinweise.

TREND ZUR GROßUNTERKUNFT

Großunterkünfte mit mehreren hundert Plätzen, wie sie überall entstehen, sind ein Problem. Sie wären es auch, wenn man dort eine Zufallsauswahl Einheimischer in derselben Größenordnung unterbrächte. Verbunden mit einer engen Belegung, oft unzureichenden hygienischen Verhältnissen und einer willkürlichen Belegung können Dynamiken entstehen, die auch eine existierende Betreuungstruktur kaum auffangen kann.

Kommunale Initiativen, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen engagieren, berichten, dass ihnen faktisch ohne Bürgerbeteiligung letztendlich eine Großunterkunft vor die Nase gesetzt wird, an Orte, die kaum Verkehrsverbindungen haben, kaum Ärzte, kaum Kindergärten-

plätze und nur ein begrenztes schulisches Angebot. Alternativen hätten ein wenig Planung und einen Dialog mit den Bürgern erfordert, doch unter Hinweis auf den angeblichen Unterbringungsnotstand hat man sich schnell ein großes Objekt und einen privaten Betreiber gesucht. Spätestens seit der Bund nach Gesprächen mit den Ländern Liegenschaften aus dem Bundesbesitz zur Nutzung für die Flüchtlingsunterbringung freigegeben hat, geht der Trend zum Großlager. Vorgaben und Mindeststandards, wo es sie überhaupt gibt, werden unterlaufen. Die freie Vergabe von Aufträgen an Betreiber ohne Ausschreibungen ist an der Tagesordnung. Private Betreiberfirmen haben gute Karten. Sie bieten Komplettangebote, haben schnellen Zugriff auf Immobilien, zentralisierte Verwaltungen und kommen schnell an Personal, wobei dessen Qualität und Bezahlung oft problematisch ist. Das bittere Fazit: Viele Missstände der 1990er Jahre wiederholen sich, überfüllte Großlager, problematische Betreiber, abgelegene Unterkünfte ohne integrative Angebote, Isolation.

Dabei unterscheiden sich die Bedingungen vor Ort zum Teil erheblich – zwischen Stadt und Land, von Bundesland zu Bundesland, von Ort zu Ort, von Unterkunft zu Unterkunft. PRO ASYL hat im August 2014 die Unterbringungssysteme und -vorgaben sowie die Kostenerstattungsregelungen der Länder untersucht. Das Ergebnis: Ein extremer föderaler und kommunaler Flickenteppich.

Immerhin: Es gibt nach wie vor Bundesländer, in denen ein großer Anteil der Asylsuchenden in Privatwohnungen untergebracht wird, während andere Bundesländer in erheblichem Maße an ihren jeweiligen Lagersystemen festhalten. So lange diese Lager existieren, muss alles unternommen werden, um wenigstens



den Aufenthalt der Einzelnen dort zeitlich zu beschränken. Zudem müssen die Unterbringungsverhältnisse verbessert, Lagerbetreiber stärker kontrolliert, unterstützende Strukturen finanziert werden.

FÖDERALER PLANUNGS-FLOHZIRKUS

Man würde gerne lieber nicht über Finanzen reden wollen, sondern über menschenwürdige Unterbringung. Aber Geld spielt eine bedeutende Rolle. Die PROASYL-Analyse ergab: Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist in fast allen Bundesländern massiv unterfinanziert. Die Kostenerstattungen, die die meisten Bundesländer in Form von Pauschalen an die Landkreise und Städte vornehmen, reichen fast nirgendwo aus, schon gar nicht, wenn man einige Ansprüche an die Mindestqualität von Unterkünften hat. Die Landkreise bleiben für die Unterbringung von Flüchtlingen jedes Jahr auf einigen Millionen Euro sitzen, die das jeweilige Land ihnen nicht erstattet. Sogenannte Rettungsschirmkommunen, die strengen Vorgaben der Kommunalaufsicht unterliegen, können Mehrkosten für eine größere Zahl von aufzunehmenden Asylsuchenden nicht komplett abrechnen. Wenn dann Bürgern erleben, wie neue Wohn-

gebäude für Flüchtlinge entstehen, während Sparzwänge und Haushaltsvorgaben das eigene Leben betreffen, liegt ein gedanklicher Kurzschluss nahe, der die Flüchtlinge zu Sündenböcken macht. Doch es sind nicht die Flüchtlinge, die hier die Probleme schaffen, sondern der föderale Planungsflohzirkus in Deutschland.

Ja, Planungen. Die reichen in vielen Regionen nur von heute bis zur nächsten Notunterkunft. Seriöse Planungen müssen aber davon ausgehen, dass auch in den nächsten Jahren mit relativ großen Flüchtlingszahlen zu rechnen ist. Lager, euphemistisch Gemeinschaftsunterkünfte genannt, entstammen dem Arsenal der Flüchtlingspolitik der Abschreckung, die in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts begann. Diese Politik ist gescheitert. Viele von denen, die gekommen sind, sind schließlich geblieben. Die aktuellen Anerkennungsquoten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zeigen, dass dies auch zukünftig so sein wird.

KONZEPTE STATT NOTLÖSUNGEN!

Gebraucht werden also Planungen, die auf die Integration einer relativ großen Zahl von Menschen zielen, deren Bedürfnisse sich kaum von denen nicht besonders gut betuchter Einheimischer

unterscheiden. Was für diese und jene gebraucht wird, sind ganz normale Wohnungen, sobald wie möglich. Die Forderung nach einem Wiederaufleben des sozialen Wohnungsbaus beinhaltet nicht die nach Privilegien für Flüchtlinge, sondern nach bezahlbarem Wohnraum, der dort gebraucht wird, wo die Jobs sind. Die Ballungsgebiete sind die großen Integrationsmaschinen. Es nützt weder Einheimischen noch anerkannten Flüchtlingen zu wissen, dass es in Vorpommern leerstehenden Wohnraum gibt, während man in Großstädten und ihrem Umland bezahlbaren Wohnraum nicht finden kann, auch weil nach wie vor Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen.

Wer die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen für eine kaum zu lösende Aufgabe hält, der möge sich anschauen, was im großenteils zerstörten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg an Wohnungsproblemen zu lösen war und binnen überschaubarer Zeit gelöst worden ist. Es waren damals weit mehr als 10 Millionen Menschen, die ein Dach über dem Kopf brauchten, heute geht es um einen Bruchteil. Aber unserer sehr viel wohlhabenderen Gesellschaft scheint es viel schwerer zu fallen, die sozialpolitischen Aufgaben über die Grenzen der föderalistischen Strukturen hinaus zu formulieren. Wir fordern nachhaltige Unterbringungskonzepte statt Notlösungen, Wohnungsunterbringung wo immer möglich und den Zubau bezahlbarer Wohnungen. ♦



In der aktuellen Unterbringungshektik werden vielerorts private Betreiber eingeschaltet, vom Großanbieter bis zum kleinen Hotelbesitzer. Diese wollen verdienen, was oft zu Lasten der Flüchtlinge geht. Qualifiziertes Personal wird kaum eingesetzt, Billiglöhne sind an der Tagesordnung.

Die Inhalte der Verträge mit Privaten gelten als Geschäftsgeheimnis. Kontrollen sind selten, sogar wenn durch den Zustand der Unterkünfte Gesundheitsgefahren drohen. Was soll man auch kontrollieren, wenn es in vielen Bundesländern keine klaren Mindeststandards gibt, Personalschlüssel und Qualifizierung des Personals nicht vorgeschrieben sind?

Derzeit ist die Wohnsituation vieler Asylsuchender extrem schwierig, auch weil die Asylverfahren und damit die Ungewissheit sehr lange dauern. Insbesondere Menschen, die nach langer und gefährlicher Flucht belastet oder gar traumatisiert sind und Rückzugsmöglichkeiten in die Privatsphäre bräuchten, können die Zustände kaum ertragen.

Unbestritten gibt es inzwischen eine Vielzahl wohlmeinender, motivierter Kommunen und Betreiber. Gleichwohl wird immer wieder darüber berichtet, wie autoritär unqualifiziertes Personal mit Asylsuchenden in Unterkünften umspringt, wie das Interesse an reibungsloser Verwaltung und Kontrolle dominiert, während es an Beratungsmöglichkeiten und Empathie fehlt. Das Interview mit Frau Mensah zeigt an vielen Begebenheiten, von Alltagserschwernissen bis zu ungebremsten Schikanen, wie solche Verhältnisse die Menschenwürde tangieren. ■

»In keinem Moment hab ich mich frei gefühlt«

**INTERVIEW MIT FRAU MENSAH*,
EX-BEWÖHNERIN EINES »FLÜCHTLINGSHEIMS«**

Frau Mensah, wie haben Sie Ihre Zeit in der Sammelunterkunft erlebt?

Die Situation war die Hölle. Ich war einhalb, zwei Jahre dort, dann bin ich ausgezogen. Ich musste von dort weg!

Wie wurde die Unterkunft geführt?

Zuständig für alles war eine Frau, die Heimleiterin, und dann gab es noch ihre Vorgesetzte, eine Sozialarbeiterin. Mein Sohn war sieben Monate alt, als ich erneut schwanger wurde. Doch nach der Geburt meiner Tochter hatte die Heimleiterin kein größeres Zimmer für mich. Für eine weiße Frau hatte sie direkt eines. Wir schwarzen Bewohnerinnen wurden diskriminiert! Ich war im 5. Stock untergebracht. Von dort aus fuhr ich mit dem Aufzug herunter bis in den 1. Stock. Ab hier war der Aufzug für die Bewohnerinnen gesperrt. Sogar während der Schwangerschaft musste ich den Kinderwagen mit dem Baby darin die Treppe hinunter und wieder hinauftragen. Dazu noch meinen gesamten Einkauf.

In welchen Situationen haben Sie sich diskriminiert gefühlt?

Wenn die Heimleiterin verärgert war, hat sie alles an uns ausgelassen. Wenn ich mit dem Waschen dran war, kam es vor, dass sie den Waschraum verschloss, weil ich schwarz bin, und den Schlüssel einer weißen Bewohnerin gab. Ihre Lieblinge

konnten dann waschen. Sie tat so, als unterstehe ihr alles. Wir hatten kein Recht zu gar nichts.

Haben Sie jemals versucht, sich zu beschweren?

Die Sozialarbeiterin kam jeden Dienstag, die beiden saßen dann zusammen im Büro. Man kam nicht an der Heimleiterin vorbei. Und wenn doch, hieß es von der Sozialarbeiterin: Was die Heimleitung sagt, wird gemacht. Wir wurden wie Sklaven behandelt, niemand hat uns geholfen. Die Heimleiterin akzeptierte kein Englisch, obwohl sie es verstand. Eine Sterbende hätte nur auf Deutsch bei ihr Gehör gefunden.

Gab es eine Situation, in der Sie krank waren und ihre Hilfe brauchten?

Ja! Die Schwangerschaft verlief problematisch. Der Arzt hatte mir bescheinigt, dass zu viel Gehen mir Schmerzen bereitete. Ich übergab der Heimleiterin den Brief und hoffte, sie würde den Aufzug für mich aufsperrern. Aber sie half mir nicht. Ihr Büro hatte Glasfenster. Sie schaute zu, wie ich die Treppe hochstieg. Gut waren nur die Wachschutzleute. Nach vier Uhr, wenn die Heimleiterin gegangen war, sperrten sie mir den Aufzug auf. In ihrer Gegenwart trauten sie sich das nicht.

Hatten Sie ebenfalls Angst?

Während der Schwangerschaft war ich oft beim Vater meines Sohnes. Ich brauch-

* Name geändert



Foto: Sozialfotografie / Steffi Reichert unter © creativecommons.org

te Hilfe, und wenn er zu Besuch kam, wurde dies notiert und überwacht. Auch wenn die Heimleiterin herausfand, dass jemand abwesend war, hat sie sich den Namen aufgeschrieben und damit gedroht, ihn ans Jobcenter zu schicken, damit man kein Geld mehr bekam. Wir hatten Angst, wir waren auf das Geld angewiesen. Sie hat alles überwacht. Aus dem Büro beobachtete sie, wer mit dir kam, wann du kamst, wann du gingst. Sie kontrollierte mich.

Wie ging diese Kontrolle vorstatten?

Schon vor der Entbindung klopfen die Wachleute jeden Tag an meine Zimmertür, morgens, mittags, abends. Nach der Entbindung meiner Tochter, als diese schlief, klopfen sie auch. Sie wussten nicht, warum. Die Heimleiterin habe ihnen aufgeschrieben, es zu tun. Die Frau gab zu, dass es um eine Abwesenheitskontrolle ging. Als ich sagte, sie habe kein Recht dazu, schubste sie mich aus ihrem Büro: Raus, raus, raus! An diesem Tag habe ich innerlich geweint. Ich hatte nicht einmal das Recht, zu fragen. Dieses Klopfen hat mich so verrückt gemacht!

Wie selbstbestimmt konnten Sie in dieser Unterkunft leben?

In keinem Moment habe ich mich frei gefühlt. Wenn Besuch da war, kam die Heimleiterin hoch zu mir, auch ihr Hund kam mit ins Zimmer. Wenn die Küche nicht geputzt war, nahm sie schon mal das Essen vom Herd, das wir gerade kochten, und warf es in den Müll. Oder

sie schloss die Küche ab. Wenn wir Päckchen bekamen, schien ihr das verdächtig. Sie wollte, dass wir hässlich aussehen, weil wir Flüchtlinge sind. Sie war so stolz, wir sollten betteln. Spenden wurden nicht verteilt, sondern in einem Abstellraum gestapelt. Das Bettzeug für die Kinder gab sie nach deren Auszug in den Müll.

Gab es in dieser Situation Solidarität oder eher Stress zwischen den Bewohnerinnen?

Wir kochten gemeinsam, sprachen über unsere Probleme, lachten, gingen schlafen, und am nächsten Tag war alles noch genauso. Es gab keinen Ausweg. In ihrem Büro hatte die Heimleiterin eine Trage,

darin schlief ihr Hund. Diese Trage bot sie den Frauen für ihre Babys an. Wenn sie schlechter Laune war, ging man ihr besser aus dem Weg. Sie konnte ja tun, was sie wollte. Ich verstehe nicht, warum eine einzige Person über mehr als hundert Menschen herrschen darf. Ich leide immer noch unter alldem.

Sie sind von dort geflohen, sobald es Ihnen möglich war. Wie ist Ihre Lebenssituation jetzt?

Nachdem ich dort schnell weg musste, bin ich beim Vater meiner Kinder untergeschlüpft. Wir leben zu sechst in zwei Zimmern. Wenn seine Freundin kommt, gehe ich solange raus. Was ist das für ein Leben? ♦

Der Grundrechte-Report 2015: Der alternative Verfassungsschutzbericht.

Der Grundrechte-Report dokumentiert die Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen in Deutschland. Die Themen reichen von globaler Überwachung durch Geheimdienste, Verletzungen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit bis zum Umgang mit Asylsuchenden und Migranten. Ein wichtiges Buch.



Der Grundrechte-Report wird herausgegeben von renommierten Bürgerrechtsorganisationen, darunter die Humanistische Union, die Neue Richtervereinigung, der Republikanische Anwälttinnen- und Anwälteverein und PRO ASYL. Er erscheint im Fischer Taschenbuch Verlag und ist bei PRO ASYL oder im Buchhandel erhältlich.

10,99 Euro, 256 Seiten, ISBN: 978-3-596-03288-4

Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen sprießen deutschlandweit aus dem Boden. Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe, Kinderbetreuung, Fahrdienste, Begleitung zu Ärzten und Behörden – dies alles wird mit ungeheurem Einsatz gestemmt. Die Politik freut's. Hauptamtliche Unterstützung aber erfahren freiwillig Helfende kaum irgendwo. Überzeugten Unterstützer/innen wird viel abverlangt.

Angelika Calmez

7:00 Uhr. Der Wecker klingelt, bin aber schon wach. Beim Kaffeekochen denke ich an gestern, in der Flüchtlingsunterkunft. Hatte kurz bei Suna* vorbeischauen wollen. Kehrt zwei Stunden später zurück, mit einer langen To-Do-Liste: Für Michele einen Deutschkurs für Fortgeschrittene finden. Farid will mit seiner Familie in derselben Stadt leben. Die Kinder vermissen ihn ... Ich sollte Rechtsberatung organisieren. Sara ist extrem unglücklich, weil sie in dieser Unter-

Aus dem Leben einer Ehrenamtlichen

EIN VERDICHTETER ERFAHRUNGSBERICHT.

kunft keine Landsleute hat ... Muss die Sozialarbeiterin kontaktieren. Suna kann nicht schlafen ... Wann und wo kann ich mich mit ihr treffen, um Baldrian zu besorgen? Heute will ich mit Abdul in die Kleiderkammer fahren. Ziehe mich an.

Checke meine 30 E-Mails seit dem Vorabend. Eine Kollegin schreibt, sie fühle sich wie Sterntaler. Seit sie sich entschieden habe, für Flüchtlinge da zu sein, fielen die freigiebigen Hilfen wie Goldstücke vom Himmel. Das kann ich nachvollziehen: Eine Gruppe Studierender plant den Aufbau eines Dolmetscherpools; ein Mitarbeiter einer Behörde bietet Hilfe beim Ausfüllen von Formularen an. Jemand möchte einen Laptop spenden. Ein Zahnarzt behandelt Flüchtlinge auch ohne Kostenerstattung. Großartig!

9:00 Uhr. Gerade als ich los will, kommt ein Anruf: Eine Dame möchte gerne bei

uns mitmachen. Ich nehme mir Zeit, die ich eigentlich nicht habe, und überlege mit ihr: Wie kann sie sich einbringen? Welche Fragen bewegen sie? Mag sie eines der vielen Projekte aufgreifen, die meine Ideenmaschine manchmal minütlich und oft bis in die tiefe Nacht hinein ausspuckt? Sportvereine ansprechen! Eine Infoveranstaltung für Flüchtlinge zum Thema Arbeitssuche organisieren! Freikarten für Kulturveranstaltungen beschaffen ... Beschließe, auch für mich eine Packung Baldrianpillen mitzunehmen, wenn ich mit Suna einkaufe.

10:00 Uhr. Warten auf Abdul. Im Büro der Erstaufnahme erfahre ich: Er muss dringend noch heute zum Sozialamt, ein Papier abgeben. Gestern hatte der Mitarbeiter die Auszahlung von Leistungen verweigert, wegen einer unleserlichen Kopie. Wegen – was?! Abdul kommt auf mich zu, ein zierlicher junger Mann mit unsicheren Bewegungen und aufmerksamem, fast ängstlichem Blick. Er lächelt schüchtern. Niemand vor Ort spricht seine Sprache, er ist noch neu hier. Die Papiere, die nun sein Leben bestimmen, passen in eine zerknitterte Klarsichthülle. Ich werfe einen Blick auf die Kopie darin. Sie ist einwandfrei lesbar. Ich schlucke meinen Grimm herunter und erkläre, dass ich selbstverständlich mit Abdul zum Amt fahre. Doch erstmal zur Kleiderkammer.

Die Mitarbeiterinnen mustern Abdul, der einen dünnen Anorak ohne Kapuze und Halbschuhe trägt: »Andere kommen ohne Schuhe her« – verachtende Blicke, aber wir dürfen bleiben. Eine der Frauen nimmt beim Sortieren der Kleidung einen bedruckten Kapuzenpulli hoch, hält ihn Abdul vor den Oberkörper: »Der ist doch gut.« Sie drückt den Pulli in Ab-

Unzählige Menschen in der ganzen Republik wollen Flüchtlinge persönlich oder finanziell unterstützen. Nicht alles kann oder sollte von »Ehrenamtlichen« angegangen werden. Um gesetzliche Hürden zu beseitigen, braucht es die Politik. Bei der Beratung sind oft Profis gefragt: Asylberater/innen oder Rechtsanwälte. Aber engagierte Laien sind wichtig: Sie unterstützen Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, helfen im Alltag und vermitteln den Betroffenen das Gefühl, willkommen zu sein.



Das kleine Heft »**Herzlich willkommen. Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann**« liefert Anregungen, wie Sie sich einbringen können, damit schutzbedürftige Menschen hier in Sicherheit leben, die Chance auf Teilhabe erhalten und sich zuhause fühlen können. Keine Angst: Nicht jede/r muss alles tun, was hier drin steht. Aber jede/r, der tut, was er oder sie kann, ist ein Gewinn – für die Flüchtlinge und die Gesellschaft.

Broschüre im Hosentaschenformat (Din A6), 48 Seiten, bei PRO ASYL kostenlos erhältlich.



© Theo Schneider

duls Hände. Dann zeigt sie ihm ein paar cremefarbene, klobige Halbschuhe: »Die sind doch gut.« Als Abdul die Sachen liegen lässt, schauen sich die beiden Frauen mit hochgezogenen Augenbrauen an. Abdul nimmt nur eine Hose mit.

Ich drücke aufs Gaspedal. Das Sozialamt liegt am anderen Ende der Stadt. Der Beamte blickt streng auf seine Wanduhr, die auf Feierabend steht. Ach ja: Es ist Freitag. Aus mir platzt es unsortiert heraus: »Sie wollen uns wegschicken? Wissen Sie, wie lange ich unterwegs bin, um Ihnen eine Kopie zu besorgen?« Der Beamte: »Wollen Sie mir unterstellen, ich arbeite weniger als Sie?« Mürrisch überreicht er Abdul ein Formular. Abdul schaut mich fragend an. Ich zeige ihm, wie er es am Kassenschalter gegen Scheine und Münzen tauschen kann. Endlich wirkt Abdul gelöst. Die Croissants und den Kaffee in der Eisdiele nebenan lässt er mich nicht bezahlen. Die Rechnung kostet ihn rund ein Drittel des Geldes, das er gerade bekommen hat – alles, was er besitzt. Er will sich bedanken, unbedingt. Beschämt verstaue ich mein Portemonnaie wieder in der Tasche. Ich hätte das nicht zulassen dürfen. Oder doch?

14.30 Uhr. Zurück zu Hause sollte ich eigentlich wenigstens zwei Stunden arbeiten. Aber damit soll es nichts werden: Claudia ruft an. Sie und Lea sitzen mit Mary im Auto, die »Transfer« bekommen hat. Offenbar soll sie morgen um acht Uhr mit ihrem Kleinkind und gepackten Koffern am anderen Ende der Stadt erscheinen, um in ein anderes Bundesland gebracht zu werden. Mary ist mit den Nerven am Ende. Auch für uns ist der plötzliche Transferbescheid ein Schock. Marys Schwangerschaft verläuft problematisch. Sie fühlt sich einsam, zermürbt von ihren vielen Sorgen, von der Ungewissheit ihrer Zukunft. Gerade beginnt sie, hier Anschluss zu finden und erhält Hilfe. Claudia und Lea haben schon Iris angerufen und gemeinsam einen Plan gefasst: Sie wollen Ärzte, Anwälte und die Kirchengemeinde abklappern. Aber was kann das bringen? Über die rechtlichen Chancen muss ich mich unbedingt nochmal schlau machen. Während die anderen rotieren, entwerfe ich schon mal eine alarmierende Pressemitteilung.

Es ist 18:30 Uhr. Zum Arbeiten bin ich nun doch nicht gekommen. Jedenfalls nicht für meinen Job als Selbststän-

dige. Naja – das muss nun eben am Wochenende passieren. Heute habe ich noch Luft für einen E-Mail-Check: Eine unserer »Etagenpatinnen« schreibt: Nächste Woche laden die Flüchtlinge uns Ehrenamtliche zum Essen ein. Aufgedeckt wird im Gemeinschaftsraum der Unterkunft, auch die Betreiber sind mit eingeladen. Die Flüchtlinge möchten sich für die Unterstützung bedanken und über ihre Anliegen sprechen. Die wichtigsten kenne ich: qualifizierten Deutschunterricht für alle und die Zusammenführung mit ihren Familien, die in anderen Teilen Deutschlands leben. Außerdem bitten sie unsere Deutschlehrenden um Nachsicht für ihre Unpünktlichkeit. Und das in einer Lebenssituation, in der nichts mehr verlässlich erscheint.

Plötzlich fühlt mein Herz sich weich an. Ich setze zu einer Antwort an, aber gebe auf. Für die Freude über das Vertrauen, das unsere neuen Nachbarinnen und Nachbarn uns entgegenbringen, gibt es keine Worte. ♦

* alle Namen geändert



Wenig Hoffnung für das Kosovo

Zu Beginn des Jahres 2015 veranlasst die sprunghaft gestiegene Zahl von Asylsuchenden aus dem Kosovo Politiker zu dramatisierender Rhetorik. Wieder einmal geht es um Verfahrensbeschleunigung und schnellere Abschiebungen. Der Exodus aus dem Land wird auch damit kaum aufgehalten werden. Über Flüchtlingsbewegungen in einem von Kriegsfolgen, bitterer Armut und Korruption geprägten Kleinstaat.

Bernd Mesovic

Das Kosovo ist eine Region, inzwischen ein Staat, aus der seit langem Menschen fliehen. Schon während der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren suchten viele Kosovaren in den EU-Staaten Asyl. Sie beriefen sich auf massive Verletzungen ihrer Menschenrechte durch die Regierung Milošević. Nach der Friedenskonferenz von Dayton 1995, die den Bosnienkrieg beendete, schwelten die Konflikte in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens weiter. Die Idee einer weitgehenden Autonomie des Kosovo fand keine Unterstützung, Kosovo blieb Teil Serbiens.

Separatistische Gruppen errichteten in Reaktion auf die serbische Unterdrückung einen Parallelstaat, längere Zeit gewaltfrei, später unter Anwendung von Waffengewalt. Bis Ende der 1990er Jahre nahmen die Zahlen albanischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten, in der EU und in der Schweiz dramatisch zu. Eine weitere Flüchtlingswelle produzierte der Kosovokrieg der NATO 1999, offiziell ge-

führt, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. In das schließlich zum UN-Protectorat gewordene Kosovo kehrten viele Flüchtlinge zurück. Dann erstarkten die albanischen Nationalisten und machten 200.000 Serben, Roma und andere Nicht-Albaner zu Flüchtlingen. Im Frühjahr 2004 kam es zu Pogromen gegen Roma und andere Kosovo-Minderheiten mit Toten, mehr als 1.000 Verletzten und 4.000 Vertreibungen, unter den Augen der KFOR. Es folgte eine kontinuierliche Auswanderung der RAE-Minderheiten (Roma, Ashkali und sogenannte Kosovo-Ägypter). Im Februar 2008 erklärte sich Kosovo für unabhängig. Allerdings haben bislang nur 109 von 193 UN-Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit anerkannt. Von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erkennen Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei Kosovo nicht an. Auch die Europäische Kommission lässt in ihren Gesprächen über den Beitritt des Kosovo den endgültigen völkerrechtlichen Status offen.

ABHÄNGIG VOM AUSLAND, KORRUPT IM INNERN, BITTER- ARM

Das prekäre Gebilde Kosovo hat daneben ganz massive Probleme im Alltag. Schon in titoistischen Zeiten eine der ärmsten Regionen Jugoslawiens geriet das Kosovo durch Kriegsfolgen weiter in strukturelle wirtschaftliche Probleme. Kosovo hat ein extremes Außenhandelsdefizit und hängt völlig von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland ab. Der EU-Arbeitsmarkt ist für Kosovaren verschlossen. Die Überweisungen durch die Arbeitsemigranten vergangener Zeiten sind höher als die im Kosovo erwirtschafteten Werte. Zuflüsse aus internationalen Hilfsfonds gehen zurück. Nach Jahren einer wirtschaftlichen Scheinblüte, die sich in Form von reger Bautätigkeit im privaten Bereich äußerte, hat die Wirtschaftskrise das Land seit mehr als fünf Jahren fest im Griff. Die jüngste Flucht-/Auswanderungswelle auch ethnischer Albaner aus dem Kosovo hat denn auch nach den Angaben derer, die das Land verlassen, eher mit der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit und der Verarmung breiter Schichten zu tun als mit Sachverhalten, die sich als Verfolgung begreifen lassen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt von weniger als 1,40 Euro pro Tag, viele im absoluten Elend, darunter insbesondere auch die Angehörigen der nicht-serbischen Minderheiten.



■ **»Abgeschobene Roma im Kosovo« (2014):** Das Roma Center Göttingen hat die soziale, gesundheitliche und politisch-rechtliche Situation von abgeschobenen Roma untersucht: »Im Kosovo treffen wir auf Menschen, die überhaupt nichts haben. Die hungern und nur zögernd davon erzählen, weil sie sich dafür schämen oder es für selbstverständlich halten. Deren Leben hier zu Ende gegangen zu sein scheint, deren Pläne und Träume jäh zerschlagen wurden – weil sie aus Deutschland abgeschoben worden sind.«

■ Die 112-seitige Broschüre mit zahlreichen Berichten, Interviews und Fotos ist bestellbar unter doku@koop-bremen.de

Ein Teil der kosovarischen Politik ist eng verflochten mit Netzwerken der organisierten Kriminalität. Zahlreiche ausländische Diplomaten, die im Kosovo aus dem Nichts einen modernen Staat schaffen wollten, haben sich dabei auch mit kriminellen verbündet – und sind gescheitert. Entsprechend wird auch darüber diskutiert, wo die Milliarden Euro an internationaler Unterstützung seit 1999 hingeflossen sind, wenn gleichzeitig große Teile der Infrastruktur und des Bildungssystems weiter vor sich hin rotten. Am Beispiel des Kosovo stellt sich noch deutlicher als in anderen Regionen des Balkans die Frage, ob die Staaten, die aus den Sezessionsprozessen und den Krie-

gen der 1990er Jahre hervorgegangen sind, ihren Bürgerinnen und Bürgern das bieten können, was gemeinhin unter Staatlichkeit verstanden wird: Funktionierende Institutionen, ein arbeitendes Justizwesen, eine Eindämmung der Korruption und ein bescheidenes Auskommen. Auf politische Verbesserungen hoffen viele der dort lebenden Menschen – indes nicht mehr. ♦



»Ich war ein Kind. Ein Kind, verdammt!«

Als 14-Jährige wurde Minire Neziri 2005 ins Kosovo abgeschoben. Fast 10 Jahre später, mit 23, hat sie ihre Erfahrungen über die Abschiebung niedergeschrieben und uns gebeten, den Text zu veröffentlichen – hier ein Auszug. Minires Brief ist in voller Länge auf der Website von PRO ASYL zu finden.

Minire Neziri

(...) Es war ein Montag. Ich hatte mich nach der Schule mit meiner besten Freundin zu einer Fahrradtour verabredet. (...) Wir sprachen über Mädchenkram, aßen Eis und amüsierten uns. Dann sagte meine beste Freundin plötzlich: »Ich glaub, ich sterbe, wenn du irgendwann abgeschoben wirst.« Witzig, dass es nur ein paar Stunden später tatsächlich passierte. Ironie des Schicksals. (...)

Mitten in der Nacht wurde ich aus dem Schlaf gerissen. Meine Mama rüttelte an meinem Arm. Überall war das Licht an und sie weinte. Ich verstand nichts. »Steh auf, wir müssen gehen«, sagte sie. Verwirrt stand ich auf und sah im Flur vier Polizisten stehen. Meine Schwestern weinten. Mein Bruder weinte. Meine Mutter weinte. Auch mein Neffe kreischte herum. Ein hektisches Durcheinander. (...). Ich weiß noch, was ich angezogen hatte. Einen rosa Blazer und eine rote Hose. Klingt nach Geschmacksverwirrung, aber damals war es echt Mode. Das waren neue Sachen gewesen und nun trug ich sie zur Beerdigung meines Lebens. (...)

Ich weiß noch, wie Mama mir hinterherrief, ich solle keine Angst haben. Eine Frau führte mich in ein Zimmer, wo eine andere bereits wartete. Dort wurden mir die Fingerabdrücke abgenommen. Dann sagte sie, ich solle mich ausziehen. Bitte was? »Ja, ja« – ausziehen sollte ich mich. Zitternd legte ich meine Kleidung ab, bis ich nur noch in Unterwäsche dastand. »Die bitte auch weg«, sagte die Frau. Welch eine Erniedrigung! Ich fing an zu weinen. Daraufhin winkte die andere Frau ab und sagte, ich solle mich wieder anziehen. Ein Foto wurde gemacht. Auf dem Bild sind meine Wangen gerötet, vor Scham und Demütigung. (...) Ich war damals noch zu jung, um alles zu verstehen. Heute weiß ich, dass wir wie Schwerverbrecher behandelt worden sind. Die Reise ging weiter. Ab nach

Baden-Baden. Wir wurden zum Flughafen gebracht. (...)

Gute zwei Stunden später betrat ich zum ersten Mal in meinem Leben kosovarischen Boden. (...) Kaputte Straßen. Bettelnde Kinder am Straßenrand. Zerstörte, ausgebrannte Häuser. Mir wurde übel. Lange Autofahrten hatten mir schon immer zugesetzt, und jetzt wurde ich auch noch durch die Löcher in der Fahrbahn ständig hoch und runter katapultiert. (...)

Nach über zwei Stunden kamen wir schließlich in Pej an. Wir fuhren ein Stück aus der Stadt hinaus, zu unserem Dorf. Felder, Wiesen, Gebüsche. Ungelogen, mein erster Gedanke war: »Wie im Dschungel.« Den Rest fasse ich mal kurz zusammen. Die ersten Tage waren schön.



© Baeck / Behrani / Schneider / Stieber

US-Deserteur André Shepherd erhält den Menschenrechtspreis der Stiftung PRO ASYL 2015

Wir wohnten vorerst alle zusammen. 17 Leute, das kann ganz schön anstrengend sein, vor allem dann, wenn man nur eine Toilette hat. Mein Papa kam eine Woche später, mit dem LKW und unserem Hab und Gut, nach. Der Sommer war ebenfalls schön. Viele Verwandte aus Deutschland kamen zu Besuch. Hochzeiten wurden gefeiert, ganz traditionell. Doch dann waren sie alle wieder weg und ich blieb zurück.

Mein erster Schultag sollte auch mein letzter sein. Ich rannte mitten in der Pause einfach nach Hause und schrie heulend, dass ich dort nie wieder hingehen würde. Leicht übertrieben, ja. Aber versucht euch einfach mal in meine Lage zu versetzen. Ihr geht in ein Gebäude, das eine Schule sein soll. Ihr seht kaputte Stühle, kaputte Tische, kaputte Fenster, eine schief hängende Tafel. Keine Garderobe, keine Schränke, keine Pinnwand. Ihr fragt euren Sitznachbarn, wofür denn dieser komische Holzofen da sei und er erzählt euch, dass damit im Winter geheizt wird.

Das war zu viel für mein vierzehnjähriges Herz. Mit vierzehn war man damals noch nicht so reif wie die heutige Generation. Ich war ein Kind. Ein Kind, verdammt! Ein Kind, das von heute auf morgen aus seinem vertrauten Leben gerissen worden war. Aus dem einzigen Leben, das ich kannte. Der Alltag schlich sich ein. Ich war immer ein sportliches Mädchen gewesen, spielte Fußball und Volleyball und war ständig aktiv. Und hier? Hier hieß es: »Lass das. Mädchen spielen nicht Fußball, das ist peinlich.« Ich verbrachte die meiste Zeit vor dem Fernseher, zog mir Telenovelas rein und wurde ein fauler Mensch.

DASS ICH NUR EINE VON VIELEN BIN, TRÖSTET MICH NICHT

Das ist doch kein Leben. Ich lebe nicht. Ich vegetiere vor mich hin. Seit Jahren. Auch heute noch. Ich befinde mich vor einem Scherbenhaufen. Versteht mich nicht falsch. Ich liebe dieses Land. Ich lie-

Er wollte nicht in Kriegsverbrechen in einem völkerrechtswidrigen Krieg verwickelt werden. Als Mechaniker für Kampfhubschrauber der US-Armee war er ab 2004 im Irak eingesetzt worden. Was er dort erlebte und in Erfahrung bringen konnte, ließ ihn in einem langen Entscheidungsprozess zum Deserteur werden. Ende 2008 stellte der US-Amerikaner André Shepherd in Deutschland einen Antrag auf Asyl – und streitet bis heute für dieses Recht.

Das Bundesamt lehnte den Asylantrag 2011 ab – Shepherd klagte. Auf Vorlage des Verwaltungsgerichts München entschied der Europäische Gerichtshof im Februar 2015 über einige grundsätzliche Aspekte des Falls, ohne jedoch klare Kriterien für eine Asylankennung von Kriegsdienstverweigerern aufzustellen. Die Haltung des Gerichts: Grundsätzlich habe jeder Staat das Recht, Streitkräfte zu unterhalten und damit auch die Strafgewalt über Deserteure. Eine drohende Freiheitsstrafe oder unehrenhafte Entlassung aus der Armee seien nicht ohne weiteres unverhältnismäßig und damit als asylrelevante Verfolgung anzusehen.

Die Auseinandersetzung mit dem Irakkrieg macht sich der EuGH äußerst einfach: In Kriegen mit UN-Mandat oder solchen, über die ein »internationaler Konsens« bestehe, würden keine Kriegsverbrechen begangen. Tatsächlich hat es weder ein wirklich ermächtigendes Mandat des UN-Sicherheitsrates gegeben noch einen internationalen Konsens. Auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hielt den Krieg der »Koalition der Willigen« für einen Bruch der UN-Charta und damit für illegal.

Mit André Shepherd ehrt die Stiftung PRO ASYL einen Menschen, der den Mut hatte, sich in einer Organisation, die auf Befehl und Gehorsam aufgebaut ist, seines eigenen Verstandes zu bedienen. Er hat seine bürgerliche Existenz in den USA aufs Spiel gesetzt, die Trennung von Freunden und Verwandten hingenommen, weil er Amerika nicht dabei helfen wollte, unschuldige Menschen zu ermorden, wie er in einem Interview sagte. Auch ein einfacher Soldat sei für seine Taten schließlich verantwortlich.

Das VG München wird sich vor dem Hintergrund der EuGH-Entscheidung erneut mit dem Fall befassen. Die Kriegsdienstverweigererorganisation Connection e.V. und PRO ASYL haben das Verfahren bisher begleitet und werden André Shepherd auch weiterhin unterstützen.

be meine Heimat, mein Vaterland. Ich liebe die frische Landluft, die netten Landsleute, unsere Traditionen, unsere Kultur, unseren Zusammenhalt. Ich liebe unsere Musik und unsere Sprache. Aber ich hasse die Stromausfälle. Ich hasse die Korruption und diese verdamnte Perspektivlosigkeit, die die jüngere Generation ins Ausland zieht.

Mir wurde alles genommen. Mein Leben, meine Freunde, meine Zukunft. Vielleicht wäre aus mir keine Politikerin oder Ärztin geworden. Aber ich hätte meinen Real schulabschluss gemacht und hätte weitergesehen. Ich hatte Träume und Ziele, die in weite Ferne gerückt und letztend-

lich wie eine Seifenblase geplatzt sind. Das ist unfair. Das ist unmenschlich. Auch, dass ich nur eine von vielen bin, tröstet mich nicht. Im Gegenteil. Die Gewissheit, dass es da draußen Leute gibt, die ein ähnliches Schicksal teilen, macht mich wütend. So wütend! Ich will mein altes Leben zurück. Das Leben, das mir gestohlen wurde! ♦



© Manfred Wegener

Wie gewonnen, so zerronnen?



ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM DIE
AUFNAHME VON UNBEGLEITETEN
MINDERJÄHRIGEN FLÜCHTLINGEN

© UNHCR / A. D'Amato

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die streng quotierte Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge vor. In der Praxis dürfte das Gesetz vor allem zu einer verzögerten Aufnahme-prozedur führen, dem Kindeswohl dient es wohl kaum.

Thomas Berthold

Eigentlich sind viele Entwicklungen im Bereich der Aufnahme und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) in den letzten Jahren eine Erfolgsgeschichte: Auf politischer und normativer Ebene hat sich nach langen Auseinandersetzungen die Ansicht durchgesetzt, dass das Kindeswohl auch bei Flüchtlingskindern vorrangig zu berücksichtigen ist. In der täglichen Praxis sind mittlerweile die Jugendämter die wesentlichen Ansprechpartner geworden, die Minderjährigkeit und die daraus resultierenden Bedarfe und nicht der Aufenthaltsstatus sollen den Umgang bestimmen. Auch haben

sich an vielen Orten kompetente Netzwerke gebildet: engagierte Einzelpersonen und Initiativen, Jugendämter und Vormünder mit hoher Fachlichkeit. Arbeitskreise von Jugendhilfeeinrichtungen und konstante Gespräche aller Beteiligten unter Einbeziehung der Ordnungsbehörden haben aufgezeigt, dass eine gute Flüchtlingsaufnahme auch in der Praxis möglich sein kann.

Soweit die Erfolgsgeschichte. In der Praxis haben die steigenden Flüchtlingszahlen – und damit einhergehend auch steigende Zahlen von UMF – dafür gesorgt, dass an einigen Orten mittlerweile sehr viele UMF und an anderen Orten überhaupt keine Jugendlichen untergebracht sind. In Deutschland leben nach einer Erhebung des Bundesfamilienministeriums gegenwärtig 14.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sie kommen in der Mehrzahl aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und Somalia, es sind aber auch einige Jugendliche aus den Maghreb-Staaten nach Deutschland geflüchtet. Die Aufnahmebedingungen in einigen Städten entsprechen dabei nicht (mehr) den Standards der Jugendhilfe. Auch wenn

die UMF als besonders schutzbedürftige Personen zu behandeln sind, so sind in den letzten Monaten einige von ihnen in Turnhallen, Kasernen und ähnlichen ungeeigneten Räumlichkeiten untergebracht worden.

HAUSMITTEL DER LÄNDER: DER KÖNIGSTEINER SCHLÜSSEL

Ausgehend von den Stadtstaaten und von Bayern wird seit 2014 aufgrund der ungleichen Verteilung der Jugendlichen die Forderung erhoben, die UMF künftig wie andere Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen. Bislang ist aufgrund unzureichender Zuständigkeitsregelungen im Kinder- und Jugendhilferecht die Unterbringung an anderen Orten als dem Aufgriffsort nur schwer möglich. Zu dieser Frage hat sich in den letzten Monaten eine intensive fachpolitische Diskussion gebildet, in deren Mittelpunkt die Frage steht, wie die zentrale Norm der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls und die ordnungspolitische Maßgabe einer Verteilungsquote miteinander in Einklang gebracht werden können. Vereinfacht gesagt: Ist die

Einhaltung einer Quote wichtiger als die individuelle Beachtung des Kindeswohls? Das Ergebnis der Debatte sieht bislang wenig praktikabel aus, doch der Reihe nach.

Nachdem sich die Ministerpräsident_innen der Länder im Oktober 2014 grundsätzlich darauf verständigt haben, dass auch UMF nach dem Königsteiner Schlüssel zu verteilen sind, hat das Familienministerium einen Gesetzentwurf in Absprache mit einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe ausgearbeitet. Die Eckpunkte zu diesem Gesetzentwurf sehen folgendes Verfahren vor: Die UMF werden am Ort ihres Aufgriffs durch das jeweilige Jugendamt vorläufig in Obhut genommen. Dort findet lediglich eine Erstversorgung statt und es soll eine Kindeswohlprüfung durchgeführt werden. Im Anschluss sollen die Jugendlichen innerhalb eines Zeitraums von 14 Tagen bis zu zwei Monaten verteilt werden. Dabei wird es in erster Linie darum gehen, die Quoten einzuhalten. Erst nach der Verteilung soll das eigentliche Clearingverfahren stattfinden. Das Clearingverfahren ist aber einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration der Jugendlichen. Im Clearingverfahren wird ermittelt, welche

Bedarfe und Perspektiven die jungen Menschen haben und wie die Aufenthaltssicherung erreicht werden soll. Im Anschluss an das Clearingverfahren wird dann wiederum eine weitere Verteilung der Jugendlichen anstehen, dann in die eigentliche Anschlussunterbringung.

DAS GESETZ DIENT WEDER FLÜCHTLINGEN NOCH KOMMUNEN

Die Kritik an dem Gesetzentwurf ist mannigfaltig, zentral sind aber zwei Aspekte, zum einen: Das Kindeswohl wird in so einem Verfahren nicht ausreichend gewürdigt. Es sind keine klaren Kriterien benannt, wie das Kindeswohl zu prüfen, zu würdigen und in eine etwaige Verteilentscheidung einzubeziehen ist. Durch die Verschiebung des Clearingverfahrens wird das eigentliche Verfahren zur Bestimmung des Kindeswohls massiv verzögert. Zum anderen wird der Grundgedanke des kommenden Gesetzes den beteiligten Akteuren nicht gerecht: weder werden die Belange der UMF vorrangig behandelt, noch werden die erstaufliehenden Kommunen »entlastet«, da sie weiterhin für eine unbestimmte Zeit die Jugendlichen versorgen müssen.

Und auch die Kommunen, die zukünftig die verteilten UMF versorgen sollen, sind nicht vorbereitet auf die neue Situation, es fehlt an vielen Orten schlichtweg an Know-How und Strukturen zur Unterstützung der Jugendlichen.

Aus Perspektive des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BUMF) ist es wichtig, ein entsprechendes Gesetz nicht isoliert zu entwickeln. Es fehlt in Deutschland gegenwärtig ein stringentes Konzept, das auf der Grundlage des Vorrangs des Kindeswohls die Aufnahme der UMF organisiert. Hieran scheitert die geplante Neuordnung. In der Praxis wird das Gesetz dazu führen, dass die Jugendlichen nach der langen Flucht zunächst für unbestimmte Zeit in einer Art weiteren Transit hängen werden. Die Unsicherheit wird weitergehen. Eine entsprechende Änderung muss durch die Augen der Jugendlichen selbst gesehen werden, dies ist bislang nicht erkennbar und wahrscheinlich auch nicht gewünscht.

Die vielen guten Entwicklungen der letzten Jahre stehen gegenwärtig massiv in Frage. Es ist unklar, ob es die Bereitschaft gibt, den Vorrang des Kindeswohls auch gegen die Interessen von Kommunen und Ländern durchzusetzen. In den kommenden Monaten wird sich also zeigen, ob die Kinderrechte oder die Quote aus Sicht von Bund und Ländern den Umgang mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen prägen sollen. ♦

■ *Thomas Berthold ist Geschäftsführer des Bundesfachverbandes UMF. Der Verband setzt sich für die Beachtung und Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ein, die ohne Eltern oder Sorgeberechtigte nach Deutschland kommen.*

Recht für Flüchtlinge



Eine qualifizierte Beratung ist für schutzsuchende Flüchtlinge besonders wichtig. Das bewährte Standardwerk von Asyl-Rechtsanwalt Hubert Heinhold informiert über das Ausländer- und Asylrecht kompetent, fundiert und in verständlicher Sprache.

Der Band erscheint erstmals in der Reihe »jus it!« und ist mit seinem schlanken Format ein besonders praktischer Begleiter.

■ Herausgegeben von PRO ASYL im von Loeper Literaturverlag, vollständig überarbeitete Neuauflage 2015, vorauss. ca. 550 Seiten, ca. 19,90 €. ISBN: 978-3-86059-590-9.

Bundesweit 237 Kirchenasyle mit 426 Flüchtlingen, darunter 118 Kinder, zählt die BAG »Asyl in der Kirche« im April 2015. Die Menschen kommen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan und anderen Krisenländern, haben dort oft erhebliche Gewalt erfahren oder sind aus konkreter Lebensgefahr geflohen.

In 205 der insgesamt 237 Kirchenasyle werden Flüchtlinge geschützt, die unter die sogenannte Dublin-Regelung fallen. Weil sie vor ihrer Einreise nach Deutschland einen Staat passiert haben, der die »Dubliner Übereinkunft« unterzeichnet hat, droht ihnen die Abschiebung dorthin. In vielen EU-Randstaaten drohen Asylsuchenden aber Haft, Hunger, Gewalt und soziale Verelendung.

Immer mehr Kirchengemeinden entscheiden sich deshalb dafür, Schutzsuchenden mit besonderen Fluchtschicksalen Kirchenasyl zu gewähren, mit guten Aussichten: In etwa 80 Prozent aller Fälle enden Kirchenasyle mit der Durchführung des Asylverfahrens in Deutschland und mit einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau stellt in der Broschüre **»Kirchenasyle in der EKH: Hintergründe-Verlauf-Ergebnisse«** (2015) mehrere Kirchenasyle vor. Nachfolgend dokumentieren wir in Auszügen den Bericht über das Kirchenasyl einer jungen eritreischen Flüchtlingsfrau, die hochschwanger von der Abschiebung nach Ungarn bedroht war. ♦

»I found my family here«

NACH ELF JAHREN AUF DER FLUCHT BEWAHRT EIN KIRCHENASYL LEMLEM YONAS SIMYE (22) VOR DER ABSCHIEBUNG

Torsten Jäger

Die zweite Hälfte ihres bisherigen Lebens hat die junge Eritreerin Lemlem Yonas Simye (22) auf der Flucht zugebracht. Die Jahre davor waren von dem Krieg und der Gewalt in ihrem Heimatland geprägt.

Lemlems Mutter stirbt früh. Als der Vater zum Militärdienst eingezogen wird, muss er seine Tochter in die Obhut einer Freundin der Familie geben. Weil die Lage in Eritrea immer bedrohlicher wird, flieht die Pflegemutter gemeinsam mit dem jungen Mädchen nach Somalia. Auch dort prägen allgegenwärtige gewalttätige Konflikte den Alltag. Lemlem kann nicht regelmäßig zur Schule gehen, es gibt für sie in dem ostafrikanischen Krisenland keine Perspektive auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Als die Gewalt in Somalia immer weiter zunimmt, trennen sich die Wege von Lemlem und ihrer Pflegemutter. Lemlem, mittlerweile eine junge Frau, bleibt auf sich alleine gestellt zurück. Über die Türkei flieht sie nach Europa. Dabei legt sie weite Strecken zu Fuß zurück und schafft es schließlich bis nach Griechenland.

In Griechenland lebt Lemlem als nicht registrierte Flüchtlingsfrau in der Illegalität. (...) Fast fünf Jahre lang lebt sie in dem südeuropäischen Land von der Hand in den Mund, verdient in den prekären Beschäftigungsverhältnissen gerade genug, um in der Regel ein Dach über dem Kopf zu haben und Essen für den nächsten Tag. Ständig ist sie davon bedroht, Opfer sexueller Belästigungen oder gewalttätiger Übergriffe oder von den griechischen Behörden entdeckt zu werden. Als Griechenland schließlich tief in die Wirtschaftskrise gerät, hat Lemlem in

Griechenland auch in der Illegalität keine Zukunftsperspektive mehr. (...)

Wieder sieht Lemlem ihre einzige Chance in der Flucht und landet schließlich in Ungarn. Dort wird sie kurz darauf von der Polizei aufgegriffen, man bringt sie zur Wache, stellt ihre Personalien fest und gibt ihr zu verstehen, dass sie das Land sofort verlassen soll. (...) Also flieht Lemlem weiter nach Deutschland, wo sie Ende 2013 in die Gemeinschaftsunterkunft nach Bad Salzhausen im hessischen Wetteraukreis umverteilt wird.

DER WEG ZUM KIRCHENASYL

(...) Die Evangelische Kirchengemeinde Geiß-Nidda und Bad Salzhausen ist einer der Aktivposten des örtlichen Runden Tisches für die Aufnahme von Flüchtlingen. Dort finden sich neben den Initiatoren – Diakonisches Werk und Ortsbürgermeister – unter anderem auch die Katholische Kirchengemeinde, Ortsvereine, Parteien und ehrenamtliche soziale Initiativen wie die Tafel ein. (...)

»Wir haben Sachspenden organisiert, Lebensmittel, Kleider. Wir haben die Leute zum Arzt und zu Behörden begleitet, uns um die schwangeren Frauen gekümmert. Und wir haben es einfach als unsere Aufgabe gesehen, zu den Menschen hinzugehen, einen Kaffee mit ihnen zu trinken und zuzuhören. Und das war keine Arbeit oder Belastung, sondern wir haben dabei ganz herzliche Stunden erlebt.« (Marion Nies, ehrenamtliche Unterstützerin)

»Before I came into the Kirchenasyl, I had a lot of problems. But now everything is alright. I hope we can stay here. I want to learn German and I want to go to work. And I want Maya to go to school in Bad Salzhausen. I found ›my family‹ and a lot of friends here.«

(Lemlem Yonas Simye)



Lemlem nimmt regelmäßig die Unterstützungsangebote des Rundes Tisches an und ist wegen ihrer Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft auch in der Gemeinschaftsunterkunft gut integriert. Als sie Anfang des Jahres 2014 feststellt, dass sie ein Kind bekommen wird, kümmern sich Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde in der Folgezeit besonders intensiv um sie.

Im Frühjahr 2014 entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dass aufgrund der Dublin-Verordnung Ungarn und nicht die Bundesrepublik für den Asylantrag von Lemlem zuständig ist. Die Ausländerbehörde fordert die schwangere Frau im Juni 2014 dazu auf, Deutschland wieder zu verlassen und droht ihr die Abschiebung nach Ungarn an. Dort aber hat die junge Frau keinerlei Anknüpfungspunkte und in ihrer persönlichen Situation keine Perspektive. Lemlem droht zu verzweifeln.

(...) Der eilig einberufene Kirchenvorstand der Gemeinde entscheidet sich am 10. Juni 2014 nach ausführlicher Diskussion und einem Gespräch mit der jungen Frau einstimmig dafür, ihr Kirchenasyl zu gewähren. (...) Er informiert unmittelbar alle für die Asylangelegenheiten der jungen Frau zuständigen Behörden über ihren neuen Aufenthaltsort und führt kurz darauf ein Pressegespräch durch, in dem die Öffentlichkeit informiert wird. Gut acht Wochen lang bleibt Lemlem im Kirchenasyl. In dieser Zeit wird die jun-

»Ich glaube nicht, dass sie im Kirchenasyl von Anfang an ein Gefühl von Sicherheit hatte, aber sie hatte bald ein Gefühl von Vertrauen in die handelnden Personen. Sie hat intuitiv gespürt, dass sie Vertrauen in die Menschen hier haben kann. Das war der entscheidende Punkt, darauf hat sie gesetzt. Dieses Vertrauen nach einer so langen Fluchtgeschichte fassen zu können, ist nicht einfach und schon etwas sehr Erstaunliches und Ungewöhnliches.« (Frank Appel, Diakonisches Werk des Wetteraukreises)



ge Frau von Mitgliedern der Kirchengemeinde betreut. Zugleich führen Ärzte aus der Gemeinde die in dieser Schwangerschaftsphase vorgesehenen Vorsorgeuntersuchungen kostenlos und ehrenamtlich durch. Lemlem kommt in der Zeit des Kirchenasyls ganz langsam zur Ruhe.

Weil der Mutterschutz die junge Frau zugleich vor der Abschiebung nach Ungarn schützt, verlässt sie am 11. August 2014 das Kirchenasyl und bezieht wieder eine Unterkunft in Bad Salzhausen. Mitte August schließlich endet die sechsmonatige Frist, in der Deutschland Lemlem zur Durchführung eines Asylverfahrens nach Ungarn hätte abschieben können. Die Zuständigkeit für ein Asylverfahren liegt jetzt endgültig bei der Bundesrepublik.

Am 15. September 2014 bringt Lemlem ein gesundes Mädchen zur Welt. ♦

»Nicht nur auf die Tränendrüse drücken ...«

SAMMY AMARA ÜBER DAS BERÜHRTSEIN UND DEN WUNSCH WACHZURÜTTELN

Die Broilers standen im Sommer 2014 mit ihrem Album »Noir« an der Spitze der deutschen Musikcharts. Das Video zum Song »Ich will hier nicht sein« – eine Reaktion auf den aufbrandenden Rassismus in Berlin-Hellersdorf – wurde mit Flüchtlingen aus Berlin gedreht, die später auch beim Konzert dabei sein durften. Wir haben mit Sänger Sammy Amara gesprochen.

Ihr habt Flüchtlinge zu eurem Konzert in Berlin eingeladen – warum?

Vor rund zwei Monaten haben wir Kontakt zu zwei Flüchtlingsheimen in Berlin aufgenommen. Wir hatten die Idee, zu der Single »Ich will hier nicht sein« ein Video zu drehen, das den Text des Liedes unterstreicht, die Menschen hinter den Schicksalen zeigt und klar macht, dass sie nicht herkommen, weil es hier so super ist und weil Flucht so spaßig ist wie ein Ausflug in die Sonne, sondern weil es für sie nur wenige bis gar keine anderen Optionen gibt. Dabei war uns nicht wichtig, auf die Tränendrüse zu drücken, sondern zu zeigen: Das sind super gute Menschen, mit denen man einfach gerne zusammen sein möchte.

Wie habt ihr den Tag erlebt?

Wir wollten uns ja persönlich vorstellen und als kleines Dankeschön den Mädels und Jungs einen schönen Tag beschenken. Der war dann für uns noch schöner als für alle. Wie die Kinder beim Konzert um die Ecke kamen und nach vorne gerannt kamen, das war extrem bewegend. Ich war froh, dass ich meine Sonnenbrille noch zur Hand hatte, die musste ich dann mal ganz kurz aufsetzen.

Ihr habt euch dazu entschieden, in dem Musikvideo gar nicht selbst aufzutreten, sondern den Flüchtlingen selbst das Wort zu überlassen.

Wir waren uns völlig einig, auch mit dem Regisseur, dass wir in dem Video nichts zu suchen haben. Das hätte die ganze Sache aufgeweicht und ihr die Dringlichkeit genommen. Eigentlich haben die Leute alles selbst gemacht, der Regisseur hat sie nur portraitiert. Dafür, dass es so gelaufen ist, bin ich sehr dankbar. Beim ersten Ansehen waren wir emotional wirklich berührt. Da sind manche Sätze drin, bei denen ich immer noch schlucken muss. Das war hart.

In dem Video zeigt ihr keine Bootsüberfahrten oder Kriegssituationen, also nicht die klassischen Bilder zum Thema Flucht. Zu sehen sind Menschen in Alltagssituationen und Fotos ihrer zurückgebliebenen Familienmitglieder. Was wolltet ihr mit diesem Konzept auslösen?

Wir möchten, dass Leute von dem Video und der Thematik emotional berührt werden. Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, dann, dass es bei Faschos, wenn sie es sehen, Scham und ein Nachdenken auslöst. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ein Mensch so stumpf sein kann, dass ihn das alles nicht berührt, dazu braucht man ja wirklich eine Mauer vor sich. Darüber hinaus hoffen wir – es geht



© PRO ASYL

ja nicht um eine kommerzielle Single, aber trotzdem – Druck auf Radiostationen und Sender auszuüben, das Thema Flucht in die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn wir eine Pflicht haben, dann die, unsere Möglichkeiten hierzu zu nutzen.

Wie haben denn die Fans auf das Stück und das Video reagiert? Habt ihr auch negative Reaktionen bekommen?

Die Reaktionen waren sehr positiv, viel positiver, als wir uns das gedacht haben. Wir wussten, dass die Platte, auf der das Stück ist, stark polarisiert. Sie hat ja poppigere und härtere Anteile, und wir dachten, dementsprechend werden auch die Reaktionen ausfallen. Aber selbst Leute, die das Lied nicht mögen, sagen, dass das Video der Wahnsinn sei, und setzen sich damit auseinander. Natürlich gibt es auch negative Stimmen. Die sind häufig von solchen Menschen, die diese Mauer vor sich haben. Wenn ich manche ihrer Kommentare lese, muss ich sie fragen: Was wollt ihr auf unseren Konzerten, was findet ihr da?

Was würdest du zum Beispiel sagen, wenn Fans solche Sprüche loslassen wie »Flüchtlinge sollen zurückgehen« oder »wir können doch nicht die ganze Welt retten«?

Das passiert selten, aber diese klassischen Sprüche kennen wir alle. Ich begegne ihnen ganz »stumpf« mit dem Aufruf, Menschlichkeit zu zeigen, sich die Situation von Flüchtlingen bewusst zu machen und vor allem, ihnen nicht schon die Tür vor der Nase zuzuknallen. Ich sage, dass ich nicht hoffe, dass wir flüchten müssen, und stelle die Frage nach dem Wenn: Wenn wir selbst auf Hilfe angewiesen wären, wollten wir dann so empfangen werden wie manche Jungs und Mädels in Deutschland? Das wollen wir nicht. Und ich hoffe, dass die umgekehrte Perspektive diejenigen, die sich Flüchtlingen gegenüber schlecht benehmen, ein bisschen wachrüttelt.

Du hast bereits gesagt, dass es euch wichtig ist, das Thema in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Was wäre dein Wunsch an die heutige Gesellschaft in Bezug auf das Flüchtlingsthema? Was können wir als Einzelne für Flüchtlinge tun?

Ich gehe davon aus, dass viele Menschen sich nicht so intensiv und generell damit beschäftigen möchten, solange nicht an ihrem Geldbeutel gerüttelt wird. Deswegen gehe ich wirklich immer auf dieses ganz »Stumpfe« zurück und sage: Bleibt einfach menschlich. Wenn jemand Hilfe braucht, dann helft ihm. Und ich sage, was Oma und Opa immer gesagt haben: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu. Ganz einfach.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Hast du einen persönlichen Bezug zum Thema Flüchtlinge? Oder

gab es für euch einen Schlüsselmoment, in dem ihr gesagt habt, ok, jetzt wollen wir diesen Song machen, wir wollen ein Video dazu drehen?

Das Thema ist uns immer präsent, weil wir natürlich politisch auf einer bestimmten Seite stehen. Aber ein Schlüsselerlebnis für mich waren die Geschichten, die sich vor einiger Zeit in Berlin-Hellersdorf abgespielt haben. Die haben mich an die Anschläge Anfang der 1990er-Jahre in Mölln, Solingen, Rostock erinnert, die haben mich sehr angeekelt und ich habe mich außerordentlich geschämt. Wenn Menschen sich bei Flüchtlingen vor die Tür stellen und brüllen, dass Ausländer, dass Flüchtlinge nicht willkommen sind: Wie kann man solchen Menschen begreifbar machen, wie dumm und falsch das alles ist? Und deswegen habe ich versucht, das auf diese Weise auszudrücken – in einem Song. ♦

© PRO ASYL



Die Broilers (v.l.n.r.): Andreas Brügge, Christian Kubczak, Julius Schmitter, Ines Maybaum, Newroz Duman (PRO ASYL), Ronald Hübner, Sammy Amara, Nurjana Arslanova (PRO ASYL)

ANTILOPEN

BROILERS

DIE  TOTEN
HOSEN

JENNIFER
ROSTOCK

PASCOW

RADIO HAVANNA

RIVERSHORES

THE
PROSECUTION

TOCOTRONIC

TURBOSTAAT

und viele andere

**Immer wieder erhalten
Flüchtlinge und PRO ASYL
die Unterstützung von
Musik-, Kunst- und Kultur-
schaffenden.**

Wir sagen DANKE

- Antilopen Gang und Turbostaat für Gäste(listen) mit Spenderherz
- Broilers für Tuchfühlung und das Video »Ich will hier nicht sein«
- Die Toten Hosen für die unfassbare Unterstützung all die ganzen Jahre
- Elias Elhardt und Thomas Schachinger für den Snowboard-»Ride for Change Bazar«
- Heinz Ratz für eine Flüchtlingsfrauen-Floßtour mit ungezähmter Energie
- La Confianza für das Benefizkonzert in Marktredwitz und »Falkenflug«.
- Marco von Damghan für den Poetry Slam
- Philip Mader für einen schonungslosen »No Border Trek«
- PiN (Pretty in Noise) für den UNITED Soli Sampler
- Radio Havanna für »Schiffbruch« samt Spenden-Download
- ALKO SBK, Rivershores, Dance against Discrimination und anderen fürs Benefizrocken
- The Prosecution für Benefiz-Konzerte und Soli-Pfandflaschen
- Tocotronic für offene Worte gegen geschlossene Grenzen
- Über den Tellerrand kochen für ein außergewöhnliches Kochbuch
- Benno Fürmann, Jennifer Rostock, Ole Plogstedt, Pascow, Prof. Dr. Harald Lesch und vielen anderen für klare Statements zur Dublin Kampagne

Adressen

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstr. 139, 10115 Berlin
Tel.: 030 / 24 08 86 10, Fax: 030 / 24 08 86 22
Homepage: www.amadeu-antonio-stiftung.de
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Amnesty International Sektion der BRD e.V.

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030 / 42 02 48 0, Fax: 030 / 42 02 48 488
Homepage: www.amnesty.de
E-Mail: info@amnesty.de

Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e.V.

Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Tel.: 030 / 26 30 90, Fax: 030 / 26 30 93 24 99
Homepage: www.awo.org
E-Mail: katharina.vogt@awo.org

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin
Tel.: 030 / 18 400 16 40, Fax: 030 / 18 400 16 06
Homepage: www.bundesregierung.de
E-Mail: integrationsbeauftragte@bk.bund.de

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Str.1
10115 Berlin
Tel.: 030 / 652 11-0, Fax: 030 / 652 11-33 33
Homepage: www.brot-fuer-die-welt.de
E-Mail: kontakt@brot-fuer-die-welt.de

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin
Tel.: 030 / 82 09 743 - 0
Homepage: www.b-umf.de
E-Mail: info@b-umf.de

Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 / 82 37 55 34, Fax: 069 / 82 37 55 35
Homepage: www.connection-ev.de
E-Mail: office@Connection-eV.org

Deutscher Caritasverband e.V.

Referat Migration und Integration
Karlstr. 40, 79104 Freiburg
Tel.: 0761 / 20 00, Fax: 0761 / 20 07 55
Homepage: www.caritas.de
E-Mail: migration.integration@caritas.de

Der Paritätische Gesamtverband Flüchtlingshilfe und Migrationssozialarbeit

Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 246 36 0, Fax: 030 / 246 36 110
Homepage: www.migration.paritaet.org/
E-Mail: fluechtlingshilfe@paritaet.org

Deutscher Anwaltverein (DAV) e.V.

Littenstraße 11
D-10179 Berlin
Tel.: 030 / 72 61 52-0, Fax: 030 / 72 61 52-190
Homepage: www.anwaltverein.de
E-Mail: dav@anwaltverein.de

Deutsches Institut für Menschenrechte

Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel.: 030 / 25 93 59 0, Fax: 030 / 25 93 59 59
Homepage: www.institut-fuer-menschenrechte.de/
E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat – Team Migration und Integration

Carstennstr. 58, 12205 Berlin
Tel.: 030 / 854 04 0, Fax: 030 / 854 04 450
Homepage: www.drk.de
E-Mail: knochek@drk.de

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin
Tel.: 030 / 652 11 0, Fax: 030 / 652 11 33 33
Homepage: www.diakonie.de
E-Mail: diakonie@diakonie.de

European Council on Refugees and Exiles, ECRE Brussels Office

Rue Royale 146, 1st Floor
1000 Brussels, Belgium
Tel: +32 (0)2 234 38 00, Fax: +32 (0)2 514 59 22
Homepage: www.ecre.org
E-Mail: ecre@ecre.org

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Postfach 2024, 37010 Göttingen
Tel.: 0551 / 49 90 60, Fax: 0551 / 580 28
Homepage: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Informationsverbund Asyl und Migration e.V.

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: 030 / 39 62 122, Fax: 030 / 46 79 33 29
Homepage: www.asyl.net
E-Mail: kontakt@asyl.net

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. IPPNW

Körtestr. 10, 10967 Berlin
Tel.: 030 / 698 07 4 0, Fax: 030 / 693 81 66
Homepage: www.ippnw.de
E-Mail: kontakt@ippnw.de

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt
Tel.: 06151 / 33 99 71, Fax: 06151 / 39 19 740
Homepage: www.interkultureller-rat.de
E-Mail: info@interkultureller-rat.de

Internationale Liga für Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: 030 / 39 62 122, Fax: 030 / 39 62 147
Homepage: www.ilmr.de
E-Mail: vorstand@ilmr.de

Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland

Witzlebenstraße 30a, 14057 Berlin
Tel.: 030 / 32 60 25 90, Fax: 030 / 32 60 25 92
Homepage: www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de
E-Mail: info@jesuiten-fluechtlingsdienst.de

Jugendliche ohne Grenzen

c/o IB Hanau
Marktstr. 3, 63450 Hanau
Tel: 06181 / 923 08 0, Fax: 06181 / 923 08 20
Homepage: www.jogspace.net
E-Mail: jog@jogspace.net

Kirchenamt der EKD

Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
Tel.: 0511 / 27 96 0, Fax: 0511 / 27 96 707
Homepage: www.ekd.de
E-Mail: info@ekd.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostr. 7-11, 50670 Köln
Tel.: 0221 / 97 26 920, Fax: 0221 / 97 26 931
Homepage: www.grundrechtekomitee.de
E-Mail: info@grundrechtekomitee.de

Kommissariat der Deutschen Bischöfe

Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin
Tel.: 030 / 288 78 0, Fax: 030 / 288 78 108
Homepage: www.kath-buero.de
E-Mail: post@kath-buero.de

medica mondiale

Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Tel.: 0221 / 93 18 98 0, Fax: 0221 / 93 18 98 1
Homepage: www.medicamondiale.org
E-Mail: info@medicamondiale.org

medico international

Burgstr. 106, 60389 Frankfurt
Tel.: 069 / 94 438 0, Fax: 069 / 43 60 02
Homepage: www.medico.de
E-Mail: info@medico.de

Neue Richtervereinigung

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 030 / 42 02 23 49, Fax: 030 / 42 02 23 50
Homepage: www.neuerichter.de
E-Mail: bb@neuerichter.de

**Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft
Asyl in der Kirche e.V.**

Kirche Zum Heiligen Kreuz
Zossener Str. 65, 10961 Berlin
Tel.: 030 / 25 89 88 91, Fax: 030 / 69 04 10 18
Homepage: www.kirchenasyl.de
E-Mail: info@kirchenasyl.de

**Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Interkulturellen Woche**

Postfach 160646, 60069 Frankfurt
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
Homepage: www.interkulturellewoche.de
E-Mail: info@interkulturellewoche.de

pax christi**Internationale katholische Friedens-
bewegung**

Deutsche Sektion, Sekretariat
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 200 76 78 0, Fax: 030 / 200 76 78 19
Homepage: www.paxchristi.de/
E-Mail: sekretariat@paxchristi.de

PRO ASYL

Postfach 160624, 60069 Frankfurt
Tel.: 069 / 24 23 14 20, Fax: 069 / 24 23 14 72
Homepage: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

TERRE DES FEMMES

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Tel.: 030 / 40 50 46 99 0
Fax: 030 / 40 50 46 99 99
Homepage: www.frauenrechte.de
E-Mail: info@frauenrechte.de

terre des hommes Deutschland e.V.

Ruppenkampstr. 11a, 49084 Osnabrück
Tel.: 0541 / 71 01 0, Fax: 0541 / 70 72 33
Homepage: www.tdh.de
E-Mail: post@tdh.de

UNHCR-Vertretung für Deutschland

Zimmerstr. 79/80, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 20 22 02 0, Fax: 030 / 20 22 02 20
Homepage: www.unhcr.de
E-Mail: gfrbe@unhcr.org

UNO Flüchtlingshilfe e.V.

Wilhelmstr. 42, 53111 Bonn
Tel.: 0228 / 62 98 60, Fax: 0228 / 629 86 11
Homepage: www.uno-fluechtlingshilfe.de
E-Mail: info@uno-fluechtlingshilfe.de

**Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.**

Ludolfusstr. 2 - 4, 60487 Frankfurt
Tel.: 069 / 713 75 60, Fax: 069 / 707 50 92
Homepage: www.verband-binationaler.de
E-Mail: info@verband-binationaler.de

VIA - Verband für Interkulturelle Arbeit

Am Buchenbaum 21, 47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 728 42 82
Homepage: www.via-bund.de
E-Mail: via@via-bund.de

Landesweite Flüchtlingsräte

Wer Informationen braucht, Referentinnen
und Referenten sucht oder in Flüchtlingsinitiativen
mitarbeiten will, findet bei den Flüchtlingsräten
der Bundesländer Ansprechpartner.

Baden-Württemberg: Flüchtlingsrat

Hauptstätter Str. 57, 70178 Stuttgart
Tel.: 0711 / 55 32 83 4; Fax: 0711 / 55 32 83 5
Homepage: www.fluechtlingsrat-bw.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Bayern: Flüchtlingsrat

Augsburger Str. 13, 80337 München
Tel.: 089 / 76 22 34, Fax: 089 / 76 22 36
Homepage: www.fluechtlingsrat-bayern.de
E-Mail: kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de

Berlin: Flüchtlingsrat

Georgenkirchstr. 69-70, 10249 Berlin
Tel.: 030 / 24 34 45 76 2, Fax: 030 / 24 34 45 76 3
Homepage: www.fluechtlingsrat-berlin.de
E-Mail: buero@fluechtlingsrat-berlin.de

Brandenburg: Flüchtlingsrat

Rudolf-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 71 64 99, Fax: 0331 / 88 71 54 60
Homepage: www.fluechtlingsrat-brandenburg.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bremen: Flüchtlingsrat

c/o Zuflucht Ökumenische Ausländerarbeit e.V.
Berckstr. 27, 28359 Bremen
Tel.: 0421 / 83 56 152, Fax: 0421 / 800 70 04
Homepage: www.fluechtlingsrat-bremen.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bremen.de

Hamburg: Flüchtlingsrat

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel.: 040 / 43 15 87, Fax: 040 / 430 44 90
Homepage: www.fluechtlingsrat-hamburg.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-hamburg.de

Hessen: Flüchtlingsrat

Leipziger Str. 17, 60487 Frankfurt
Tel.: 069 / 97 69 87 10, Fax: 069 / 97 69 87 11
Homepage: www.fr-hessen.de
E-Mail: hfr@fr-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern: Flüchtlingsrat

Postfach 11 02 29, 19002 Schwerin
Tel.: 0385 / 58 15 790, Fax: 0385 / 58 15 791
Homepage: www.fluechtlingsrat-mv.de
E-Mail: kontakt@fluechtlingsrat-mv.de

Niedersachsen: Flüchtlingsrat

Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim
Tel.: 05121 / 156 05, Fax: 05121 / 316 09
Homepage: www.nds-fluerat.org
E-Mail: nds@nds-fluerat.org

Nordrhein-Westfalen: Flüchtlingsrat

Wittener Str. 201, 44803 Bochum
Tel.: 0234 / 58 73 15 6, Fax: 0234 / 58 73 15 75
Homepage: www.fnrnw.de
E-Mail: info@fnrnw.de

Rheinland-Pfalz: Arbeitskreis Asyl

Kurhausstr. 8, 55543 Bad Kreuznach
Tel.: 0671 / 84 59 15 2, Fax: 0671 / 84 59 15 4
Homepage: www.asyl-rlp.org
E-Mail: info@asyl-rlp.org

Saarland: Flüchtlingsrat

Kaiser Friedrich Ring 46, 66740 Saarlouis
Tel.: 06831 / 48 77 93 8, Fax: 06831 / 48 77 93 9
Homepage: www.asyl-saar.de
E-Mail: fluechtlingsrat@asyl-saar.de

Sachsen: Flüchtlingsrat

Heinrich-Zille-Str. 6, 01219 Dresden
Tel. 0351 / 436 37 25, Fax: 0351 / 436 37 32
Homepage: www.saechsischer-fluechtlingsrat.de
E-Mail: info@saechsischer-fluechtlingsrat.de

Sachsen-Anhalt: Flüchtlingsrat

Dammweg 5, 01097 Dresden
Tel.: 0351 / 87 45 17 10, Fax: 0391 / 537 12 80
Homepage: www.fluechtlingsrat-lsa.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de

Schleswig-Holstein: Flüchtlingsrat

Sophienblatt 82-86, 24114 Kiel
Tel.: 0431 / 73 50 00, Fax: 0431 / 73 60 77
Homepage: www.frsh.de
E-Mail: office@frsh.de

Thüringen: Flüchtlingsrat

Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt
Tel.: 0361 / 2 17 27 20, Fax: 0361 / 2 17 27 27
Homepage: www.fluechtlingsrat-thr.de
E-Mail: info@fluechtlingsrat-thr.de

Bitte senden Sie mir folgende Materialien:

Tag des Flüchtlings 2015

Ex. des Materialheftes zum Tag des Flüchtlings 2015

(52 S., DIN A4; 2,50 Euro pro Ex., ab 10 Stück pro Ex. 1,50 Euro, ab 100 Stück pro Ex. 1,25 Euro)

Ex. des Plakates zum Tag des Flüchtlings 2015

(DIN A3; kostenlos)

Ex. der Postkarte zum Tag des Flüchtlings 2015

(kostenlos)

ASYL in Deutschland

Ex. des Faltblattes »Wir treten ein! Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III«

(Januar 2015; DIN lang; 12 S.; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Wir treten ein! Erste Hilfe gegen Dublin-Abschiebungen. Basiswissen und Tipps für die Einzelfallarbeit«

(Januar 2015; DIN A6; 36 Seiten; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Wir treten ein! Fair verfahren: Analysen und Vorschläge für eine gerechte Flüchtlingspolitik«

(Januar 2015; DIN A5, 28 S.; 0,50 Euro pro Ex.)

Ex. des Leitfadens »Herzlich Willkommen. Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann«

(Mai 2015; DIN A6; 48 S.; kostenlos)

Ex. der Broschüre »pro menschenrechte. contra vorurteile. – Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.«

(Hg. Amadeu Antonio Stiftung, PRO ASYL u.a.; 2. aktualisierte Auflage, voraussichtlich Juni 2015; DIN A6, 36 S.; kostenlos)

Ex. des Faltblattes: »Wir brauchen offene Türen für Verfolgte.«

Zur Situation der syrischen Flüchtlinge. (März 2013; kostenlos)

Ex. des Flyers »save me. eine stadt sagt ja! – Flüchtlinge aufnehmen!«

(Juli 2014; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Rechtsgutachten Westbalkan I: Serbien, Mazedonien und Bosnien/Herzegowina«

(April 2014; DIN A4, 172 S.; 5,00 Euro pro Ex.)

Ex. der Broschüre »Rechtsgutachten Westbalkan II: Albanien und Montenegro«

(Mai 2014; DIN A4; 42 S.; 3,00 Euro pro Ex.)

Europäische Asylpolitik

Ex. der Broschüre »Erniedrigt, misshandelt, schutzlos: Flüchtlinge in Bulgarien«

(April 2015; DIN A4; 52 S.; 2,00 Euro pro Ex.)

Ex. des Faltblattes »Das Leben in Bulgarien ist die Hölle.«

Wie Flüchtlinge in dem EU-Land erniedrigt und misshandelt werden. (Mai 2015; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Flucht braucht Wege!«

Positionen für eine neue europäische Flüchtlingspolitik (September 2014; DIN A5; 24 S.; 0,80 Euro pro Ex.)

Ex. der Broschüre »Flucht ohne Ankunft«

Die Misere von international Schutzberechtigten in der EU (November 2014; DIN A5; 24 S.; 0,80 Euro pro Ex.)

Ex. des Faltblattes »Flüchtlingspolitik mit Todesfolge«

Nach der Katastrophe von Lampedusa: Chronik einer verschärferten europäischen Abschottung (September 2014; DIN A6; kostenlos)

Ex. der Postkarte »Erinnerung an Lampedusa«

(September 2014; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Refugees in distress at sea: acting and assisting«

Guidance for skippers and crews (englisch; Mai 2015; DIN A6, 24 S.; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Pushed back – systematic human rights violations against refugees in the aegean sea and at the greek-turkish land border«

(englisch; November 2013; DIN A5; 76 S.; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Pushed back – Systematische Menschenrechtsverletzungen an den griechisch-türkischen See- und Landgrenzen«

(deutsche Kurzfassung; Februar 2014; DIN A5; 27 S.; kostenlos)

Ex. des Faltblattes »Sonderkommandos im Einsatz an der griechisch-türkischen Grenze.«

(März 2014; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Auf der Flucht vor dem Klima«

Forderungen einer solidarischen Klimamigrationspolitik (Hg.: Amnesty International, Brot für die Welt, DGVN, Germanwatch, medico international, Oxfam, PRO ASYL; Januar 2013; Din A5, 76S.; kostenlos)

Ex. der Broschüre »Memorandum: Flüchtlingsaufnahme in der Europäischen Union: Für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit«

(Hg.: Diakonie, NRV, DAV, AWO, Paritätischer Wohlfahrtsverband, PRO ASYL, Jesuitenflüchtlingsdienst Deutschland, März 2013; DIN A5, 32S.; 2,00 Euro pro Ex., ab 50 Stück 1,50 Euro pro Ex.)

Weitere Materialien finden Sie auf der nächsten Seite.

Bitte Absender/-in und Unterschrift nicht vergessen (Kein Postfach!).

Aktuelle Materialien immer unter www.proasyl.de.

Bitte senden Sie mir folgende Materialien:

Europäische Asylpolitik

Ex. der **Broschüre »Im Schatten der Zitadelle«**, (Dezember 2013; DIN A4; 44 Seiten; kostenlos, max. 3 Ex.)

Ex. der **Broschüre »UNGARN 2013: Flüchtlinge zwischen Haft und Obdachlosigkeit«** Aktualisierung und Ergänzung des Berichts vom März 2012 (Oktober 2013; DIN A4; 40 S.; 3,00 Euro pro Ex.)

Ex. der **Broschüre »Überleben im Transit«** Zur Situation von Flüchtlingen in der Türkei (März 2012; DIN A4, 28 S.; kostenlos)

Ex. des **Flyers »Das europaweit geplante Inhaftierungsprogramm zur Abwehr von Flüchtlingen«** (Mai 2012; DIN lang; kostenlos)

Bücher

Ex. des **Taschenbuches »Grundrechte-Report 2015«** (Hg.: T. Müller-Heidelberg, E. Steven, M. Pelzer, M. Heiming u.a.; Fischer Taschenbuchverlag; 256 S.; 10,99 Euro pro Ex.)

Ex. des **Taschenbuches »Recht für Flüchtlinge«** Ein Leitfadens durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis, von Hubert Heinhold (Hg. Förderverein PRO ASYL e.V.; von Loeper Verlag; überarbeitete Neuauflage; voraussichtlich Juni 2015; ca. 530 S.; kartoniert; ca. 19,90 Euro; ISBN: 978-3-86059-590-9)

Ex. des **Buches »Aufnehmen statt Abwehren – Flucht Asyl und zivilgesellschaftliches Engagement«** (Hg.: PRO ASYL e.V.; von Loeper Verlag; Oktober 2011; 120 S., kartoniert; 24,90 Euro pro Ex.)

Ausstellung

Ex. der **Informationsausstellung »Asyl ist Menschenrecht«**, (Dezember 2014; Hg. PRO ASYL; unterstützt von: IG Metall, DGB, Brot für die Welt, Diakonie Hessen, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus; 26 Themenplakate DIN A1 sowie ein Ankündigungsplakat DIN A2; 60,00 Euro zzgl. 12,50 Euro Versand (in Plakatrollen)

Ex. der **Broschüre zur Informationsausstellung »Asyl ist Menschenrecht«** Informationen zum Thema Flucht, Flüchtlinge und Asyl, (Dezember 2014; Hg. PRO ASYL, unterstützt von: IG Metall, DGB, Brot für die Welt, Diakonie Hessen, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus; DIN A3, mittig auf DIN A4 gefaltet; 28 S.; 2,00 Euro pro Ex., ab 30 Stück 0,50 pro Ex.)

CD / DVD

Ex. der **CD »ON THE RUN«** (9,95 Euro pro Ex. inkl. Versand)

Über PRO ASYL

Ex. des **»Tätigkeitsberichtes PRO ASYL 2014/2015«** (ab Juli 2015; DIN A5; kostenlos)

T-Shirt »PRO ASYL«

T-Shirt »PRO ASYL«, Damen oder Herrenschnitt; jeweils in den Größen S, M, L, XL; rot mit weißem Aufdruck: Vorderseite »PRO ASYL – Der Einzelfall zählt«, Rückseite »FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN«, 100% Bio-Baumwolle; 15,00 Euro pro Stück

Stk. **Damen-T-Shirt**, Größe **S**

Stk. **Damen-T-Shirt**, Größe **M**

Stk. **Damen-T-Shirt**, Größe **L**

Stk. **Damen-T-Shirt**, Größe **XL**

Stk. **Herren-T-Shirt**, Größe **S**

Stk. **Herren-T-Shirt**, Größe **M**

Stk. **Herren-T-Shirt**, Größe **L**

Stk. **Herren-T-Shirt**, Größe **XL**

Absender:

Name _____

Vorname _____

Straße (kein Postfach!) _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Bitte zurücksenden an Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
Oder per Fax an: 069 / 24 23 14 - 72**

HERAUSGEGEBEN ZUM TAG DES FLÜCHTLINGS AM 2. OKTOBER 2015

Herausgeber: PRO ASYL, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge

Der Tag des Flüchtlings findet im Rahmen der Interkulturellen Woche statt und wird von PRO ASYL in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche vorbereitet.

Bei PRO ASYL arbeiten mit: Javad Adineh, Frankfurt/M.; Karim Alwasiti, Hildesheim; Veronika Arendt-Rojahn, Berlin; Karin Asboe, Düsseldorf; Herbert Becher, Bonn; Dominik Bender, Frankfurt/M.; Thomas Berthold, Berlin; Maria Bethke, Gießen; Berenice Böhlo, Berlin; Günter Burkhardt, Frankfurt/M.; Carlotta Conrad, Dresden; Nevroz Duman, Hanau; Sigrid Ebritsch, Hannover; Anuscheh Farahat, Frankfurt/M.; Janina Giesecking, Gießen; Wolfgang Grenz, Berlin; Hubert Heinhold, München; Jost Hess, Weiden; Volker M. Hügel, Münster; Dietlind Jochims, Hamburg; Heiko Kauffmann, Düsseldorf; Stefan Keßler, Brüssel; Sandra Langenbach, Bonn; Thorsten Leißer, Hannover; Herbert Leuninger, Limburg; Andreas Lipsch, Frankfurt/M.; Harald Löhlein, Berlin; Jürgen Mattis, Frankfurt/M.; Dr. Jürgen Micksch, Darmstadt; Siegfried Müller, Büdingen; Victor Pfaff, Frankfurt/M.; Pater Frido SJ Pflüger, Berlin; Albert Riedelsheimer, Donauwörth; Dirk Sabrowski, Bonn; Joachim Schaefer, Wetzlar; Andreas Schwantner, Neusenburg; Uli Sextro, Ingelheim; Michael Stenger, München; Katharina Vogt, Berlin; Hans-Dieter Walker, Berlin

Behrouz Asadi (Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz); Bernhard Dahm (Saarländischer Flüchtlingsrat); Ivana Domazet (Flüchtlingsrat Brandenburg); Cornelia Gunßer (Flüchtlingsrat Hamburg); Doreen Klamann-Senz (Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern); Ellen Köneker (Flüchtlingsrat Thüringen); Dr. Christoph Kunz (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt); Martin Link (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein); Angelika von Loeper (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg); Martina Mauer (Flüchtlingsrat Berlin); Ali Moradi (Sächsischer Flüchtlingsrat); Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen); Britta Ratsch-Menke (Flüchtlingsrat Bremen, Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit Bremen); Timmo Scherenberg (Hessischer Flüchtlingsrat); Kai Weber (Flüchtlingsrat Niedersachsen); Matthias Weinzierl (Bayerischer Flüchtlingsrat)

Berater: Hans ten Feld, Berlin

Redaktion: Günter Burkhardt, Andrea Kothen

Redaktionsschluss: April 2015

Titelbild: Dieter Klöckner/Imke Thiele, Frankfurt/M.

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Förderverein PRO ASYL e. V.

Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.

Telefon: 069 / 24 23 14-10, Telefax: 069 / 24 23 14-72

www.proasyl.de

proasyl@proasyl.de

Spendenkonto-Nr. 8047300

Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

IBAN: DE62 3702 0500 0008 0473 00

BIC: BFSWD33XXX

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



»Rechte haben und Recht bekommen« – Die wichtigsten Informationen für Asylberechtigte, Flüchtlinge und Menschen mit subsidiärem Schutzstatus

Die vorliegende Broschüre richtet sich speziell an Menschen, die hier in Deutschland einen Schutzstatus erhalten haben, d.h. als Asylberechtigte, Flüchtlinge oder als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt sind. Die Broschüre soll als Nachschlagewerk und Übersicht dienen. Sie erklärt, was die erteilten Aufenthaltstitel zu bedeuten haben, und ist als Hilfe gedacht, um sich im Behörden-dschungel leichter zurechtzufinden und Rechte durchsetzen zu können. Erhältlich auch in den Sprachen arabisch, farsi, englisch.

Kosten: 5 Euro (für Mitglieder: 2,50 Euro)



Flüchtlinge unterstützen. Diskriminierung entgegenreten – Grundlagenwissen zu Flucht und Asyl in Niedersachsen

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir Interessierten am Thema Asyl und Flucht einen kurzen und möglichst leichten Einstieg in die Sachlage geben und sie mit Fakten und Argumenten versorgen. Für diejenigen, die bereits einige Informationen haben, bietet die Broschüre einen schnellen Überblick über die aktuelle (Rechts-) Lage und Veränderungen in den letzten Jahren in Niedersachsen.

Kosten: 3 Euro (für Mitglieder: 1,50 Euro)

Wir sind sehr froh, dass sich viele Menschen in Niedersachsen für Flüchtlinge engagieren, sie vor Ort willkommen heißen und sich für Ihre Rechte einsetzen. Der Flüchtlingsrat ergänzt diese wichtige Arbeit durch fachliche Beratung, Unterstützung im Einzelfall und politische Initiativen. Wir können aber nur dann wirksam tätig werden, wenn unsere Arbeit durch Spenden von vielen Menschen getragen wird.

Deshalb appellieren wir an Sie: Helfen Sie mit, dass Flüchtlinge in Niedersachsen Schutz erhalten, professionell unterstützt werden und einen Neuanfang starten können. Mit Ihren Spenden und Fördermitgliedschaften sichern Sie die Unabhängigkeit des Flüchtlingsrats in Niedersachsen.

Jede Spende hilft. Schon mit einem kleinen Betrag können wir zum Beispiel die Fahrtkosten für einen Flüchtling zu einem Sprachkurs unterstützen.

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Mitgliedschaft oder einer Spende. Jeder Betrag nützt!

Unsere Bankverbindung lautet:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Kontonr.: 4030 460 700

BLZ: 430 609 67 (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Verwendungszweck: Spende

IBAN: DE28 4306 0967 4030 4607 00

BIC: GENODEM1GLS

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.



Impressum

FLÜCHTLINGSRAT

Zeitschrift für Flüchtlingspolitik
in Niedersachsen

Das PRO ASYL-Heft zum
Tag des Flüchtlings 2015
erscheint in Niedersachsen
als Ausgabe 6/2015
Heft 149, Mai 2015

FLÜCHTLINGSRAT NIEDERSACHSEN

Langer Garten 23 b

31137 Hildesheim

Tel.: 05121 - 156 05

Fax: 05121 - 316 09

nds@nds-fluerat.org

www.nds-fluerat.org

Bezug über den
Flüchtlingsrat Niedersachsen

© Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Alle Rechte vorbehalten